

# Stenographischer Bericht

## 20. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XI. Gesetzgebungsperiode – 13. Juni 1988

### Inhalt:

#### Personalien:

Entschuldigt: Abg. Sponer.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Grillitsch, Bacher, Buchberger, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichinger, Fuchs, Göber, Harmtodt, Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Kanduth, Klasnic, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pöttl, Purr, Pußwald, Schweighofer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, Prof. DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Präsident Wegart an Landeshauptmann Dr. Krainer, betreffend die geplanten Maßnahmen zum Schutz der steirischen Bevölkerung auf Grund der erfolgten Draken-Stationierung.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Pußwald (1293).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Dr. Krainer (1294).

Redner: Landeshauptmannstellvertreter Gross (1297), Abg. Grillitsch (1298), Abg. Erhart (1299), Abg. Kammländer (1301), Abg. Dr. Dorfer (1303), Abg. Mag. Rader (1304), Abg. Dr. Maitz (1308), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1310), Abg. Pußwald (1312), Abg. Vollmann (1313), Abg. Klasnic (1315), Abg. Trampusch (1315), Abg. Dr. Lopatka (1318), Abg. Zellnig (1319), Abg. Dr. Hirschmann (1319), Abg. Dr. Ficzkó (1322), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (1324), Abg. Hammer (1326), Abg. Prof. Dr. Eichinger (1326), Abg. Rainer (1328), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1331), Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (1333).

Annahme und Ablehnung von Anträgen (1338 und 1339).

Beginn: 9.05 Uhr.

**Präsident Wegart:** Hohes Haus!

Heute findet die 20. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist der Herr Abgeordnete Sponer.

Die Einberufung dieser Sitzung erfolgte über Antrag der Abgeordneten Ing. Stoisser, Dr. Lopatka, Kröll, Neuhold, Dr. Maitz, Pöttl, Dr. Kalnoky, Dr. Hirschmann, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Klasnic, Schützenhöfer und Pinegger gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur Einbringung einer dringlichen Anfrage.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist der Präsident verpflichtet, den Landtag sofort einzuberufen, wenn wenigstens ein Fünftel seiner Mitglieder es verlangt.

Der Antrag ist von zwölf Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei unterzeichnet und entspricht somit den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage.

Die dringliche Anfrage wurde von den Abgeordneten Grillitsch, Bacher, Buchberger, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichinger, Fuchs, Göber, Harmtodt, Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Kanduth, Klasnic, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pöttl, Purr, Pußwald, Schweighofer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, Prof. DDr. Steiner, Ing. Stoisser und Landtagspräsident Wegart an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer gerichtet und betrifft die geplanten Maßnahmen zum Schutz der steirischen Bevölkerung auf Grund der erfolgten Draken-Stationierung.

Sie hat die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung. Gleichzeitig wurde von den genannten Abgeordneten die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hermine Pußwald das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage und verweise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, wonach bei der Begründung einer dringlichen Anfrage die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

**Abg. Pußwald:** Herr Landeshauptmann, Hohes Haus!

Die Abgeordneten der ÖVP haben die dringliche Anfrage nach Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages an den Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die geplanten Maßnahmen zum Schutz der steirischen Bevölkerung auf Grund der erfolgten Draken-Stationierung, gerichtet.

Begründung: Das mit der Landung der ersten Draken überfallsartig vollzogene Diktat der Wiener Zentralstellen hat in der Steiermark größte Verbitterung und Empörung ausgelöst. Dieser gegen den dreieinhalbjährigen massiven Widerstand aller betroffenen Steirer kaltschnäuzig gesetzte Akt ist unakzeptabel und erweist dem Gedanken der von der Bevölkerung getragenen Landesverteidigung einen Bärendienst. Die Mißachtung eines seit rund dreieinhalb Jahren währenden entschiedenen Protestes eines Bundeslandes, hinter dessen Zielrichtung nach den bekannten aktuellen Umfragen mit 89 Prozent mehr Steirer denn je stehen, und des größten Volksbegehrens, das es je in einem Bundesland gegeben hat, ist ein Schlag gegen das Demokratie- und Föderalismusbewußtsein. Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, haben angekündigt, weiterhin alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten gegen dieses Diktat auszuschöpfen. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an Sie, sehr

geehrter Herr Landeshauptmann, die dringliche Anfrage, welche Maßnahmen werden Sie zum Schutz der steirischen Bevölkerung ergreifen?

**Präsident:** Ich erteile nun dem Herrn Landeshauptmann das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren des Landtages!

Bekanntlich hat sich die überwältigende Mehrheit unserer Landsleute in parteiübergreifender Gemeinsamkeit dreieinhalb Jahre lang entschieden gegen die Draken-Stationierung in der Steiermark gewehrt. Die am Montag vergangener Woche begonnene Stationierung hat daher, wie bereits ausgeführt wurde, im ganzen Land Verbitterung und Empörung ausgelöst und auch zu sehr eindrucksvollen Demonstrationen geführt. In diesem Zusammenhang danke ich allen, insbesondere den Demonstranten und der Exekutive, für ihre Besonnenheit – eine Besonnenheit, an der sich andere ein Beispiel nehmen könnten. Wir Steirer haben mit unseren Warnungen und Protesten bekanntlich bereits 1985, also rechtzeitig vor Unterzeichnung des Kaufvertrages durch die damalige Bundesregierung Sinowatz/Steger, mit dem Verteidigungsminister Frischenschlager, begonnen, um die Republik und die Steuerzahler vor dieser milliardenteuren Fehlentscheidung zu bewahren.

Es ist mir völlig unverständlich, und ich empfinde es als sehr bedauerlich, daß die neugebildete große Koalition unter Bundeskanzler Dr. Vranitzky nicht auch in der Draken-Frage, so wie bei anderen Altlasten, die sie übernehmen mußte, die Chance zu einem Neubeginn ergriffen hat, der im Interesse der Demokratie, des Föderalismus und der Landesverteidigung gelegen gewesen wäre.

Die eingeschlagene Vorgangsweise der Bundesregierung gegen ein Bundesland wirft daher Grundsatfragen des demokratischen Bewußtseins und des Föderalismus in Österreich, aber auch der Stellung der Steiermark gegenüber den Wiener Zentralstellen auf. Wir alle wissen es nur zu gut: Unsere Steiermark hat mit großen Problemen zu kämpfen, vor allem mit wirtschaftlichen, die in erster Linie anderswo zu verantworten sind. Ich denke dabei insbesondere an die krisenhafte Entwicklung in der verstaatlichten Industrie, deren verantwortlicher Alleineigentümer der Bund ist, ich denke aber auch an die Grenz- und Randlage unseres Landes. Die Steiermark hat daher Anspruch auf gesamtösterreichische Solidarität. Denn in allen Regionen möglichst ausgewogene und gleichwertige Lebensbedingungen zu sichern und herzustellen, also benachteiligte Gebiete besonders zu fördern, ist ein entscheidender Auftrag der Staatspolitik. In der Bundesrepublik Deutschland ist dieses Gebot sogar verfassungsrechtlich verankert.

Die Steiermark hat es auch nie leicht gehabt. Vieles mußte und muß heute noch in diesem jahrhundertalten Land an der Grenze erkämpft werden. Durch unseren entschlossenen und eigenständigen steirischen Kurs konnten wir in den letzten Jahren auch seitens des Bundes Initiativen erwirken, die in diesem Maß ansonsten nicht erreichbar gewesen wären. Dazu

und zu einer verstärkten gesamtösterreichischen Bewußtseinsbildung für die besondere Problemlage unserer Steiermark hat ganz sicher auch unser dreieinhalbjähriger Widerstand gegen die Draken-Stationierung entscheidend beigetragen. Als positive Beispiele dieser unserer gemeinsamen Anstrengungen der Landesregierung und des Landtages erwähne ich die Grenzlandförderung oder den schwer errungenen Sondervertrag für die traditionellen Industrieregionen unseres Landes mit den besten Förderungskonditionen ganz Österreichs, der nun zu greifen beginnt. Rund 1000 neue Arbeitsplätze konnten dadurch bereits geschaffen werden, weitere 1000 stehen gegenwärtig in Verhandlung, wobei viele Privatbetriebe Projekte an Betriebsstandorten und Liegenschaften der Verstaatlichten realisieren und so auch Beispiele gelungener Privatisierungen geben.

Als weitere Beispiele erfolgreicher steirischer Beharrlichkeit nenne ich den Plabutschunnel sowie den nunmehr erreichten Durchbruch für die Fertigstellung der Pyhrnautobahn und für den zweigleisigen Ausbau der Schoberpaß-Bundesbahnstrecke und den Semmering-Basis-Tunnel. Auch die zusätzlichen Universitätsbauten an den vier steirischen Hochschulen gehören dazu. Dies alles zeigt auch, daß die gestellten Aufgaben bewältigt werden können, wenn steirische Positionen gemeinsam vertreten werden und es auch in der Bundesregierung kooperationswillige Partner gibt. Und die gibt es erfreulicherweise auch.

Diese hoffnungsvollen Zeichen, für die ich weitere Beispiele anführen könnte, müssen verstärkt werden.

Das Draken-Diktat setzt aber genau das gegenteilige Signal. Es ist angesichts des notwendigen Modernisierungsschubs und der proklamierten Zukunftsorientierung ein besonders schlechtes Beispiel antiquierter zentralistischer Politik. Die Zentralgewalt hat mit ihren kompetenzmäßigen Machtmitteln die Überstellung der ersten Draken in die Steiermark durchgesetzt – zum Teil unter grotesken Begleitumständen, leider auch mit zahlreichen Pannen, welche die Fragwürdigkeit dieses Manövers und dieser Milliardeninvestition auch in einem besonderen Licht erscheinen läßt.

Ich habe es immer wieder betont: Damit wird dem Gedanken der von der Bevölkerung getragenen Landesverteidigung, aber auch dem Bundesheer und seinen Angehörigen ein Bärendienst erwiesen. Hier werden Milliarden für ein Gerät, dessen Zweckmäßigkeit äußerst umstritten ist, mit unabsehbaren Folgekosten ausgegeben, während es auf der anderen Seite selbst an wichtigsten Bauten und an tauglichem Gerät im Bundesheer mangelt. Armeekommandant Philipp hat gerade in diesen Tagen auf die großen finanziellen Probleme unserer Landesverteidigung hingewiesen. Ich möchte auch auf eine entsprechende Äußerung der Offiziersgesellschaft Wien, die in der Draken-Frage sonst ganz sicher nicht unserer Meinung ist, verweisen.

Wir werden daher weiter bei unserer Linie bleiben.

Wir haben immer wieder gesagt: kein Draken in die Steiermark. Dies in erster Linie aus Verantwortung für unser Bundesland, aber ganz sicher nicht aus regional-politischem Egoismus. Kein Draken für die Steiermark ist gleichbedeutend mit kein Draken für Österreich, weil man dieses Gerät nach all den bestürzenden Fakten keinem Bundesland zumuten kann.

Wir vertreten diese Position nach reiflicher und gründlicher Überlegung und nach Prüfung aller vorhandenen Informationen.

Es ist uns bis heute auch kein einziges Bundesland und kein einziger Flughafenstandort außerhalb der Steiermark bekannt, die sich zu einer Draken-Stationierung bereiterklärt hätten.

Es ist also nicht so, daß sich die Steiermark aus der Landesverteidigung verabschiedet. Im Gegenteil: Unser Bundesland trägt vielmehr ein besonderes hohes Maß an verteidigungspolitischer Verantwortung und zeigt die höchste Wehrbereitschaft in ganz Österreich. Nach der von mir mehrmals zitierten bekannten IFES-Studie liegt die Wehrbereitschaft in der Steiermark bei 94 Prozent, im übrigen Österreich im Schnitt bei 87 Prozent.

Der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister haben im Landesverteidigungsrat und letzte Woche neuerdings klargemacht, daß sie unserem Bundesland die Alleinlast der Stationierung aufbürden wollen.

Angesichts dieser Situation stelle ich heute fest: Wir werden weiterhin alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten gegen diese Draken-Stationierung ausschöpfen.

Dabei steht der Schutz der steirischen Bevölkerung, vor allem der unmittelbaren Anrainer an den Flugplätzen in Graz-Thalerhof und in Zeltweg, im Vordergrund unserer Bemühungen.

Zahlreiche Anrainergemeinden unter Führung sowohl von ÖVP- als auch von SPÖ-Bürgermeistern haben in den letzten Tagen die Ablehnung der Stationierung neuerlich bekräftigt.

Lassen Sie mich nunmehr im einzelnen die Maßnahmen darstellen, die wir zum Schutz unserer Landsleute ergreifen werden.

Wir haben diese Schritte durch eine Reihe von Rechtsgutachten bestens vorbereitet und fundiert, weil wir möglichst solid und umfassend vorgehen wollten.

Rechtliche Grundlage der Stationierung der SAAB-Draken ist bekanntlich das Luftfahrtgesetz. Ich habe daher bereits im vergangenen Sommer Gutachten der Universitätsprofessoren Dr. Bernd-Christian Funk und Dr. Richard Novak in Auftrag gegeben, die schwerwiegende Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit von Bestimmungen dieses Bundesgesetzes ergeben haben.

Professor Novak führt in diesem Zusammenhang wörtlich aus – ich darf ihn zitieren: „Die Stationierung des SAAB-Draken auf den Flugplätzen Graz-Thalerhof und Zeltweg würde in eine bestehende raumplanerische Nutzungsordnung einbrechen, deren Wahrung im Verantwortungs- und Kompetenzbereich des Landes Steiermark liegt. Der damit gegebene Normenkonflikt zwischen Bundes- und Landesrecht läßt die genannte, der Bundesverfassung innewohnende Rücksichtnahmepflicht aktuell werden. Die einschlägigen Landesgesetze, wie das Raumordnungs- und das Naturschutzgesetz, tragen diesem Postulat ausdrücklich und nachhaltig Rechnung. Demgegenüber ist im Luftfahrtgesetz jedoch jegliche Rücksichtnahme auf die kompetenzrechtlich legitimierten Interessen der Länder zu vermissen. Die maßgebenden Vorschriften über den Einsatz von Militärluftfahrzeugen stoßen daher auf schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken“. Zitatende.

Und im Gutachten von Professor Funk heißt es – ich zitiere wörtlich: „Wegen des vollständigen Fehlens eines anlagen- und betriebsbezogenen Nachbarschaftsschutzes ergeben sich daher schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken, insbesondere gegenüber jenen Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes, die die Verwendung von Militärluftfahrzeugen sowie die Errichtung, die Erweiterung und den Betrieb von Militärflugplätzen zum Inhalt haben.“ Zitatende.

Der Gutachter erhebt daher schwere verfassungsrechtliche Bedenken im Hinblick auf die Verfassungsgrundsätze der Gleichheit und Verhältnismäßigkeit.

Das ist die Kernfrage.

In einem Nebenaspekt sieht er auch das Übermaßverbot verletzt.

Der Steiermärkischen Landesregierung wird daher heute abend die Anfechtung der entsprechenden Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes 1957 wegen Verfassungswidrigkeit beim Verfassungsgerichtshof zur Beschlußfassung vorliegen.

Ein weiteres: Auch nach der sogenannten Optimierung der Flugverfahren, die wir nur durch unseren entschiedenen Widerstand auf Basis der umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung unter Leitung von Professor Möse überhaupt erreichen konnten, und unter der Voraussetzung, daß diese Verfahren überhaupt geflogen werden können, hier gibt es Zweifel des zuständigen Brigadiers, bleiben schwerwiegende, untragbare Belastungen Tausender Anrainer bestehen.

Der in Graz-Thalerhof am Mittwoch beim SAAB-Draken-Start gemessene Dezibelwert gehört zu den höchsten, die jemals an diesem Flughafen ermittelt wurden.

Im Entwurf liegt nunmehr ein Fluglärmgesetz vor, das ein Ergebnis unseres Anti-Draken-Volksbegehrens ist und das nur auf Grund unseres unbeugsamen Eintretens überhaupt erarbeitet wurde. Unter der Voraussetzung, daß dieses Gesetz tatsächlich in Kraft tritt, müßten 668 Familien abgesiedelt und entschädigt werden. Dies hat eine Studie dreier Zivilingenieure über Auftrag des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller ergeben.

Abgesehen von den ungeheuren menschlichen Belastungen, die so etwas mit sich bringt, würden die Absiedelungen gemeinsam mit Lärmschutzmaßnahmen und Wertminderungen eine Summe von 1,6 bis 2 Milliarden Schilling nach dieser Studie beanspruchen.

Da es ungewiß ist, ob und wann dieses Fluglärmgesetz überhaupt in Kraft tritt, habe ich ein weiteres Rechtsgutachten beim Ordinarius für Bürgerliches Recht und Handelsrecht an den Universitäten Wien und Salzburg, Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher, in Auftrag gegeben, das auch auf der Grundlage des geltenden Rechts eine Entschädigungspflicht des Bundes für diese Anrainer vorsieht. Ich darf auch die Kernsätze dieses Gutachtens wörtlich zitieren: Es heißt dort: „Bei den durch Lande- und Abflugmanöver der Draken-Militärflugzeuge ausgelösten Lärmeinwirkungen handelt es sich um hoheitliche Immissionen, die dem Bund als ‚störendem‘ Flugplatzhalter zuzurechnen sind. In dem durch hoheitliche Realakte ausgelösten nachbarlichen Konflikt müssen die Flugplatznachbarn für die

Militärbehörden vorhersehbare Eigentumsbeeinträchtigungen dulden, die als ortsunübliche und wesentliche Einwirkungen auf die planlich verfestigten Nutzungsbefugnisse gewertet werden müssen. Für derartige Eigentumseingriffe besteht eine verfassungsunmittelbare Entschädigungspflicht, die vor den Zivilgerichten geltend zu machen ist.“ Zitatende.

Angesichts des zu befürchtenden menschlichen Leids und der zu erwartenden Milliardenkosten wäre daher die Bundesregierung gut beraten, wenigstens die Einrichtung eines neuen Militärflugplatzes in Angriff zu nehmen, der in entsprechender Entfernung zu dicht besiedeltem Gebiet liegt, wie das vor allem in Graz gefordert wird.

Wir werden jedenfalls alle Veranlassungen zur umfassenden Information und Rechtsberatung der Bevölkerung in den unmittelbar betroffenen Gebieten der Flughäfen Thalerhof und Zeltweg treffen. Dabei sollten auch die Kosten für Musterprozesse zur Entschädigung der in ihren Eigentumsrechten verletzten Anrainer auf der Grundlage des Gutachtens von Univ.-Prof. Dr. Aicher vom Land übernommen werden.

Für eine abschließende Beurteilung aller Fakten und der uns übergebenen Unterlagen wird eine unabhängige Expertengruppe unter Leitung des Ordinarius für Internationales Privatrecht an der Universität in Graz, Univ.-Prof. Dr. Willibald Posch, der Experte für Internationale Kaufverträge, Luftfahrthaftung und Produkthaftung ist, eine eingehende Prüfung vornehmen.

Ich habe Professor Dr. Posch bereits anlässlich des Besuches von Verteidigungsminister Lichal am 18. April damit beauftragt und ihm auch die sogenannten Optimierungsgutachten und das unbefriedigende Antwortschreiben des Bundesministers auf unser Memorandum übergeben. Meine Damen und Herren, mit Bezug auf den föderalistischen Aspekt stelle ich folgendes fest: Die Bundesregierung, die in ihrem Arbeitsübereinkommen den Föderalismus als einen wesentlichen und unverzichtbaren Bestandteil der staatlichen Ordnung bezeichnet hat und in diesem Zusammenhang eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden versprochen hat, darf dies nicht nur als Lippenbekenntnis formulieren, sondern muß wissen, Zentralismus provoziert separatistische Tendenzen, lebendiger Föderalismus hingegen stärkt die gesamtstaatliche Ordnung. (Abg. Rainer: „Jetzt haben wir die Erklärung!“)

Die Bundesregierung ist daher aufgerufen, durch Verantwortungsbewußtsein und Vernunft einen Neubeginn zu setzen und zugleich durch außerordentliche Kraftanstrengungen ihre Verantwortung gegenüber der Steiermark in allen Lebensfragen wahrzunehmen, so wie wir Steirer alle uns zu Gebote stehenden Mittel im Interesse unseres Landes ausschöpfen. Diese Kraftanstrengungen des Bundes sind auch angesichts der bekannten Budgetrelationen – das Bundesbudget ist bekanntlich 20 mal größer als das Landesbudget – geboten. Die Vorgangsweise bei Ankauf und Stationierung der Draken ist auch demokratiepolitisch verhängnisvoll. Als steirischer Landeshauptmann bin ich im Interesse der bestmöglichen Bewältigung der großen Probleme unserer Republik, ich sage das hier ganz offen, stets für die breitestmögliche Zusammenarbeit auf Bundesebene eingetreten. Ich habe daher die

Bildung der großen Koalition zu diesem wichtigen staatspolitischen Ziel begrüßt. Zugleich mußte uns allen klar sein, daß in Zeiten verstärkter Parteien- und Politikverdrossenheit eine große Koalition vom demokratiepolitischen Standpunkt aus besonders kritisch betrachtet wird. Überzeugende Lösungen, besondere Sensibilität und die Beachtung vor allem des Bürgerwillens sind daher ein besonders wichtiges Gebot für den Erfolg auch der großen Koalition. Das Anti-Draken-Volksbegehren war mit 244.000 Unterschriften das größte Volksbegehren, das es je in einem Bundesland gegeben hat. Hinter unserer klaren Linie stehen nach den bekannten aktuellen Umfragen mit 90 Prozent mehr Steirer denn je.

Und die Mißachtung eines seit rund dreieinhalb Jahren währenden entschiedenen Protestes dieses Bundeslandes – (Flugblätter werden durch Demonstranten in den Raum geworfen, und ein Demonstrant ruft: „Wir brauchen keine Draken für Österreich!“ – Präsident: „Ich bitte die Ordner, die Leute hinauszuschaffen!“ – Ein Demonstrant teilt Flugblätter an alle Regierungsmitglieder und Abgeordneten des Hohen Hauses aus. – Abg. Gennaro: „Kann da jeder kommen und Flugblätter austeilen?“) Meine verehrten Damen und Herren, die Mißachtung eines seit rund dreieinhalb Jahren währenden entschiedenen Protestes dieses Bundeslandes ist daher ein Schlag gegen das Demokratie- und Föderalismusbewußtsein. (Abg. Mag. Rader: „Das sind die Draken und Geister, die Sie gerufen haben.“) Denn unerwünschte Resignation, Ohnmachtsgefühle und Protesthaltungen werden dadurch gefördert. Diese Mißachtung des Bürgerwillens irritiert viele Staatsbürger und stößt vor allem zahlreiche kritische und engagierte jungen Menschen ab, die eigentlich zur politischen Mitgestaltung gewonnen werden müßten. Wir dürfen dies nicht achselzuckend zur Kenntnis nehmen. Ich persönlich jedenfalls nehme dies sehr ernst.

Ich habe zu unserer Position in unzähligen Briefen, Telegrammen und Gesprächen eine Welle der Zustimmung erhalten, wie zu keiner anderen Sachfrage zuvor. Dieser Zuspruch hat sich in den letzten Tagen noch verstärkt. Umfragen aus der letzten Woche haben dies ebenfalls unterstrichen. Es hat daher nicht wenige gegeben, die mir geraten haben, daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen. Ich möchte hier aber eindeutig folgendes feststellen: Für mich gehen die Interessen des Landes vor kurzfristige parteipolitische Vorteile. (Abg. Gennaro: „Das geht zu weit!“) Ich habe daher nicht die Absicht, vorzeitigen Landtagswahlen zuzustimmen, wenn sie nicht durch außergewöhnliche Umstände nötig werden sollten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich sage das mit aller Deutlichkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Das große Vertrauen der Steirerinnen und Steirer ist für uns vielmehr die Verpflichtung, unseren steirischen Weg mit Augenmaß, mit Ideenreichtum und mit Unbeugsamkeit weiterzugehen. Ich jedenfalls werde meine Schutzfunktion für unser Land als Landeshauptmann aller Steirer mit meinem ganzen persönlichen Einsatz weiterhin und auch unbeirrt ausüben. Und ich lade alle herzlich ein, insbesondere auch die Damen und Herren des Hohen Hauses und meine Kollegen in der Landesregierung, in steirischer Gemeinsamkeit weiterhin für unser Land und für unsere Landsleute einzustehen. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross.

**Landeshauptmannstellvertreter Gross:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die steirische SPÖ, ihr Landtagsklub und ihre Regierungsmitglieder nehmen für sich in Anspruch, auch in der Hitze der sehr emotionell geführten Draken-Diskussion niemals den Boden der Realität, der Seriosität und der Diskussionsbereitschaft verloren zu haben. Es ist mir vollkommen klar, daß eine solche realistische Politik nicht jene spektakulären Aussagen mit sich bringen kann, aus denen die Schlagzeilen des Tagesjournalismus gemacht sind und mit denen weitere Emotionen freigesetzt werden, ohne daß sich konkrete Lösungsmöglichkeiten abzeichnen. Die Darlegung unseres Standpunktes muß mit einem grundsätzlichen Ja zur Landesverteidigung im Sinne unserer Verfassung beginnen. Dieses Ja schließt auch die Überwachung des Luftraumes in Österreich ein. Soweit fühle ich mich auch durchaus auf einer gemeinsamen Linie mit der steirischen ÖVP. Das aber bedeutet nichts anderes, als daß die steirische ÖVP auch nicht grundsätzlich gegen Anschaffung und Einsatz von Luftraumüberwachungsflugzeugen sein kann, daß sie jedoch die Luftraumüberwachungsflugzeuge des Fabrikats Draken ablehnt. Die Kaufentscheidung für den Draken – ich muß gerade deshalb daran erinnern, weil sie uns im Lichte der jetzigen Ereignisse wenig glücklich erscheint – wurde seinerzeit einstimmig mit den Stimmen aller im Landesverteidigungsrat vertretenen Parteien, also auch mit der ÖVP, gefällt. Mitentscheidend dafür, so paradox das in der nunmehrigen Situation auch klingen mag, war neben dem relativ günstigen Kaufpreis auch die geringe Lärmentwicklung des schwedischen Flugzeuges. Einer Graphik des politischen Jahrbuches der ÖVP entnehme ich auch, daß die Lärmentwicklung des Draken gleich hoch liegt wie jene der alten „fliegenden Tonne“, welche mehr als ein Jahrzehnt lang Österreichs Luftraum überwacht hat.

Trotzdem war es für die steirische SPÖ klar, daß die laut ursprünglichem Prof.-Möse-Gutachten zu erwartenden Lärmbelastungen durch den Einsatz der Draken ein Faktum darstellten, welches entsprechend der politischen und menschlichen Verantwortung für die Menschen dieses Landes gewertet werden mußte. So kam es 1987 zum einstimmigen Beschluß der Landesregierung und des Landtages, demzufolge kein Draken in der Steiermark stationiert werden sollte. Die Erkenntnisse und Schlußfolgerungen der vorliegenden optimierten Gutachten, die wir im Landesverteidigungsrat gehört haben, haben dann dazu geführt, daß die SPÖ diesen Standpunkt einer neuerlichen Prüfung unterzogen hat. Alle derartigen Überlegungen wurden kurz darauf von der Realität überrollt: Die Draken sind da, und ein Beschluß, der in keiner Weise mehr mit der Realität in Deckung zu bringen ist, kann beim besten Willen meiner Meinung nach nicht Basis und Ausgangspunkt unseres weiteren Handelns und Vorgehens sein. Die steirische SPÖ ist außerdem der Meinung, daß sich die Steiermark als Bundesland nicht der Landesverteidigung und ihren Aufgaben einfach verweigern kann. Wir sind allerdings der Meinung, daß nicht die gesamte Belastung der Luftraumüber-

wachung Österreichs, also die Stationierung aller Abfangjäger in Graz-Thalerhof und Zeltweg, erfolgen soll.

Wir steirischen Sozialisten verlangen daher, daß dem derzeitigen Stationierungsbeschluß der Draken in der Steiermark nur vorläufiger Charakter zuerkannt wird, daß laufend Erfahrungswerte gesammelt und ausgewertet werden, daß im Frühjahr 1989 – das habe ich auch in der Sitzung des Landesverteidigungsrates gesagt –, vor dem Beginn des vollen Einsatzumfanges, auf Grund der vorliegenden Werte im Landesverteidigungsrat eine endgültige Stationierungsentscheidung getroffen werden soll. Ich stimme hier in einigen Punkten vollkommen mit dem Herrn Landeshauptmann überein. Ich stimme auch damit überein, daß wir heute in Form einer Beschlußfassung diese Bundesregierung auffordern sollen, den Bau eines Flugplatzes, der nicht in Stadtnähe und menschlich stark besiedelten Gebieten liegt, in Erwägung zu ziehen. Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß eine solche Entscheidung die vitalen Interessen der Steirerinnen und Steirer nicht verletzen darf.

Fragen der Gesundheit und der Sicherheit der steirischen Bevölkerung haben natürlich auch im Sinne der optimierten Umweltverträglichkeitsgutachten und Flugeinsatzpläne im Mittelpunkt aller Überlegungen und Maßnahmen zu stehen.

Weiters sind natürlich der Flugeinsatzplan und die Verteilung der Belastung durch den Übungsbetrieb auf alle geeigneten Flugplätze Österreichs genauestens einzuhalten. Wir werden auch sehr darauf achten, daß das, was im Landesverteidigungsrat gesagt worden ist, daß jene SAAB 105, die derzeit noch stationiert werden, sehr rasch in ein anderes Bundesland verlagert werden. Die steirische SPÖ ist in der Draken-Frage nicht in einen Justamentstandpunkt gegangen. Man mag auch daraus ersehen, daß wir bereit sind, in einem Teilbereich durchaus gemeinsam mit der steirischen ÖVP zu gehen: nämlich dort, wo es gilt, dem betroffenen Bürger die Wahrung seiner Interessen zu ermöglichen. Deshalb werden wir auch den Antrag mitunterstützen, die Rechtmäßigkeit der Draken-Stationierung durch den Verfassungsgerichtshof prüfen zu lassen, auch wenn mit Nationalrat Prof. Ermacora, einer der anerkanntesten Rechtswissenschaftler der ÖVP und der Republik überhaupt, einem solchen Unterfangen nur sehr geringe Chancen eingeräumt werden. Niemand soll sagen können, die SPÖ hätte zu verhindern versucht, daß ein Bürger dieses Landes seine Interessen dem Spruch unabhängiger Richter anheimstellt.

Sollte jedoch der Verfassungsgerichtshof das Vorgehen des Verteidigungsministers als korrekt beurteilen, dann verlangen wir eine genaue Auflistung aller lärmbeeinträchtigten Objekte auf Grund genauer Messungen sowie beschleunigte und unbürokratische Ablöseverfahren durch den Bund.

Man mag nun bei uns in der Steiermark mit Recht der Meinung sein, daß die Art und Weise, wie von Verteidigungsminister Lichal im Zusammenhang mit der Stationierung der Überwachungsflugzeuge verfahren worden ist, ein glatte Provokation der steirischen Eigenständigkeit darstellt. Man mag in Wien der Meinung sein, daß gerade das Verhalten der steirischen ÖVP ein solches Vorgehen des Verteidigungsministers auslöse. Einem alten Sprichwort zufolge liegt die

Wahrheit immer in der Mitte. Es wäre also im höchsten Maße sinnvoll, wenn beide Seiten die gestörte Gesprächsbasis in dieser Frage neu aufbauen würden. Dabei käme es wohl automatisch zu einer Reduzierung des Problems auf seine tatsächliche Bedeutung. Diese sehen wir steirischen Sozialisten jedenfalls gegenüber unseren Arbeitsplatzproblemen, unseren Umwelt- und Abfallbewirtschaftungsproblemen durchaus zweitrangig. Ich glaube auch nicht, daß die steirische ÖVP, und der Herr Landeshauptmann hat das heute hier ausgedrückt, gut beraten wäre, die Auseinandersetzung um die Draken-Stationierung zum Anlaß für vorzeitige Neuwahlen zu nehmen. Ob es die Mehrheit der Steirerinnen und Steirer tatsächlich berechtigt finden würde, schon wieder auf Initiative der steirischen ÖVP eine Legislaturperiode vorzeitig zu beenden, sei dahingestellt. Ich bin hier eher der Meinung: Die lautesten Stimmen repräsentieren nur selten die Stimmen der Mehrheit!

Zum Abschluß nur noch eines: Niemand will versuchen, den Steirern ihre Draken-Skepsis abzukaufen, aber Solidarität kann keine Einbahnstraße sein. Wir haben auf Grund unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Solidarität der Bundesregierung und Sonderförderungen erhalten, wie sie kein anderes Bundesland je bekommen hat. Was wir zur Zukunftsbewältigung unseres Landes brauchen, ist auch weiterhin eine Politik, die es uns ermöglicht, die Steiermark in den sich unter der Bundesregierung abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs einzubinden. Was wir brauchen, sind grenzüberschreitende gesamt-europäische Denkweisen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und unserem Anspruch auf Wiedererlangung der Vollbeschäftigung näherzurücken. Was wir also brauchen, ist Integration statt Isolation, ist Sachlichkeit statt Emotion. Ich wünsche von allen staatstragenden Kräften in diesem Land nur eines; persönliche Interessen und den Wunsch nach politischer Profilierung einer zukunftssträchtigen, gesamtsteirischen und gesamtösterreichischen Lösung unterzuordnen, Realitäten emotionslos zu beurteilen und Verhandlungsspielräume auszuschöpfen.

Ich möchte für mich in Anspruch nehmen, diese Grundsätze, soweit das in einer eigenen Beurteilung möglich ist, befolgt zu haben, auch um den Preis, nicht nur in der Presse, sondern darüber hinaus, und ich sage das sehr bewußt steirisch, ein Umfaller genannt zu werden.

Meine Damen und Herren, gerne will ich ein Umfaller sein, wenn ich damit verhindern kann, daß unsere Steiermark zurückfällt, während es im übrigen Österreich weiter aufwärts geht. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Wegart:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grillitsch.

**Abg. Grillitsch:** Verehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Herr Landeshauptmann hat in seiner heutigen Anfragebeantwortung die über dreieinhalbjährige entscheidende und mit großer Energie geführte Diskussion gegen den Draken in einer sehr breiten Aussage fundamntiert, über wissenschaftliche Belegungen, welche Gefahr dieses Gerät mit sich bringt, beantwortet. Ich darf am Beginn meines Referates ihm einen

herzlichen Dank sagen für diesen Einsatz im Sinne der steirischen Bevölkerung. Im Sinne der steirischen Bevölkerung war auch das Bemühen, daß es zu einem einstimmigen Regierungsbeschluß, daß es zu einem einstimmigen Landtags- oder mehrheitlichen Landtagsbeschluß gekommen ist und daß es 244.000 Stimmen in der Steiermark in einer Volksbefragung gegeben hat. (Beifall bei der ÖVP.) Man hat gerade nach dieser Volksbefragung versucht, aus dieser Draken-Frage in unserem Bundesland nicht die Sorgen der Bevölkerung zu sehen, sondern ein politisches Spiel zu betreiben. Und man hat versucht, der Österreichischen Volkspartei in die Schuhe zu schieben, wir seien gegen die Landesverteidigung. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Bekenntnisse zur Landesverteidigung wurden immer sehr klar und sehr deutlich abgelegt. Wir waren immer der Meinung, daß man der Jugend in der Ausbildung das Beste geben muß und daß man der Jugend auch an Geräten das Beste zur Verfügung stellen muß. Ich hatte die Ehre, vor 14 Tagen bei der Übergabe eines alten Ausbildungsstandortes, der Schmelz in der Obersteiermark, anwesend zu sein und habe das dort auch erwähnt und habe gemerkt, wie die Jugend das dankbar zur Kenntnis nimmt, weil gerade die jungen Leute, und wir erleben das immer wieder, die größte Sorge auch haben, was dieses gefährliche Gerät Draken anlangt. Man hat in dieser weiteren Diskussion auch zu klären versucht, was die ÖVP will. Zeltweg ist der älteste Militärflughafen in Österreich überhaupt. Thalerhof ebenso bekannt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir freuen uns darüber, daß wir den ältesten Militärflughafen haben, aber wir freuen uns nicht darüber, daß dieser Flughafen jetzt auch mit solchen Geräten beschickt werden soll, wo in der ersten Phase der Landung schon zum Ausdruck gekommen ist und bestätigt worden ist, was wir über dreieinhalb Jahre sagen. Das erste Mal war es ein bißchen zu naß, das zweite Mal ist von uns, ich war in unmittelbarer Nähe, weil ich auch dort wohne, kein Wind verspürbar gewesen, aber der Wind war zu stark, um landen zu können. Man hat auch diesen Standort, meine Damen und Herren, in den letzten Jahren unüberlegterweise, und ich sage das sehr deutlich, weil man auch aus dem Militär, und Herr Oberstleutnant Schmied war der erste Warner, und Herr Oberstleutnant Haas hat ebenso gewarnt vor der Gefährlichkeit der Geräte, und man hat unüberlegterweise an diesem Standort überaus große Investitionen vorgenommen, und man muß sie auch noch vornehmen, um den Draken dort überhaupt betreiben zu können. Die Landebahn wurde auf 2000 Meter verlängert, sie muß auf 2700 Meter verlängert werden, damit es überhaupt möglich ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, in der Anfragebeantwortung ist auch schon gesagt worden, was die Gutachten aussagen, und ist von der Gefährlichkeit gesprochen worden und ist aber auch darüber gesprochen worden, wie die Bevölkerung um Zeltweg und um den Thalerhof auch betroffen ist. Zur Gefährlichkeit, ich habe in vielen Diskussionen immer wieder gehört, daß dieses alte Gerät, das fast so alt ist wie unsere SAABs, ohne Schulflugzeuge überhaupt nicht zu betreiben ist. Und wenn heute die Forderung kommt, sofort weg mit den SAABs in ein anderes Bundesland, um irgendwo den ganzen Flugbetrieb zu dezimieren, so glaube ich sagen zu können, daß das

nicht geht, weil dann können sie den Draken auch in der Steiermark nicht betreiben. Die Anschaffung dieses Gerätes, und wir haben immer davor gewarnt, wir wollten dem österreichischen Steuerzahler ein Zwentendorf und ein Konferenzzentrum ersparen, beide Investitionen sind auf Kosten der österreichischen Steuerzahler erfolgt und sind heute praktisch ohne Leistung oder werden überhaupt nicht angenommen. Es wäre heute immer noch das billigste, wenn man diese 8 Milliarden Schilling irgendwo vergessen könnte, oder vielleicht kann man die Vögel veräußern, denn jede Flugstunde dieses Gerätes kostet obendrein auch noch 70.000 Schilling. Sie haben, meine sehr geschätzten Damen und Herren, in Ihren politischen Diskussionen immer wieder auch die Kompensationsgeschäfte erwähnt. Was die Kompensationsgeschäfte anlangt, so höre ich immer wieder, weil wir auch in unserer Region Betriebe haben, die mit Schweden Geschäfte machen, daß es das normale Geschäft unter größter Konkurrenz gibt, das sie immer gehabt haben, daß sie aber seitens der Draken keine wesentliche Besserung innerhalb des Geschäftsvorganges erleben durften. (Abg. Rainer: „Das ist total falsch!“) Herr Gewerke, Entschuldigung, Herr Kollege Rainer, du wirst es sicher (Abg. Tschernitz: „Kommerzialrat!“) dann besser belegen, ich kann nur von diesen Betrieben sprechen, wo ich die Kontakte führe, aber deine Kontakte gehen ja wahrscheinlich über die Steiermark hinaus. Vielleicht hast du ein paar Wiener oder gutfreundschaftliche Ergebnisse hier zu präsentieren. Ich weiß das nicht, aber das war immer das Verhalten. Aber bitte eines, wenn Sie am Samstag den Herrn General Philipp gehört haben, bestätigt er doch, was von unserer Seite dreieinhalb Jahre immer gesagt wurde und wo Ihrerseits immer wieder mit dieser Sache gespielt wurde. Wenn man heute sagt, wir haben im Bundesheer kein Geld mehr, nicht einmal das Geld, um die notwendigsten Investitionen vorzunehmen, und wenn der Herr General Philipp auch sagt, er kann die Ausbildung nicht mehr garantieren, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dann müssen Sie die Sorge der jungen Leute auch verstehen. Ich möchte Ihnen sagen, daß Ihr Verhalten in den letzten Jahren in dieser Sache ein nicht immer ehrliches war. Sie sind wohl nach außen hin auch die steirische Linie gegangen, haben aber in Ihrer unterschwelligem Argumentation draußen immer wieder den Wiener Weg vertreten, und das mit vielen Beweisen. Letztlich ist es ja auch in den letzten Jahren immer wieder passiert, daß man wohl von der steirischen Gemeinsamkeit gesprochen hat, daß ich aber draußen oft, Herr Kollege Rainer, und auch sein Sekretär Gennaro, persönlich erleben durfte, daß diese Gemeinsamkeit nicht in der Form vorhanden war, sondern daß man dort einfach das von Wien zentral vorgegebene Denken gegen die Steirer vertreten hat. Ich hoffe und wünsche, daß gerade in dieser Frage eine Reparatur Ihrerseits im politischen Denken erfolgt, daß Sie die Politik Sinowatz/Steger ablegen und daß Sie die steirischen Probleme wirklich mit uns ernst nehmen im Sinne der steirischen Bevölkerung. Die Sorgen der Steirer sind groß, auch in vielen anderen Fragen, die wir immer auch entsprechend vertreten haben, und ich glaube, meine sehr geschätzten Damen und Herren, man muß eben die Zeit ablegen, wo Zentralismus und Machtdenken den Vorrang hatten, sondern eine Politik

– und der Herr Landeshauptmann hat es auch so imponierend gesagt – muß glaubwürdig, muß zukunftsorientiert sein und muß vor allem die Interessen der Jugend vertreten. Wir machen es und laden Sie dazu wirklich recht herzlich ein.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Was die Lösungsmöglichkeiten anlangt, möchte ich abschließend nur sagen: Diese steirische Gemeinsamkeit verstärken, die Sie oft formell präsentiert haben, und wirklich die Sorgen der steirischen Bevölkerung auch gemeinsam zu vertreten! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erhart.

**Abg. Erhart:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Obersteirischen Nachrichten, eine lokale Wochenzeitung, welche jeden Freitag vorwiegend für die Bezirke Knittelfeld und Judenburg erscheint, brachte unter dem Titel: „Draken-Landung, ein Höllenslärm über Zeltweg, Spielberg und Knittelfeld“ und mit Untertiteln wie „Landesgeschwindigkeit ist viel zu hoch – Zeltweger Landebahn für Draken momentan noch ungeeignet – Infernalischer Lärm schockte Aichfelder“ folgenden Artikel – ich zitiere:

Vorgestern, Mittwoch: Nahezu idyllische Ruhe im Aichfeld. Urplötzlich gegen 11.40 Uhr bricht die Hölle über das Aichfeld herein. Menschen, die aus dem Nachtdienst (Ärzte, Eisenbahner, Krankenschwestern, einfache Arbeiter und viele mehr) Ruhe genießen wollten, wurden durch Lärm abrupt aus dem Schlaf gerissen. Kleinkinder begannen zu schreien, im Freien spielende Kinder gerieten in Panik, und Haustiere verkrochen sich in Todesangst. Was war geschehen? Kurz vor 12 Uhr sollten zwei Draken in Zeltweg landen. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Landebahn des Fliegerhorstes Zeltweg für die viel zu hohe Landesgeschwindigkeit des Abfangjägers ungeeignet ist. Der fliegende Schwedenschrott drehte noch eine Ehrenrunde über das Aichfeld und verschwand in einer Symphonie aus Lärm. Zurück blieben empörte, verschüchterte und ratlose Bewohner der beschaulichen Obersteiermark. Der „Dirigent“, Robert Lichal, hat sich mit seiner Draken-Symphonie in „Orkus-Moll“ uns nun erstmals eindrucksvoll vorgestellt. Ende des Zitates! Der Schreiber dieser Zeilen, es ist der Herausgeber selbst, der mit mir in derselben Siedlung am Westrand Knittelfelds direkt in der Einflugschneise des Flughafens wohnt, allerdings noch 3400 Meter von der Landebahn entfernt – andere wohnen viel näher –, hat, wenngleich er sich einer dramatischen Sprache bedient, inhaltlich nicht übertrieben. Dies bestätigten mir meine Nachbarn und meine eigenen Familienangehörigen. Ich selbst war zu diesem Zeitpunkt in Graz.

Nachdem die Landung, wie bekannt, an diesem Tag wegen Ostwind und der derzeit noch zu kurzen Landebahn nicht geklappt hat, wurde sie am nächsten Tag, dem Donnerstag voriger Woche, dann vollzogen. Diesmal wollte ich es selbst hören, ich wollte Augenzeuge beziehungsweise vor allem Ohrenzeuge sein, bevor ich hier, meine Damen und Herren, zu diesem Thema spreche. Um neun Uhr am Vormittag habe ich mich vom Büro nach Hause gegeben und mit Spannung und

Befürchtung, auf Grund der mir bekannten Schilderung, den neuerlichen Landungsversuch erwartet. Die Bedingungen waren offensichtlich ideal, blauer Himmel, kein Wind, kein Lüfterl rührte sich. Kurz vor halbzehn war es soweit. Leichtes, kaum hörbares Grollen aus großer Höhe, dann Sichtkontakt – zwei winzige silbrige Punkte, die nur durch das Fernglas als Draken zu erkennen waren. Sie kamen dann tiefer, der Lärm noch immer relativ bescheiden, und dann begannen die beiden, von einem dritten war bis dahin noch nichts zu sehen, Runden um das Aichfeld zu ziehen. Plötzlich flogen sie dann aus östlicher Richtung, genau in der Flugschneise, also direkt über uns, den Flughafen an. Der Lärm steigerte sich, aber zu meinem größten Erstaunen war er, meinem Empfinden nach, als die Flugzeuge direkt über mir waren, eher geringer als beim schon gewohnten Überflug der bisherigen Saab 105. Dieser Moment dauerte ja nur ein paar Sekunden, und schon konnte ich ihnen nachblicken und konnte sehen, wie sie nach einer Schleife über Spielberg auf der Landebahn niedergingen.

Der Landevorgang beim dann später erscheinenden dritten Abfangjäger war genau gleich, ebenso die empfundene Lärmentwicklung, die mir mit Sicherheit als gleich oder sogar kleiner als bei den bisherigen Saab 105, wie schon gesagt, vorkam. Diese meine Beobachtung wurde im Laufe der letzten Tage von sehr vielen Menschen bestätigt. Es gab ja bei uns kein anderes Gesprächsthema. Viele, die den Landeversuch am Mittwoch nicht aus der Nähe gehört haben, wohl aber die Landung am Donnerstag verfolgten, wundern sich über soviel Gerede und Getue um den Drakenlärm. Ich hatte dann am Donnerstag Nachmittag durch eine Festsitzung des Knittelfelder Gemeinderates zwecks Übergabe von Ehrenringen an verdiente Gemeindebürger auch Gelegenheit, mit den Gemeinderäten, mit Ehrengästen, und vor dieser Sitzung mit sechs von den 14 Bürgermeistern unseres Bezirkes zu sprechen. Alle, egal welcher politischer Zugehörigkeit, selbst unsere Kommunisten, sagten, daß die Landung am Donnerstag absolut verträglich war. Ja, es hat sogar Leute gegeben, welche mit wohlwollender Begeisterung sich über dieses Fluggerät ausgesprochen haben.

Sehr verehrte Damen und Herren! Welche Schlußfolgerungen haben wir aus den beiden Wahrnehmungen vom Mittwoch und vom Donnerstag zu ziehen? Ich für meine Person und in meiner Mitverantwortung für diese Region ziehe folgende Schlüsse daraus: Für den ersten Fall, den Landeversuch am Mittwoch, möchte ich feststellen, daß alle in der Vergangenheit in punkto Lärmbelästigung beschlossenen Protestresolutionen aller, ob die der Anrainergemeinden, der Parteigruppierungen oder durch wen auch immer, voll berechtigt waren. Ebenso unser gemeinsamer Beschluß im Vorjahr, den wir auf Grund der Vorlage des sogenannten Möse-Gutachtens getroffen haben. Die an diesem Mittwoch erlebte Lärmbelästigung und die in Spielberg gemessenen 106 Dezibel im Bereich der Hauptschule und des Kindergartens lassen die Lichalsche Gutachtenoptimierung als lächerlich erscheinen und die Erklärungen im Landesverteidigungsrat als falsch.

Für den zweiten Fall, die Landung am Donnerstag: Hier muß man sich wohl ehrlicherweise die Frage stellen, ob nicht doch diese Optimierung möglich ist,

wenn, also auch eine relativ leise Landung möglich war. Dann könnte man, was den Lärm betrifft, wie bisher weiterleben. Die geringeren Dezibel-Werte würden die bisher für den Draken festgelegten Lärmzonen wieder einschränken. Und der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller könnte – ich nehme an mit Freude – das Wohnbauförderungsstop wieder weitestgehend aufheben lassen.

Es stellt sich also die Frage, war der Anflug am Mittwoch aus technischen Gründen nicht anders möglich und deshalb so laut, oder lag es an den Piloten, daß sie dann am Donnerstag es auf die leise Tour auch machen konnten. Jedenfalls wurde damit der Beweis erbracht, daß es geht. Diese Frage erscheint mir sehr, sehr wichtig und ich bin mit Hans Gross einer Meinung, daß nun über einen längeren Zeitraum Lärm-messungen stattzufinden haben, und diese auch durch die Stellen des Bundes gemacht werden sollen, damit keine Streitigkeiten über die Gültigkeit der Meßwerte aufkommen. Ich möchte sagen, wenn diese Messungen eine Bestätigung des ersten Möse-Gutachtens ergeben oder diese Meßwerte sogar noch höher liegen, dann steht eindeutig fest, daß der Flugplatz Zeltweg für eine Stationierung wegen der verbauten Gebiete und der dort lebenden Menschen auf die Dauer ungeeignet ist. Denn man kann nicht eine halbe Region aussiedeln. Alle anderen im Zusammenhang mit der Flugzeugtype Draken meiner Meinung nach hochgespielten Themen haben sich der Frage der Gesundheit unterzuordnen.

Sehr verehrte Damen und Herren der ÖVP, die Menschen durchschauen immer mehr, daß Ihr Draken-Kampf keine Ablehnung der Abfangjäger bedeutet, sondern daß die ÖVP sehr wohl für Abfangjäger ist und immer war, und zwar auch in Graz und in Zeltweg, nur wollen sie andere, sie wollen moderne, schnellere und teurere Geräte. (Abg. Schützenhöfer: „Kannst du uns zum Schluß deine Meinung mitteilen? Egal welche! Uns ist schon egal, welche Meinung, aber irgend eine Meinung!“) Ich nehme an, Sie dürften der einzige sein, der das nicht verstanden hat. Ich bin dann gerne bereit, Ihnen das nachher ein bißchen zu erläutern. Sie regen sich genau jetzt in diesem Punkt auf, wo ich Ihnen die Wahrheit sage, daß Sie immer für Abfangjäger waren, auch für unsere Gebiete. Und ich sage Ihnen, die Menschen bei uns können das sehr wohl unterscheiden, und es ist vollkommen egal, was Lärm betrifft, Sicherheit betrifft, ob es eine Mirage ist, eine Phantom, ein sonstiges Gerät, wenn diese verbauten Gebiete mit ihren Menschen dadurch gefährdet werden. Das muß man mit aller Klarheit sagen.

Ich möchte zum Schluß kommen. (Abg. Schützenhöfer: „Die Menschen haben offensichtlich gar keine Ahnung, was die SPÖ will!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Sie sind ein typischer Minderheitenpolitiker!“ – Abg. Schützenhöfer: „Wie sollst du das durchschauen, wo du nicht einmal unterscheiden hast können, ob das ein Draken war oder sonst was!“) Darauf kann ich Ihnen wirklich jetzt keine Antwort geben. Das ist nicht im Zusammenhang zu verstehen mit dem, was ich Ihnen gesagt habe. Für uns Anrainer, sehr verehrte Damen und Herren, hat die Frage der Belastbarkeit und der Gesundheitsgefährdung Vorrang. Und dafür werden wir weiter eintreten! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

**Abg. Kammlander:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte damit beginnen, was am 6. Juni am Vormittag und am Nachmittag bei mir abgelaufen ist, von meiner Erschütterung, von meiner Enttäuschung und vor allem meiner Entrüstung. Auf die Entrüstung komme ich dann am Schluß noch einmal zurück.

Ich möchte meine Wortmeldung auch mit der Überschrift beginnen und einen Satz aus der Rede des Herrn Landeshauptmannes während der Anti-Draken-Demonstration verwenden. Er hat im Zusammenhang mit der Psychiatrierung der Piloten einen Satz geprägt, und zwar: Es ist eine wirkliche Schande für dieses Land. Und mit dieser wirklichen Schande für dieses Land möchte ich beginnen. Es gibt in diesem Zusammenhang aber noch mehr, und zwar bedeutend mehr im Zusammenhang mit diesen Abfangjägern. Ich möchte auch aus dem Friedenscamp einen Bericht bringen, das zwar mißverständlich auch als Widerstandscamp bezeichnet wird, aber ich sehe in erster Linie darin ein echtes gewaltfreies Friedenscamp. Dort versucht die Plattform „Gemeinsam gegen Abfangjäger“, Zelte aufzustellen und sich dort zu versammeln. Durch die Verordnung der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung, die auf Weisung des Innenministeriums amthandelt, werden dort die Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Bewegungsfreiheit und des Eigentums verletzt. Es gibt dafür keinerlei sachliche Rechtfertigung, und ich werde das in meinem Beschlußantrag begründen. Ich bringe den Beschlußantrag am Schluß, weil sich meine Wortmeldung sonst unter Umständen mit den 20 Minuten nicht ausgeht.

Ein anderer Beschlußantrag, von dem ich das letzte Mal auch schon im Zusammenhang mit dem Umweltschutzbericht gesprochen habe, betreffend das Luftfahrtgesetz und die daraus resultierenden Verordnungen. Für diesen Beschlußantrag werden wir noch sehen, ob wir eine gemeinsame Linie finden werden. Sonst würde ich einen Teil des Antrages der ÖVP mitunterstützen.

Ich komme noch einmal auf das Friedenscamp zurück. Sie müßten erleben, wie die Gendarmerie, die im Einsatz ist, in den Verhandlungen mit den dort anwesenden Personen Probleme hat, diese Verordnung zu exekutieren, vor allem auch dem verantwortlichen Oberstleutnant Steiner sieht man es direkt an, welche innere Zweifel er an der Sinnhaftigkeit dieser Verordnung hat. Die Exekutive verhält sich fair, soweit es geht. Es ist ein faires Verhandlungsklima, und ich erinnere auch daran, daß am Donnerstag am Nachmittag ein Hilferuf an den Herrn Landeshauptmann ergangen ist und ein Verhandlungskomitee mit dem Herrn Univ.-Prof. Dr. Schilcher gesprochen hat, ohne Ergebnis, soviel ich weiß. Ich möchte dann auch mit der wirklichen Schande fortsetzen. Ich habe es auch als Schande erlebt, die Rolle der SPÖ am Montag. Nicht nur, daß keine Frau das Sozialreferat übernehmen wird, ich hätte mich sehr gefreut, nachdem die Frau Meyer aus Bruck kommt, sondern auch meine Enttäuschung und Entrüstung im Zusammenhang mit den Aussagen des sozialistischen Programmes, in dem es unter anderem heißt, allgemeines Bekenntnis zum

Frieden und zur Abrüstung, das eigentlich im Widerspruch zur Rolle des Herrn Landeshauptmannstellvertreters vom Montag, im Widerspruch zur eigenen Parteijugend steht. Ich habe das als plötzliches Davonlaufen aus dem gemeinsamen Beschluß des steirischen Landtages erlebt, wo ich gemeint habe, dieser Beschluß hält, nachdem ich ihn auch mitgetragen habe.

Ich kann nur hoffen, daß andere Beschlüsse nicht auch auf so wackligen Beinen stehen. Auch den Beschluß betreffend den Ausstieg aus der Waffenproduktion meine ich im besonderen damit. Eine weitere wirkliche Schande erlebe ich auch von seiten der FPÖ. Ich erinnere den Herrn Klubobmann Mag. Rader daran: als der erste Draken abgestürzt ist, hat er aus voller Emotion gesagt: „Um Gottes Willen“, und dies möchte ich Ihnen jetzt in Erinnerung rufen, wenn Sie diesen Draken oder Abfangjäger im allgemeinen wieder verteidigen. Sie haben auch gefordert, ich habe das am Samstag in der Zeitung gelesen, daß heute die Draken-Diskussion einzustellen wäre. Ich sage nein, im Gegenteil, sie beginnt jetzt erst richtig. Ich habe kein Verständnis dafür, daß im Zusammenhang mit dieser Draken-Stationierung Ungleichbehandlung an der Tagesordnung ist, betreffend die Anrainer am Thalerhof und auch die Bewohner des jetzigen Friedenscamps. Die Diskussion um die Absolutsetzung der Landesverteidigung erleben wir genau in dieser Anrainerdebatte, wo eben die Einspruchsrechte der Anrainer nur auf Grund dieser Absolutsetzung verringert sind oder nicht bestehen, außer der Möglichkeit, beim Verfassungsgerichtshof einen Individualantrag zu stellen. Ich möchte in diesem Zusammenhang, wo es um die Verteidigung der Abfangjäger besonders von seiten der FPÖ geht, einmal auf die Situation der Abfangjäger überhaupt eingehen. Wer verletzt unseren Luftraum? Ich zitiere aus dem „Spind“: In erster Linie waren das 1958 während der Libanon-Krise 55 pro Monat, dann 1968 während der CSSR-Krise 44, und in Friedenszeiten sind es drei Flieger, die unseren Luftraum verletzen. Im Nord-Süd-Verkehr sind es die US-Luftwaffe, die britische Luftwaffe, die kanadische Luftwaffe, die deutsche und die italienische Luftwaffe. Im Osten die sowjetische, die tschechische und die ungarische Luftwaffe und im Süden die jugoslawische Luftwaffe. In diesem gleichen „Spind“-Artikel ist zu lesen, wenn es darum geht, diese Flugzeuge zu identifizieren: Als ersten Schritt Aufsteigen der Alarmrotten, um das fremde Flugzeug zu identifizieren, abzudrängen, zur Landung zu zwingen; bis zum Einsatz von Bordwaffen zur Warnung oder der Abschub. Es ist nicht auszuschließen, daß es zu solchen Handlungen kommt. Der nächste Punkt einer wirklichen Schande sind die Skandale um den Waffenhandel. Sie sind uns nicht unbekannt. Auch die Kosten-Nutzen-Analyse der Waffenproduktion, und ich erinnere daran, was am Samstag im Mittagsjournal Armeekommandant General Philipp gesagt hat, der es für gefährlich hält, heute schon über die Abfangjäger-Nachfolgekosten zu reden. Wir danken ihm für seine Ehrlichkeit. Es sagt genau das aus, was im Zusammenhang mit Zwentendorf immer wieder von uns behauptet wurde, es wird keine Kosten-Nutzen-Analyse aufgestellt, und immer wieder wird darauf vergessen, daß wir ja in Österreich so nebenbei den Sozialstaat bei Bedarf schließen werden, daß von acht Österreichern einer an der Armuts-

grenze lebt und daß eine Stunde Draken-Flugkosten in der Höhe von 70.000 Schilling ausmacht. Das ist das Jahreseinkommen einer Textilarbeiterin. Wir haben kein Verständnis für diese Ausgaben. Auch eine wirkliche Schande sind Aussagen im Zusammenhang mit den Abfangjägern, in denen sich auch der Herr Vinzenz Liechtenstein hervorgetan hat im Zusammenhang mit Demonstrationen, wo er forderte, diese Personen sollen exkommuniziert werden. Auch die Rolle der Kirche im allgemeinen, indem sie die katholische Jugend vor die Situation gestellt hat: entweder Ausstieg aus der gemeinsamen Plattform gegen Abfangjäger oder Androhung der Auflösung.

Der letzte Punkt: Keine Schande sind für mich die weltweit gesetzten Versuche, sich gegen den Krieg und gegen die Aufrüstung zu stellen. Diese Menschen bewirken immer mehr, daß die Feindbilder verblassen, daß die Absolutsetzung von Verteidigungsdoktrin in Frage gestellt wird, daß weder im Westen noch im Osten von den Menschen Aufrüstung gewünscht wird. Wir erinnern uns an die Bilder aus Moskau, die uns wahrscheinlich alle gefreut haben, daß sich die beiden Herren Reagan und Gorbatschow zugeprostet und wie sie sich miteinander unterhalten haben. Alle zeigen Freude über die Entspannungsversuche, und wir in Österreich rüsten auf. Für uns gilt in erster Linie strikte Neutralitätspolitik gegenüber West und Ost. Das würde uns davor bewahren, in Kriegszustände zu kommen, daß keine Ausschaltung unserer Eigenverantwortlichkeit auch während dieser Zeit jetzt, wo es um die Draken geht, passiert. Unsere Strategie ist die gewaltfreie, soziale Verteidigung. Gewaltfreiheit als oberste Maxime.

Ich zitiere am Schluß Ulrike Meinhoff: „Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht mehr länger passiert.“

Ich hoffe, meine Redezeit ist noch nicht vorbei, ich habe mich sehr beeilt. Ich verlese jetzt den Beschlußantrag. Der erste Beschlußantrag betrifft das Luftfahrtgesetz und die daraus resultierende Zivilluftfahrzeuglärmmulassigkeitsverordnung. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die für sie in der Verfassung vorgesehene Antragsmöglichkeit auf Normenkontrolle wahrzunehmen und gemäß Artikel 139 und 140 BVG einen diesbezüglichen Antrag auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Luftfahrtgesetzes und auf Überprüfung der Gesetzmäßigkeit der Zivilluftfahrzeuglärmmulassigkeitsverordnung 1986 beim Verfassungsgerichtshof einbringen. Damit würde die Landesregierung die schon von den betroffenen Anrainern am Thalerhof beim Verfassungsgerichtshof eingebrachten Individualanträge auf Normenkontrolle bekräftigen. Der zweite Beschlußantrag betrifft die Notverordnung am Thalerhof, indem auch ein Normenkontrollantrag an den Verfassungsgerichtshof gestellt wird. In der Begründung habe ich die Situation vom 6. Juni ausgeführt. Um den dort zu erwartenden Widerstand zu unterbinden, hat die belangte Behörde von dem in der Verfassung verankerten Notverordnungsrecht Gebrauch gemacht und gemäß Artikel II Paragraph 4 Absatz 2 V-ÜG 1929 eine Verordnung kundgemacht.

Der örtliche Geltungsbereich umfaßt eine Fläche von sechs bis zehn Quadratkilometer. In diesem Bereich

liegen einige hundert Wohnhäuser, aber auch Schulen, Altersheime und ähnliche öffentliche Einrichtungen. Bewohnt wird dieses Gebiet von 2000 bis 3000 Menschen.

Gemäß Paragraph 2 der genannten Verordnung ist es den Pächtern der Liegenschaft EZ. 918 KG. Lebern (Friedenscamp) nicht gestattet, dieses Grundstück zu nutzen. Insbesondere ist ihnen untersagt, ein Zelt, eine Hütte, einen Wohnwagen oder ein Kraftfahrzeug aufzustellen. Da in der gegenständlichen Verordnung weder ein bestimmter Personenkreis ausgenommen ist noch die Möglichkeit eingeräumt wurde, Ausnahmegenehmigungen zu erlangen, haben die Grundstückspächter keine Möglichkeit, die Erlassung eines Bescheides zu erwirken.

Einen Bescheid könnten sie nur dann erwirken, wenn sie gegen Paragraph 2 verstoßen und eine Bestrafung durch die belangte Behörde erfolgt. Es ist jedoch die ständige Judikatur des Verfassungsgerichtshofes, daß die Provozierung eines Strafbescheides kein zumutbarer Weg ist, um die durch die behauptete Rechtswidrigkeit der Verordnung bewirkte Rechtsverletzung abzuwehren. Gemäß Artikel II Paragraph 4 können Behörden, die mit Aufgaben der allgemeinen Sicherheitspolizei betraut sind, durch Verordnung „zum Schutz der gefährdeten körperlichen Sicherheit von Menschen oder des Eigentums innerhalb des Wirkungsbereiches die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Anordnungen treffen...“. Aus dieser Ermächtigung ist abzuleiten, daß unter ganz bestimmten Voraussetzungen die jeweils zuständige Behörde berechtigt ist, ein bestimmtes Verhalten zu verbieten, welches geeignet ist, die körperliche Sicherheit von Menschen oder des Eigentums zu gefährden. Zwischen diesen Anordnungen und der Gefährdung muß ein direkter und sachlicher Zusammenhang bestehen. Es ist für die in diesem Sperrgebiet betroffenen Personen nicht nachvollziehbar, warum das Abstellen eines Pkws oder das Aufstellen eines Zeltes oder einer Hütte auf ihrer Liegenschaft die körperliche Sicherheit von Menschen oder Eigentum gefährden könnte.

Generelle Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Sicherheitspolizei sind nur dann zulässig, wenn mit Gefahren gerechnet werden kann, die aus bestimmten Handlungen oder Zuständen nach den Erfahrungen des Lebens mit überwiegender Wahrscheinlichkeit fortdauernd zu entstehen pflegen. Es erscheint denkmöglich, daß eine allgemeine Gefahr für Menschen oder Eigentum entstehen könnte, wenn ein Zelt auf einem Grundstück aufgestellt wird. Die in Paragraph 2 getroffenen Regelungen gehen sohin weit über den Ermächtigungsumfang des Artikels II hinaus und machen die Verordnung rechtswidrig.

Durch Paragraph 2 wird den Betroffenen jedoch per Strafe untersagt, ihre Kraftfahrzeuge dort abzustellen, ein Zelt, eine Hütte oder einen Wohnwagen aufzustellen. Diese Einschränkung ist sachlich nicht gerechtfertigt.

Die die Verordnung erlassende Behörde war offensichtlich der Ansicht, Maßnahmen zur Abwehr allgemeiner Gefahren treffen zu müssen. Die Verordnung dient jedoch nicht der Abwehr einer allgemeinen Gefahr, sondern der Abwehr einer materienspezifischen Gefahr. Entweder der Gefahr einer „Versammlungsgefahr“ oder aber der Abwehr einer Gefahr für

die Luftfahrt. Eine Versammlung ist eine öffentliche Zusammenkunft von Menschen, um öffentliche Angelegenheiten gemeinsam mündlich zu erörtern oder eine Kundgebung zu veranstalten. Der Versammlungszweck ist begriffsimmanenterweise ein bloß vorübergehender, zitiert Ermacora, „Handbuch der Grundfreiheiten und der Menschenrechte“.

Es bleibt abzuwarten, ob aus Protest gegen die Stationierung von Draken Versammlungen stattfinden werden. Es ist sicherlich nicht abwegig, wenn die belangte Behörde damit rechnet. Das Versammlungsgesetz 1953 bietet der belangten Behörde jedoch hinreichend Möglichkeit, sollte es tatsächlich zu ständigen und dauerhaften Protestkundgebungen kommen, diese aufzulösen.

Meine Begründung ist noch länger, Sie haben sie vor sich liegen. Ich schließe mit dem Antrag.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die für sie in der Verfassung vorgesehene Antragsmöglichkeit auf abstrakte Normenkontrolle wahrzunehmen und gemäß Artikel 139 B-VG einen diesbezüglichen Antrag auf Überprüfung der Gesetzmäßigkeit der Verordnung der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung vom 1. Juni 1988 beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.“ Ich wünsche mir, daß es dafür eine Zustimmung gibt. Ich schließe dann mit Aussagen des Herrn Landeshauptmannes, so wie ich begonnen habe, in der Pressestunde. Alle Formen eines vehementen Protestes sind sinnvoll. Der Herr Kollege Dr. Hirschmann hat gemeint, die Proteste in Hainburg waren nur ein laues Lüfterl. Ich hoffe, Sie können sich mit dieser Form des friedlichen, gewaltfreien Widerstandes am Thalerhof auch befreunden. Ich danke schön.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer.

**Abg. Dr. Dorfer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte gleich einleitend, wie auch schon einige meiner Vorredner, außer jeden Streit und außer jede Frage stellen, daß ich ein überzeugter Anhänger einer funktionierenden Landesverteidigung bin. Gerade deshalb bin ich über diese Form eines Abfangjägerankaufes und Einsatzes empört. Es ist damit sicher, wie das schon vom Herrn Landeshauptmann gesagt wurde, unserer Landesverteidigung ein Bärendienst erwiesen worden. Zum Ersten, weil alte Geräte, die bald wieder auszuscheiden sein werden in wenigen Jahren, mit viel Geld angekauft worden sind, zum Zweiten aber auch, weil es sich um ganz gefährliche Geräte handelt, um alte Schrottvögel, wie das immer wieder gesagt wird und schon bewiesen ist, leider bewiesen ist, um Schönwettervögel, die die Landesverteidigung, wenn überhaupt, nur bei Schönwetter zulässig werden lassen, und zum Dritten sind diese Maschinen für die Anrainer, insbesondere auch im Raum Graz, wo etwa 250.000 Menschen leben, unzumutbar. Aber immerhin, Hohes Haus, ich glaubte, ich betone, ich glaubte an die Rechtsstaatlichkeit und an die Rechtmäßigkeit des Ankaufes und der Stationierung dieser Draken. Die Verfassung ist einzuhalten, insbesondere in so grundlegenden Fragen des staatlichen Beisammenseins. Ich glaubte an diese Rechtsstaatlichkeit so lange, bis der

Herr Verteidigungsminister Lichal persönlich über die Medien, ich habe es selbst im Fernsehen gesehen, festgestellt hat, die Landung der Draken werde die normative Kraft des Faktischen zum Tragen bringen und unter Beweis stellen. Das hat, bitte sehr, und viele von Ihnen werden es auch gesehen haben, der Herr Verteidigungsminister Lichal persönlich festgestellt, immerhin ein Jurist, ein gelernter Verwaltungs- und Verfassungsjurist der Niederösterreichischen Landesregierung, der wissen muß, was es heißt, wenn er sagt, die normative Kraft des Faktischen wird hier zum Tragen kommen.

Meine Damen und Herren, das heißt doch nichts anderes, als daß die Landung einfach faktisch erfolgt ist, rechtlich offensichtlich nicht fundiert ist, und das heißt weiters, daß diese faktischen Handlungen im Laufe der Zeit schon auch normativ-rechtliche Konsequenzen haben werden. Ich kann nur feststellen, das ist echter praktizierter Khuenringer-Geist. Es ist für mich nicht zufällig, daß Lichal ein niederösterreichischer Hofrat ist, wo es sicher auch sehr viele positive Ausnahmen unter diesen Hofräten gibt, aber immerhin ein niederösterreichischer Hofrat von der Art eines menschlichen Panzertypen, der sagt, die normative Kraft des Faktischen wird das alles schon lösen. So geht das nicht! Und der Herr Verteidigungsminister Lichal jedenfalls hat mich mit seiner Aussage dazu veranlaßt, intensiv darüber nachzudenken, ob nicht doch auch widerrechtlich vorgegangen wurde. Das Ergebnis ist für mich ganz persönlich, daß zumindest der Geist der Bundesverfassung hiemit auf das gröblichste verletzt worden ist. Ich betone, zumindest. Es gibt ja noch viele andere verfassungsrechtliche Bedenken, die heute schon zur Sprache kamen und noch zur Sprache kommen werden und auch zu einem Landtagsbeschluß führen werden, aber zumindest steht für mich außer Frage, daß der Geist unserer Bundesverfassung hiemit auf das gröblichste verletzt worden ist. (Beifall bei der VGÖ-AL.) Föderalismus, bundesstaatliches Prinzip, das sind doch, meine Damen und Herren, die primären Grundpfeiler unserer österreichischen Bundesverfassung. Darüber kann es doch geradezu keine Debatte geben, ob dem so sei oder nicht. Trotz des größten Volksbegehrens, das die Steiermark je zustandebrachte, trotz einstimmiger Beschlüsse der Landesregierung genauso wie dieses Hohen Hauses wurde einfach darübergefahren. Das soll der Geist unserer Bundesverfassung sein? Ich sage noch einmal, der Geist dieser Bundesverfassung ist auf das gröblichste brutal verletzt worden. Und wenn jetzt Lichal sagt, die normative Kraft des Faktischen wird das schon regeln, dann muß ich sagen, offensichtlich hat er recht. Nur die normative Kraft des Faktischen wird es sein. Rechtlich hat das offensichtlich damit nichts zu tun. Dazu kommen noch alle anderen verfassungsrechtlichen Fragen, die heute hier schon besprochen wurden oder noch zu besprechen sein werden.

Meine Damen und Herren! Seit Jahren erleben wir Steirer bei beruflichen und privaten Aufenthalten in Wien, daß nicht nur Wiener Zentralisten, sondern auch andere Österreicher uns sagen, die Steiermark hätte sich von der Landesverteidigung abgemeldet. Das geht doch nicht – war immer wieder zu lesen –, daß sich ein Bundesland unter neun von der Landesverteidigung abmeldet. Ich habe auf solch dummes Gerede immer

die Gegenfrage gestellt: Was sagt deine Landesregierung, was sagt dein Landeshauptmann, dein Landtag? Ja, nehmt doch alle die Draken auf, seid ihr bereit dazu? Die Antwort war immer betretenes Schweigen, und damit war die Diskussion im wesentlichen auch immer schon zu Ende. Weil wir wissen, daß in Wahrheit alle österreichischen Bundesländer, alle Landeshauptmänner, alle Landesregierungen, alle Landtage die Draken nicht wollen, und wenn gesagt wird, die Steirer, die schreien, der steirische Landeshauptmann, der wirbelt, steht das dafür, habt ihr denn keine anderen Probleme? Ja, meine Damen und Herren, wer soll denn sonst schreien? Ein Landeshauptmann von Wien, von Salzburg, von Kärnten, von Vorarlberg, die brauchen nicht zu schreien, die haben keine Ursache, weil das Problem an sie überhaupt nicht herangetragen wird, das Problem Draken. Alle österreichischen Bundesländer lehnen den Draken in ihrem Land ab. Die Steiermark verhält sich genauso wie jedes andere österreichische Bundesland. Nur, die Steiermark muß schreien, weil man alle Draken nur in der Steiermark stationiert. Das geht nicht, und das kann auch nicht der Geist unserer Bundesverfassung sein, und Lichal hat recht, wenn es sich nur um faktisches Verhalten gehandelt hat, insbesondere seiner Person oder der gesamten Bundesregierung selbstverständlich auch. Man könnte heute sagen, die Draken sind da. Was soll eigentlich diese Landtagsitzung, was soll sie bringen, was soll das alles, was da durch die Medien geht? Ich kann nur feststellen, die Bundesregierung hat die staats- und verfassungsrechtliche Pflicht, mit der Landesregierung über Lösungsmöglichkeiten zu verhandeln, und wenn der Landeshauptmannstellvertreter Gross gemeint hat, es zeichnen sich konkrete Lösungsmöglichkeiten nicht ab, dann bin ich eben der Meinung, es haben sich konkrete Lösungsmöglichkeiten abzuzeichnen, und es gibt sie, ganz abgesehen davon, daß zuerst ein Militärflugplatz gefunden oder gebaut werden muß, wenn man solche Vögel bei uns stationiert. Wer A sagt, muß auch B sagen. Das ist nun einmal die Grundlage jedweden Zusammenlebens.

Leider, meine Damen und Herren, und damit komme ich schon zum Schluß, ist es schon spät genug, aber nie zu spät, und ich möchte auch, wie schon der Kollege Grillitsch, sagen, die Kompensationsgeschäfte, die uns immer als Gegengabe geboten werden, das sind zum Großteil keine Kompensationsgeschäfte, glauben Sie mir. Ich stehe dafür gerade, was ich hier sage, und das hat nichts mit Immunität oder Rede vor dem Hohen Haus zu tun. Ich habe mich vor Monaten, als wir darüber auch diskutierten, damit sehr intensiv befaßt. Maximal 50 Prozent, in Wahrheit sind es weniger, aber ich sage vorsichtig maximal 50 Prozent der als Kompensationsgeschäfte ausgewiesenen Kompensationsgeschäfte sind keine Kompensationsgeschäfte. Für mich ist ein Kompensationsgeschäft ein Draken-Kompensationsgeschäft, ein Geschäft mit Schweden, das nur deswegen zustande gekommen ist, weil wir denen die Draken abgekauft haben, und keine 50 Prozent der ausgewiesenen Kompensationsgeschäfte sind solche. Wenn man sagt, ein Großteil geht in die Steiermark. Auch das stimmt nicht. Natürlich geht einiges in die Steiermark, natürlich ist ein kleiner Teil echtes Kompensationsgeschäft, aber eine Begründung für diese Vorgangsweise ist das nicht im mindesten. Wenn man jetzt nach Auswegen fragt, so kann ich nur sagen: es ist

spät genug, es ist aber sicher nie zu spät, und es darf diese Frage im Interesse Österreichs auch nie zu spät sein. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

**Abg. Mag. Rader:** Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Auch wenn der Herr Dr. Hirschmann das nicht ganz verstanden hat, ich habe mir mit meiner Wortmeldung etwas Zeit gelassen, weil ich gerne eine Begründung gehabt hätte, warum wir eigentlich plötzlich am Montagvormittag all unsere Termine absagen mußten, warum der Japanische Botschafter, der für die steirische Wirtschaft bei Gott wichtiger ist als alles mögliche andere, per Telefonanruf abgesagt worden ist und erst in vier Wochen seinen Besuch absolvieren wird. (Abg. Schützenhöfer: „Ja, hätte er mit Ihnen reden wollen?“) Warum ein so wichtiger Besuch, wie der des japanischen Botschafters, Herr Kollege Schützenhöfer, nicht stattfinden kann, und warum plötzlich der Landtag zusammentreten muß. Das hat übrigens auch der Kollege Dr. Dorfer gesagt und seine gebastelte Begründung dafür bekommen und gebracht. Ich, bitte, habe noch keine Begründung dafür, warum wir heute hier sitzen. Ich habe vor allem überhaupt keine Begründung dafür, warum dieser Landtag schon zum zweiten Mal zusammengerufen wird, um über diese paar Flugzeuge zu diskutieren, während er kein einziges Mal zusammengerufen worden ist außer der Zeit, um über die steirische Arbeitsmarktproblematik zu reden, kein einziges Mal über die steigende Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark, kein einziges Mal, um über die immer schwieriger werdende Situation des Kleingewerbes in der Steiermark zu diskutieren, kein einziges Mal, um die auch immer schwieriger werdende Situation des Grenzlandes zu diskutieren und, und, und. Das zeigt, was Ihnen wesentlicher erscheint, als diese Diskussionen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Wo bleibt euer Antrag?“) Ich stelle daher fest, dieser Landtag wird im zunehmenden Maße als Propagandainstrument benutzt von Ihnen, Herr Landeshauptmann, und das ist schäbig gegenüber diesem Landtag, meine Damen und Herren. (Abg. Schützenhöfer: „Hören Sie auf mit solchen Sprüchen!“) Die Landesregierung verwendet 80 Prozent und zum Teil noch mehr ihrer Zeit dafür, um diese Draken-Auseinandersetzung zu führen, intern, öffentlich. In einem wirtschaftlich denkenden Großunternehmen werden Spitzenfunktionäre, die sich 80 Prozent mit Nebensächlichkeiten beschäftigen und die Hauptprobleme nicht lösen, hinausgeschmissen. Das ist die nüchterne Realität, meine Damen und Herren! (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wir arbeiten weit mehr!“) Das mag sein, das möchte ich gar nicht bestreiten, aber das ist wenigstens eine fruchtbare Auseinandersetzung, die bei uns intern geführt wird. Im Gegensatz zu anderen. Vielleicht aber ist es wirklich nur ein großes Ablenkungsmanöver, wie ich in der Zwischenzeit mir oft überlegt habe, und da könnten sogar schon der Herr Bundeskanzler Dr. Vranitzky und der Herr Vizekanzler Dr. Mock darüber froh sein, weil auch die können sich öffentlich auch täglich nur mehr zum Draken äußern und müssen nicht sagen, was für Nüdelei sie bei der Pensions- und

Steuerreform in der Zwischenzeit nur zusammengebracht haben, weil darüber auch kein Wort mehr geredet wird. Vielleicht, meine Damen und Herren, wird seit Jahren eigentlich dieses Thema nur benutzt mit irrsinnig viel Aufwand an Einsatz, an Geld, um über die wirklichen Probleme des Landes hinwegzutäuschen. Ich glaube, das ist die wirkliche Begründung dieser Diskussion. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eine großartige Begründung!“) Wir hatten ja leider Gelegenheit, über diese Thematik in diesem Haus sehr oft zu reden. Ich kann mich noch gut erinnern, daß von seiten der ÖVP aus immer mit Hohn die Ankündigung belächelt wurde, wenn wir gesagt haben, Sie können auf dem Kopf stehen und mit den Füßen strampeln, die Draken werden landen. Jetzt sind sie da. Der Uhrturm steht noch, der Flughafen steht noch, die ganze Steiermark steht noch. Nichts ist zusammengestürzt. Absolut nichts ist zusammengestürzt, Kollege Dr. Dorfer! (Abg. Dr. Dorfer: „Sogar den Zweiten Weltkrieg hat der Uhrturm überlebt, da werden wir die Draken nicht überleben! Das ist eine großartige Begründung!“) Ein junger und wirklich sehr netter Redakteur des ORF hat bei dieser Livereportage am Thalerhof gesagt: „Also das ungeübte Ohr sagt mir eigentlich, daß das überhaupt nicht anders ist als jede andere Verkehrsmaschine. (Abg. Schützenhöfer: „Wer war das? Sicher ein Parteikollege!“) Aber wer weiß, da wird es schon irgendwelche Messungen geben, aber das ungeübte Ohr sagt, es ist nicht anders.“ Das ist die nüchterne Realität, meine Damen und Herren. Die Menschen da unten, die das sehr genau gehört haben, weil es den ganzen Vormittag angekündigt wurde, und die sich das ganz genau angehört haben, was wird da bitte jetzt geschehen? Die haben gesagt, bitte, das ist eigentlich gar nicht anders als das, was die anderen Maschinen eigentlich auch haben, nämlich nicht Militärmaschinen, sondern die anderen Verkehrsmaschinen, diejenigen, mit denen Sie, übrigens meistens nächtlicherweise, in Charterflugzeugen zu Ihren Urlauben starten und in der Nacht wieder landen. Was die Anrainer anscheinend nicht hören.

Ich glaube, meine Damen und Herren, hier tun Sie ein bißchen mit zweierlei Maß messen, weil Sie nämlich sagen, diese schon beinahe 40.000 Flugbewegungen, die der private Flugverkehr und der öffentliche und Linienflugverkehr am Thalerhof haben, die gelten alle nichts, und wenn im Jahr vielleicht tausendmal Militärflugzeuge auf- und abfliegen, dann bricht sofort die Welt zusammen. Da haben Sie ein bißchen die Augen ganz fest verschlossen vor der nüchternen Realität, nur damit Ihnen nichts genommen werden kann.

Meine Damen und Herren, es ist wirklich nicht mein Verteidigungsminister, der den Befehl zur Überstellung und zum Landen gegeben hat! Sie haben sich ja seinerzeit so eingeschossen auf dieses Thema, weil Sie gedacht haben, ha ha, und damit werden wir die kleine Koalition sprengen, weil dieser Bösling von der FPÖ die Draken angekauft hat. Wissen Sie was, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, was das Problem ist? Das Problem ist, bitte, daß dieser junge Verteidigungsminister der FPÖ in Wahrheit eigentlich nichts anderes getan hat, als eine Entscheidung zu exekutieren, die Sie vor zehn Jahren schon längst getroffen hatten, weil alle anderen Minister in der Zwischenzeit zu feige

dazu waren. Das ist die nüchterne Realität. (Abg. Schützenhöfer: „Das Wort ‚Lichal‘ ist durchaus steigerbar auf ‚Frischenschlager‘!“ – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das sind Märchen aus 1001 Nacht!“) Da lese ich gestern im Teletext – um 8.05 Uhr war ich am Sonntag noch nicht auf, bitte um Verzeihung, daß ich die Rede des Herrn Landeshauptmannes hätte hören können – (Abg. Schützenhöfer: „Da hätten Sie vielleicht etwas gelernt!“), aber da lese ich gestern im Teletext, diese Stationierung sei ein entsetzlicher Schlag gegen den Föderalismus. Bitte, ich habe seinerzeit vielleicht nicht so ganz genau, aber ich habe die Bundesverfassung studiert. Da habe ich gelesen, daß es da unterschiedliche Kompetenzen gibt, zum Beispiel die der Landesverteidigung ist Kompetenz der Bundesregierung. Da ist jetzt seit zehn Jahren, und intensiv seit drei Jahren, diskutiert worden, wie diese Geschichte jetzt mit der Luftwaffe in Österreich laufen soll, und da hat seinerzeit der steirische Landeshauptmann, obwohl es ihn auch nichts angegangen ist, muß ich dazusagen, ist ja Frage der Bundesregierung, da hat seinerzeit ein steirischer Landeshauptmann unbedingt darauf bestanden, daß in Graz ein Militärflughafen herkommt, weil es nicht geht, daß er nur in Zeltweg ist und in Hörsching, aber unbedingt nach Graz muß er her, weil in Graz müssen Düsenjets des Bundesheeres installiert werden. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die waren aber nagelneu! 105 waren neu, Sie sind schlecht informiert!“) Die waren damals nicht neu! Nein, die waren nicht neu. Die waren neu in Österreich. Da gebe ich Ihnen recht. Die Entwicklung dieses Flugzeuges ist schon lange vorher passiert.

Jetzt haben wir diese Militärflughäfen da. Jetzt ist da wahnsinnig viel Geld hineingesteckt worden. In Zeltweg irrsinnig viel Geld, in Graz ist wahnsinnig viel Geld hineingesteckt worden, und das soll man jetzt wegschmeißen. Wir haben es ja! Wir können das jetzt wegschmeißen, und da wird irgendwo, wo kein Mensch in Österreich wohnt, ich weiß, der Bürgermeister Stingl hat Allenstein erfunden, was besonders militärisch gescheit ist, wie ich mir erzählen habe lassen, soll irgendwo mit dieser neuen Infrastruktur und noch viel mehr ein neuer Militärflughafen gemacht werden. Nur, in Wahrheit, damit ein paar, die ihre Formel, die lautet, kein Draken in der Steiermark, oder die Formel, die lautet, nicht alle Draken in der Steiermark – was besonders lustig ist, als ob weniger Draken, die öfter fliegen, weniger Lärm machen würden wie alle Draken, die weniger oft fliegen, ich verstehe das nicht –, damit diese Leute das Gesicht nicht verlieren.

Meine Damen und Herren, da tun wir nicht mit. Ich glaube, es geht Ihnen gar nicht mehr ein, daß bei dieser Formel vom Schlag gegen den Föderalismus Sie eigentlich schlichtweg Unrecht haben. Das ist ausdiskutiert. Wenn Sie Ihre Kraft dazu verwendet hätten, wirklich ernsthafte Verhandlungen zu führen, wie man noch mehr Belastungen einschränken kann, wären wir schon viel weiter und Sie müßten sich nicht aufplustern und so tun, als ob die Welt einstürzt. Sie stürzt nicht ein!

Meine Damen und Herren, das Thema für die Landespolitik kann in Wahrheit nur sein, wie wir Belastungen einschränken. Wie ein Betrieb sichergestellt wird, der nicht unzumutbar ist, etwa in der Nacht, Charter-

maschinen fliegen in der Nacht, nach wie vor, zu jeder Tages- und Nachtzeit. Die militärischen Maschinen werden nicht fliegen in der Nacht, weil sie mehr Rücksicht nehmen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Bei Regen, bei Wind!“) Meine Damen und Herren, hören wir endlich mit dieser Diskussion auf. Sie haben in den vergangenen Jahren weiß Gott genug Panik erzeugt. Ich kann mich noch gut erinnern an Ihre Flugblätter beim Anti-Draken-Volksbegehren, wo Sie den Bewohnern bis hinunter zur Staatsgrenze eingeredet haben, daß zehn Meter über ihren Dächern die Flugzeuge hinwegbrausen werden und alles zusammenstürzt, daß Sie den Bewohnern eingeredet haben – (Abg. Ing. Stoisser: „Das hat doch keiner gesagt!“) Die Flugblätter kannst du haben, die habe ich mir aufbewahrt, das ist eine Rarität, eine wirkliche Rarität, wie den Leuten eingeredet worden ist, daß alles zusammenbricht, wenn nur einmal so ein Flugzeug landet, den Leuten eingeredet worden ist, daß es nicht einmal gescheit landen kann in Österreich und der erste schon abstürzt. Herr Professor, jenseits aller Polemik. Ich habe sehr aufmerksam Ihren Auftritt im Lokalfernsehen verfolgt. Ich habe Ihren Auftritt dort nach Ihrer Pressekonferenz verfolgt, wo Sie gesagt haben, da haben alle gestohlen und sind bestochen worden, so ähnlich, kryptischer, gebe ich schon zu, aber im Klartext war es so, ich habe bitte Ihre Warnung vor den Abstürzen sehr genau verfolgt. Ich muß Ihnen sagen, mir ist es kalt über den Rücken gelaufen (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Mir auch!“), nicht auf Grund dessen, was ich mir dabei vorgestellt habe, was geschehen wird, sondern mit welcher Kaltblütigkeit Sie anscheinend, ich weiß, daß das ein schwerwiegender Vorwurf ist, politisch miteinkalkulieren, daß so ein Unglücksfall passieren kann. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eine üble Unterstellung!“ – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Eine ganz üble, kaltblütige Rede!“) Lieber Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, das ist grauslich, das ist wirklich grauslich, und mir hat es weh getan, daß man diese Dinge an diesem Ort macht. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Fürchten Sie sich vor den Bürgern? Sie haben ein gestörtes Verhältnis zur direkten Demokratie!“) Meine Damen und Herren, diesen Zwischenfall, diesen kleinen Zwischenfall, den wir heute erlebt haben, ist in Wahrheit nichts anderes als die Geister, die Sie mit Ihrer Campagne gerufen haben und die hoffentlich, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, da unten nicht auf fruchtbaren Boden fallen. Die Ereignisse oder Nichtereignisse der letzten Tage haben mich ja wieder ruhiger werden lassen in dieser Geschichte.

Meine Damen und Herren, ich habe auch die peinlich berührten Gesichter Ihrer Fraktion gesehen, wie das stattgefunden, und es gibt sehr viele herinnen in diesem Haus, die sich nicht sehr wohl fühlen ob dieser Sondersitzung heute und ob dieser Entwicklung und dieser Thematik überhaupt. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du bist der reinste Träumer! Wir fühlen uns alle sehr wohl!“) Die meisten davon befinden sich, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, ganz sicher in Ihrer Fraktion, und da können Sie ganz einfach nicht weiter.

Meine Damen und Herren, wir haben bei der Anfragebeantwortung heute auch eine sogenannte Erfolgsaufzählung gehabt. In Wahrheit, meine Damen und Herren, war es eine Mißerfolgsaufzählung, eine

Mißerfolgsaufzählung insofern, daß wir in der Steiermark noch keinen Staatsvertrag mit der Bundesregierung haben, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die sich vernünftiger verhalten haben, eine Mißerfolgsaufzählung darüber, daß wir in der Obersteiermark zwar ein Detailförderungsabkommen haben, das in Wahrheit aber noch immer nicht greift, um es auch nüchtern zu sagen. (Landesrat Dr. Heidinger: „Sind tausend Arbeitsplätze nichts?“) Eine Mißerfolgsaufzählung insofern, daß wir in der Steiermark noch nicht die Pyhrnautobahn haben, lieber Kollege Dr. Dorfer. (Abg. Dr. Dorfer: „Was hat das mit den Draken zu tun?“) Unser Anschluß an Europa hat nicht stattgefunden, sondern unser Autobahnanschluß, das müssen Sie den Dr. Krainer fragen, was das mit den Draken zu tun hat, er hat es aufgezehrt. Unser Anschluß nach Europa führt ja nicht über die Pyhrnautobahn, sondern über Wien interessanterweise, weil nach Wien haben wir eine Autobahn, eine sogenannte.

Meine Damen und Herren, die Bundesbahnverbindungen sind so schlecht wie noch nie, und von den Flugverbindungen gar nicht zu reden. Steiermark ist ja beinahe nicht mehr erreichbar. Und daher ist das keine Erfolgsaufzählung, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher! (Abg. Schützenhöfer: „Wenn es Ihnen in der Steiermark nicht gefällt, gehen Sie zurück nach Kärnten!“) Es ist in Wahrheit eine Mißerfolgsaufzählung. Durch diesen Stil des Fäusteballens, wo alle Burgenländerwitze ja nur mehr über die Steirer erzählt werden, halten uns alle für irgendwelche skurrilen Leute hinter dem Semmering, mit denen man nicht reden kann. Wie soll man denn etwas erreichen und Solidarität aus ganz Österreich und auch von den anderen Bundesländern erhalten, wenn mit uns keiner mehr reden kann? Diese Politik, meine Damen und Herren, ist gescheitert und mit ihr auch der Exponent dieser Politik. Aber erlauben Sie mir auch ein paar Anmerkungen an die SPÖ. Ich habe die Rundfunknachrichten von 11 Uhr noch nicht hören können, wer weiß, welche Haltung Sie im Augenblick gerade einnehmen! Aber die Haltung, die Sie gestern eingenommen haben, sofern sie heute noch gilt, stellt sich für mich etwas schwierig dar. Erstens, ich kann mir nicht vorstellen, daß ausgerechnet aus dieser politischen Bewegung heraus der Gedanke der Emanzipation entstanden ist, wirklich nicht. Emanzipation ist ja etwas, was Sie mit Ihrem Landtagsklub in diesem Hause wirklich nicht haben. Ich habe wohl in der Zeitung gelesen, Sie beginnen jetzt – (Abg. Trampusch: „Wegen zwei Mandaten stellt sich die Frage nicht!“) In diesem Haus haben wir jederzeit bei Tag und Nacht und auch bei geschlossenen Augen unabhängiger agiert, als Sie das tun. (Abg. Dr. Lopatka: „Treten Sie zurück, leisten Sie der Emanzipation Vorschub!“) Ich lese in der Zeitung, daß Sie einen sogenannten eigenständigen Kurs versucht haben. Er war ja an sich ohnehin mit freiem Auge nicht erkennbar. Da hat man schon eine Lupe nehmen müssen. Aber auch dieser eigenständige Kurs hat nicht lange gedauert, da Sie die weiße Flagge schon gehißt haben, bevor Dr. Krainer seinen Zeigefinger erhoben hat. Das ist nämlich die nüchterne Realität. (Abg. Dr. Dorfer: „Jede Partei hat einen Selbsterhaltungstrieb!“) Das einzige, was mir nach dieser Beobachtung übrig bleibt zu sagen, ist, ich befürchte, daß die SPÖ in der Steiermark mehr Angst hat als Vaterlandsliebe. Das ist das einzige, was mir überbleibt zu beurteilen,

denn jeglicher Versuch, Sie haben ja die Kurve immer im letzten Augenblick gekratzt, Sie haben ja nicht einmal die Vorstandssitzung abwarten dürfen am Montag, weil Sie gewußt haben, daß die Flugzeuge in der Luft sind, denn sonst wären die Draken früher da gewesen als Ihr Kurswechsel. Ich verstehe, daß Sie diese Wau-Wau-Politik in diesem vollen Ausmaß nicht mitmachen wollen und können. (Abg. Trampusch: „Du wärst froh, wenn du wüßtest, was morgen der Dr. Haider vorhat!“) Ich beschäftige mich mit Landespolitik, fragt mich nicht solche Sachen. (Heiterkeit.) Schau, Kollege Dr. Dorfer, es hat ja einen Sinn gehabt, warum ich nicht mehr im Bundesparteivorstand bin, jetzt muß ich mich nicht mehr damit beschäftigen. Das ist doch ganz einfach! Ich beschäftige mich mit euren Kurven, Kollege Trampusch, und das ist erheiternd genug. Ich nehme jetzt zur Kenntnis, daß Sie wieder eingeschwenkt sind, jetzt, nachdem der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross gesagt hat, die Realität ist, daß die Draken da sind, Sie wieder auf die Anti-Draken-Linie eingeschwenkt sind. Was das für einen Sinn haben soll und was für ein Realitätsbewußtsein, das verstehe ich nicht, aber das ist wirklich Ihr Problem. (Abg. Trampusch: „Optimierungsverfahren, Herr Kollege!“) Ja, Optimierungsverfahren.

Aber wenden wir uns bitte den Anrainern zu, weil es soll nicht der Eindruck entstehen, als ob es völlig egal wäre, ob die Damen und Herren, die in der Umgebung, manchmal bis knapp an die Piste, wohnen, belastet werden oder nicht. (Abg. Kröll: „Jetzt redest du für dich auch etwas!“) Lieber Kollege Kröll, das kannst du nicht so beurteilen, du bist Gott sei Dank wirklich weit weg, während ich im südlichen Teil von Graz wohne und daher die Problematik, sofern sie eine ist, hautnah kenne. Auch, meine Damen und Herren, muß man diskutieren in dieser Situation, die Schuld jener, die in den letzten Jahrzehnten, seit es am Thalerhof einen Flughafen gibt, auch einen Militärflughafen, der bitte von einem Landeshauptmann hierherverlangt worden ist, eine verfehlte Raumordnungspolitik betrieben haben und eine verfehlte Politik in der Frage der Baugenehmigungen. Auch zur Verantwortung gezogen müssen jene Bürgermeister werden, die im unmittelbaren Umfeld dieses und anderer Flughäfen Baugenehmigungen erteilt haben.

Da nützen Ihnen alle Unterschriften, die Sie abverlangt haben bei den Widmungsbescheiden und bei den Baubescheiden: „Ich nehme zur Kenntnis, daß ich in unmittelbarer Nähe eines Flughafens wohne und daher mit übermäßig starken Lärmbelastigungen zu rechnen habe“, überhaupt nichts. Es ist zugelassen worden, daß diese Menschen dort wohnen, und jetzt haben Sie die Problematik, daß diese Menschen auch wirklich belastet sind, natürlich nicht akzeptieren, daß das der Fall ist, würden Sie auch nicht, Herr Kollege, und daher haben Sie jetzt die Problematik, die Fehler, die seinerzeit jene Bürgermeister – da war kein einziger von uns darunter, die meisten von Ihnen, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ich hab auch keinen!“) –, begangen haben, die zugelassen haben, daß die Menschen dort gebaut haben. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Es haben also alle Fehler gemacht, nur Sie nicht!“) Jetzt haben Sie dort die Problematik. Man hätte früher mit einer Raumordnungspolitik beginnen sollen, die für

diese Problematik in der Steiermark zu spät eingesetzt hat.

Noch einmal zur Größenordnungsfrage. Es wird bald 40.000 Flugbewegungen im Jahr am Thalerhof geben, und 1000 davon werden vom militärischen Bereich sein, und da muß man abwägen, von welcher Größenordnung wirklich die größere, die dauerhaftere und die ständig wiederkehrende Belastung ist. (Abg. Kollmann: „Fragen Sie einmal, wie viele DC 9 abgestürzt sind!“) Ich bin nach wie vor der Meinung, und auch die Wortmeldung der Kollegin Kammlander hat mich davon nicht abbringen können, es wäre für die steirische Politik und für die Entwicklung des Landes Steiermark und seiner Menschen und seiner Wirtschaft dringend notwendig, mit dieser Diskussion endlich Schluß zu machen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das würde Ihnen so passen!“) Ihnen wird es nicht passen, Kollege Dr. Hirschmann, denn Sie wollen mit diesem Thema weiterhin ablenken, Sie wollen dieses Thema weiterhin am Kochen halten, um ja nicht über die anderen Schwierigkeiten zu reden, in die diese Kraftmaierpolitik uns hineingetrieben hat, und zwar die ganze Steiermark. (Abg. Dr. Hirschmann: „Darauf kommen wir heute noch zurück!“) Im Endeffekt, lieber Kollege Dr. Hirschmann, haben das ja nicht Sie zu büßen, sondern Tausende Arbeitnehmer und ihre Familien in der Obersteiermark und Tausende kleine Gewerbetreibende, die darunter leiden, daß niemand Solidarität mit der Steiermark hat. Diese Politik hat uns in ein Eck getrieben. Das hat in der Zwischenzeit sogar schon der Herr Bundeskanzler erkannt, habe ich gelesen. Wir sollten anfangen, uns wirklich einmal wieder mit den wirklichen Problemen dieses Landes zu beschäftigen. Ich habe schon gehört bei der Anfragebeantwortung, daß wir wirkliche Probleme in diesem Land haben. (Abg. Dr. Hirschmann: „Tun Sie nicht die Obersteirer schrecken!“) Aus diesem Grund werde ich Ihre Pseudoversuche, die Thematik am Kochen zu halten, nämlich mit Ihren Anträgen über Verfassungsanfechtung von irgendwelchen Luftfahrtsgesetzen, ganz sicher nicht unterstützen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Sie sind für uns kein Problem, sondern ein Glücksfall, Herr Mag. Rader!“ – Glockenruf von Frau Präsident Zdarsky.) Sie haben ja auch dafür gesorgt, daß Ihre Unterlagen nicht genau studiert werden konnten. (Abg. Dr. Hirschmann: „Es war nie Ihre Stärke, Unterlagen zu studieren!“) Sie haben sie mir freundlicherweise erst um 8.30 Uhr hinüberschickt, und glauben Sie, daß ich 150 Seiten in einer halben Stunde lese? Ich denke überhaupt nicht daran. Das muß man wirklich seriös machen, lieber Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, und nicht in ein paar Minuten. Daher darf ich, weil die Frau Präsident zum Schluß der Rede mahnt, unsererseits einen Beschlußantrag vorlegen, wo ich dann die Frau Präsident bitte, die Unterstützungsfrage zu stellen, weil ich logischerweise die Unterstützung der Frau Kollegin Kammlander nicht bekommen werde, aber ich rechne damit, daß Sie von der SPÖ diesen Antrag unterstützen müssen, schon auf Grund der Programmatik – der Herr Kollege Weilharther hat ihn unterschrieben. Weil auf Grund der Programmatik und der historischen Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei in der Steiermark sie auch ganz sicher diese Problematik als die zentrale Problematik in der Steiermark sieht, nämlich die Problematik der Arbeitsplatzgestaltung und des Arbeitsmarktes in der Steiermark. Wir dürfen

daher beantragen, und ich bitte insbesondere die SPÖ um Unterstützung dafür, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ihre Kraft und Zeit nicht in die Diskussion um die Bekämpfung der nach dem Bundesverfassungsgesetz in die Kompetenz des Bundes fallenden Entscheidung über die Draken-Stationierung zu investieren, sondern sich raschesten anstehenden wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Problemen der Steiermark zuzuwenden. Ich bitte herzlich um Unterstützung. Damit bitte ich, daß wir uns wirklich wieder den vernünftigen Problemen zuwenden.

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

**Abg. Dr. Maitz:** Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geschätzter Herr Kollege Mag. Rader!

Es ist unmöglich, über Ihre Bemerkungen am Beginn Ihrer Rede hinwegzugehen, weil ich glaube, daß Sie sehr glücklich darüber sein sollten, noch immer einem freigewählten Landtag anzugehören. Denn das Ergebnis der letzten Landtagswahl, das Sie in diesen Landtag gebracht hat, war nicht gerade berühmt. Aber weil Sie gemeint haben, wir hätten viel wesentlichere Probleme, und Sie haben sie auch angesprochen, Arbeitsplatzsituation, Jugendarbeitslosigkeit, Verkehrssituation. Sehen Sie, genau diese Dinge sind ja unsere tägliche Sorge, und auch der weitaus überwiegende Teil der hier im Hohen Haus versammelten Damen und Herren arbeitet intensiv tagtäglich an diesen Problemen, die Sie hier angeschnitten haben. Dieser Landeshauptmann Dr. Josef Krainer und seine Mannschaft kämpfen seit vielen Jahren tagtäglich um jeden steirischen Arbeitsplatz. Ein Beispiel haben Sie so abfällig erwähnt. Den Sondervertrag Bund und Land, die 200.000-Schilling-Förderungsaktion für die Obersteiermark. Haben Sie noch nicht begriffen, daß damit schon 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden und 1000 in Verhandlung stehen und daß dieser Vertrag ein Unikum in Österreich ist und nur dem Landeshauptmann und dem gemeinsamen Eintreten es zu danken ist, daß wir diesen Vertrag bekommen haben? Aber Sie wollen es nicht sehen, weil sonst Ihr Auftritt hier etwas weniger theatralisch gewirkt hätte. Ich war zufällig am Montag, als ich auf eine Verkehrsmaschine gewartet habe, bei der Landung der Draken am Thalerhof anwesend. Wir waren am Flugfeld draußen und haben mit den AUA-Piloten, die durch eine Verzögerung der Verkehrsmaschine nicht starten konnten, diskutiert. Dann kamen die fünf Draken tatsächlich mit keiner weltbewegenden Lärmerregung. Dann fragte ich die Herren dort, wie ist das jetzt? Ist das der Lärm, vor dem wir uns sozusagen hüten müssen? Aber gar keine Spur, die landen hier im Leerlauf. Das ist ein Flüstern im Vergleich zu dem, was die beim Start aufführen werden. Sie haben es selber tatsächlich, auch von Sachverständigen gemessen, hören können, daß sie beim Start 116 Dezibel verursacht haben. Das ist wesentlich mehr, als im neuen Fluglärmgesetz vorgesehen ist. Und wenn ich die plus zehn Dezibel hernehme, ist das fast eine Verdoppelung des Lärms. Aber das ist gar nicht das Hauptargument gegen die Draken. Das Hauptargument ist die Sicherheit. Und wenn Sie gesprochen

haben von Ministern, die hier eben Fakten geschaffen haben. Was hat der Herr Bundesminister Frischenschlager seinerzeit getan? Er hat uns in Österreich bewußt oder unbewußt angelogen. Ich nehme es nicht einmal an bewußt. Er hat bei der Neuanschaffung dieser Draken durch alle Medien, durch alle Gremien lauthals verkündet, die werden durch eine Sonderfinanzierung gedeckt und werden das Heeresbudget in keiner Weise belasten. Was ist denn wahr? Daß wir heute aus dem Heeresbudget sämtliche Belastungen für dieses Gerät tragen müssen und daß vom Armeekommandanten bis zur Wiener Offiziersgesellschaft, die sicher nicht unsere Sache hier vertritt, alle größte Klagen haben, daß die einfachsten Investitionen für das Bundesheer nicht möglich sind, weil durch diese Draken-Anschaffung eine Budgetsituation entstanden ist, die einfach nicht mehr haltbar ist für andere Anschaffungen im Bundesheer. Sehen Sie, ich war in den letzten drei Wochen in der Bundesrepublik und habe dort in einem großen Unternehmen gearbeitet. Wonach fragt man denn einen Österreicher so nebenbei in den Gesprächen? Sagen Sie einmal, wie ist das, Sie haben ein unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und leisten sich das teuerste Krankenhaus der Welt mit dem AKH in Wien. Wie geht denn das? Oder wie ist es möglich, daß Ölspekulationen in Milliardenhöhe von einem verstaatlichten Unternehmen gemacht werden? Oder wie ist denn das mit dem sogenannten Selbstmord des seinerzeitigen Verteidigungsministers Lütgendorf? Wie hängt denn das mit den Waffengeschäften zusammen, daß ein Botschafter Amry unter mysteriösen Umständen gestorben ist? Ich sage Ihnen das, es gibt heute Mediziner und Kriminologen, die an beide mit dem Waffenhandel im Zusammenhang zu bringende Todesfälle nicht glauben und hier von anderen Dingen sprechen.

Und zum Schluß wird dann natürlich gefragt, was ist denn dieser Schildbürgerstreich mit den Draken? Was soll denn das, daß ihr 25 Jahre alte Flugzeuge kauft und dann nicht einmal wißt, wie sie zu betreiben sind, mit welchem Geld, mit welchen Piloten, mit welcher Ausstattung. (Abg. Gennaro: „Ich frage mich, wozu es einen Verteidigungsminister gibt, der Ihrer Partei angehört! Wir haben einen ÖVP-Verteidigungsminister, der nicht in der Lage ist, die Angelegenheit in den Griff zu bekommen!“) Da kann man nur sagen, da gab es in den letzten 18 Jahren einen starken Realitätsverlust der Bundesregierung, und es – (Landesrat Dr. Heidinger: „Das ist ein Schildknappe eures Bundeskanzlers!“) lassen Sie mich ausreden, es kommt schon noch – gab eine Entfernung von den eigentlichen Meinungen und Anliegen der Bürger in den letzten 18 Jahren der Bundesregierung. Und leider, es gibt in ganz bestimmten Fragen dieses Realitätsverlust auch heute bei der großen Koalition. Nehmen Sie nur die Äußerung der Offiziersgesellschaft Wien, die wörtlich lautet: „Es geht nicht an, daß in der Luft die ärgsten Blößen bedeckt werden und dafür dem Bundesheer am Boden die Hosen ausgezogen würden.“ Das sind die Offiziere der Offiziersgesellschaft Wien. Und diese Meinung ist vom Armeekommandanten Philipp deutlich in einem Rundfunkinterview bestätigt worden. Es heißt, der Kauf von Geräten und Waffen muß wegen der Abfangjäger und dem damit bedingten argen Geldmangel auf ein kaum mehr erträgliches Minimum beschränkt werden. Der Ausbau des Milizheeres von

200.000 auf 300.000 Mann, der bis zur Mitte der neunziger Jahre geplant war, muß um mindestens zwei bis drei Jahre verschoben werden. Es ist eine Ratlosigkeit unter den Bundesheeroffizieren und unter allen Soldaten. Zu verantworten haben das: der Kurzzeitbundeskanzler Sinowatz, der noch kürzer amtierende Bundesminister Frischenschlager, der derzeitige Bundeskanzler Dr. Vranitzky und der derzeitige Bundesminister Lichal. Vom Militärkommandanten von Steiermark – Divisionär Albrecht – ist ein Programm vorgelegt worden, was an allernotwendigsten Bauvorhaben in der Steiermark zu errichten wäre, um einen ordentlichen Betrieb des Bundesheeres in unserem Bundesland zu gewährleisten. Ich möchte nicht die ganze Liste verlesen, aber es beginnt so wie in allen Beschlüssen, einstimmigen Beschlüssen, der Personalvertreter und des Fachausschusses des Bundesheeres in Österreich, österreichweit hat der Thalerhof die erste Priorität für die Unterkunftsgelände, Wirtschaftsgebäude und Betriebsgebäude. Es gibt in Graz, am Tüpl Seetaler-alpe, in Leibnitz, in Fehring, in Zeltweg und in Aigen allernotwendigste Bauvorhaben, die nicht berücksichtigt werden können. Ich habe Ihnen gesagt, Graz-Thalerhof hat seitens der Bundesheerverwaltung und seitens der Personalvertretung erste Priorität für die Baumaßnahmen, die dort notwendig sind. Ein gemeinsam beschlossenes Arbeitspapier des Fachausschusses Bundesheer und Flieger in Österreich stellt nüchterne Fakten fest. 1977 wurde die Rollbahn am Thalerhof verlängert – übrigens der Thalerhof besteht seit 1912 und nicht erst seit der Zeit, wo Sie gemeint haben, wir hätten es für notwendig befunden, hier die SAAB 105 zu stationieren – und der Thalerhof in zwei Teile getrennt, und seither gibt es die sogenannte Umfahrung. Alle, die am Thalerhof arbeiten, fahren täglich sieben Kilometer zu ihrem Arbeitsplatz und sieben Kilometer zurück, also 14 Kilometer, und für diesen total unsinnigen täglichen Arbeitsweg innerhalb eines Kasernengeländes wurden bereits 65 Millionen Schilling aufgewendet (Abg. Vollmann: „Wer hat dem zugestimmt? Das kann doch nicht irgendeiner machen!“) und sozusagen beim Fenster hinausgeworfen. Sie fragen mich, wer verantwortet das? Seit 1976 gibt es ein ganz konkretes Hochbauprogramm innerhalb des Bundesheeres. Der Thalerhof steht wiederum an erster Stelle. Nie und nichts wurde dort gebaut bis zum heutigen Tag, weder von einem Bundesminister Rösch, weder von einem Bundesminister Frischenschlager, noch von Grünes und auch nicht von Lichal. (Abg. Gennaro: „Was erzählst du da!“) Das ist das steirische Drama in dieser Situation.

Man hat viel Verständnis gehabt für Sparvorgänge innerhalb des Bundesheeres, nur, wenn jetzt 7,3 Milliarden Schilling für Draken ausgegeben werden und kein Schilling für die dort arbeitenden Menschen, dann stimmt das ganz genau, was unser Obmann der Personalvertreter am Thalerhof, Erich Speck, immer wieder gesagt hat bis zum heutigen Tag: Alles für die Maschinen, nichts für die Menschen, die dort arbeiten! Das ist eine traurige Feststellung, die leider wahr ist. (Abg. Trampusch: „Das hat aber für die ‚Fliegende Tonne‘ auch gegolten!“) Ich möchte vor allem den Kolleginnen und Kollegen von der sozialistischen Fraktion noch etwas vorlegen. Es gibt vom Arbeitsinspektorat Graz, veranlaßt von der Personalvertretung am Thalerhof, eine amtliche Überprüfung der Arbeitsbe-

dingungen am Thalerhof. Nur einige Zitate daraus: Bescheid vom 24. Mai 1988. (Abg. Gennaro: „Hat es vorher nie einen Bescheid gegeben?“)

Ich sage es Ihnen noch einmal: Wir haben viel Verständnis für Sparappelle seinerzeit gehabt, nur jetzt, wo für die Draken 7,3 Milliarden Schilling ausgegeben werden, ist unser Verständnis am Ende, daß diese unwürdigen Bedingungen nicht endlich geändert werden. (Abg. Gennaro: „Ihr hättet das vorher schon aufzeigen müssen, nicht erst jetzt!“) Küchengebäude nach Arbeitsinspektorat Graz, baulich in einem tristen Zustand. Durchführung undichter Fäkalkanalstränge durch Lebensmittlräume, mangelnde Isolierung der Außenwände und Decken. Im Winter Gefrier innerhalb des Gebäudes. Durch Feuchtigkeit zerstörte Decken-, Wand- und Bodenbereiche. Undichte Fenster. Dauernde Wassereinbrüche im Keller und so weiter. Es muß erwartet werden – als Schlußbemerkung zu diesem Teil –, daß der raschen Beseitigung dieser äußerst desolaten Anlage größtes Augenmerk beigemessen wird. Das Soldatenheim besteht aus einer Fläche von 30 Quadratmeter und soll 140 Personen, vor allem Präsenzdienern und den in der Verwaltung des Thalerhofes arbeitenden Kollegen (Abg. Gennaro: „Das ist ein schlechter Personalvertreter, wenn er so lange zugewartet hat, diese Dinge aufzuzeigen!“), Platz bieten. Eine dringende Neuerrichtung dieses Ersatzbaues wird empfohlen, weil die Sanierung wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Weil Sie sagen, schlechte Personalvertretung. Seit vielen, vielen Jahren ist dieses Anliegen immer wieder vorgebracht worden, und es ist immer wieder gesagt worden: Wir haben kein Geld. Jetzt haben wir Geld. 7,3 Milliarden Schilling für die Draken. Jetzt ist unsere Geduld am Ende. Jetzt müssen auch die Arbeitsbedingungen für die Menschen am Thalerhof verbessert werden. (Abg. Gennaro: „Herr Dr. Maitz, diese Mißstände lasse ich mir nicht abkaufen! Wenn ich tatsächlich solche Mißstände habe, muß ich etwas tun! Als Personalvertreter ist er dazu verpflichtet, Kampfmaßnahmen zu unternehmen. Ihr habt den politischen Auftrag gegeben, das jetzt zu tun! Das ist die Wahrheit! Geschlafen haben die Personalvertreter damals!“) Ist auch geschehen! Ist nicht Ihre Sorge! Sie haben dort leider keine gute Vertretung. Unsere Vertretung ist am Damm und hat ausreichend und immer wieder darauf hingewiesen. Noch etwas: Der Vorstand der Fachabteilung IVb, Maßnahmen des Hochbaues in der Steiermark im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung, teilt mit: Für die Mannschaftsunterkünfte in Graz-Thalerhof existieren seit zehn Jahren vorgenehmigte Projekte. Es ist seit zehn Jahren nichts in das Bauprogramm aufgenommen worden. Es gibt keinerlei Begründung für diesen ständigen Aufschub, und jetzt ist die Geduld am Ende. Denn das alles für die Maschinen und nichts für die Menschen, schlägt dem Faß den Boden aus. Auch demokratiepolitisch wurde hier mehrfach argumentiert. Natürlich sind diese Art des Ankaufes seinerzeit, des Negierens des Bürgerwillens in der Steiermark und diese Art der Stationierung ein Schlag gegen die Demokratie. Wir haben hier gemeinsam – ich glaube sogar einstimmig – das Volksrechtsgesetz beschlossen, und würden wir – und das sagen Sie ja auch immer: Der Föderalismus darf nicht bei der Landesgrenze aufhören, Sie haben recht, wir haben es gemeinsam so beschlossen – den Maßstab des steiri-

schen Volksrechtengesetzes anlegen und für Gesamtösterreich gelten lassen, dann hätte das Volksbegehren in der Steiermark gegen die Draken absolut eine Volksabstimmung in ganz Österreich bewirken müssen. Da hätte ich mir angeschaut, wie die ausgegangen wäre, denn die Zahlen sprechen für sich.

Abschließend also der Appell an die Bundesregierung, auch an unseren Bundesminister Lichal, nicht die Realitätsferne, nicht der gläserne Turm in Wien ist entscheidend, sondern diese Bundesregierung hat alles zu verantworten, was in der Steiermark im Fall Draken passiert ist, und hat zu verantworten, was hoffentlich in der Zukunft nie passieren wird. Nur eines ist klar: Wir haben keine Veranlassung, diesem Vorgang in irgendeiner Weise eine Zustimmung zu geben, denn es ist und war von Anfang an unverantwortlich und leider von vielen Begleiterscheinungen getragen, die wir nicht beweisen können, aber wo wir nach wie vor überzeugt sind, es ging nicht mit rechten Dingen zu. Das sind Fakten, die wir nicht wegdiskutieren können aus einer Zeit der Alleinregierung der Sozialisten, der gemeinsamen Regierung mit den Freiheitlichen, die ja alle möglichen Leute da hineingehetzt haben, und auch in der jetzigen Situation haben wir den steirischen Standpunkt zu vertreten. Daher gibt es keinerlei wie immer gearteten Kompromiß, und ich ersuche schon jetzt alle Damen und Herren, unserem Beschlußantrag dann ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, seinen Überraschungssack am Platz zu lassen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber überreicht aus einem schwarzen Sack Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer einen grünen Luftballon. – Abg. Gennaro: „Herr Landeshauptmann, und den nehmen Sie noch?“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Lieber Freund, bleibe ein Mensch!“ – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber entnimmt dem Sack weitere Luftballons; Abg. Schwab als Ordner versucht, ihn daran zu hindern. Dabei platzt ein Ballon, einer steigt an die Decke des Landtags Sitzungssaales empor.)

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber:** Liebe Freundinnen und Freunde!

Die Steiermark ist derzeit ein schwarzer Sack, der durch die Draken überrollt wurde. Man sieht, daß Sie überhaupt keinen Spaß mehr verstehen, das heißt, Ihnen steht wirklich das Wasser schon bereits über die Nase. (Abg. Trampusch: „Es ist schön, daß Sie die Draken zum Spaß erklären!“) Eines steht fest: Die Draken in der Steiermark haben bisher nur vor den kleinen Luftballons Angst gehabt. Alle anderen Maßnahmen sind bisher gescheitert. Daher ist das für uns ein Symbol der Aufforderung, der Herr Schwab hat ein paar liquidiert, ein paar so liebe kleine Luftballons steigen zu lassen. Es hätte auch einer gehen sollen an den Herrn Landeshauptmann Gross und auch an den Kollegen Mag. Rader. Die liegen aber hier leider jetzt in Fetzen. Das ist ein Pech. Wir werden das nachholen. Es geht einfach darum, diese gemeinsame Aktion

gegen das, was hier praktisch über die Steiermark hereingebrochen ist, symbolisch zu unterstützen. Für die meisten Abgeordneten gilt die Anrede Freunde und Freundinnen der sogenannten Anti-Draken-Bewegung. Wenn man das heute mitbekommen hat, was die SPÖ heute noch hier im Landtag sagt, dann ist das an und für sich bedauerlich, und noch weiters immer an die Zweckmäßigkeit dieser Drachen glaubt, anscheinend glauben muß, weil sie doch eine sehr zentralistisch geführte, fast schon diktatorische Einheitspartei geworden ist, dann fragt man sich, ist hier bereits der Landtagswahlkampf voll im Rollen? Denn wenn der Herr Mag. Rader eine Pressekonferenz macht und sagt, er will Neuwahlen um Hunderte Millionen Schilling in der Steiermark, nur damit er ein lächerliches Mandat dazumacht und an ein viertes glaubt, dann ist das mieseste Stufe der Politik. Das muß ich hier trotz unserer stillen Opposition und unserer gegenseitigen Unterstützung hier im Landtag ganz klar sagen. Das, was die ÖVP macht, ist an und für sich – ich hoffe, daß das auch nicht nur in die Profilierungssucht hinein geht –, und das Spiel mit den Neuwahlen, hoffe ich, ist nur eine Rute im Fenster, denn viele alte Kameraden vom Kameradschaftsbund, die sind heute schon wieder so weit, daß sie wieder an Kriegsspielzeug glauben. Ich glaube, auch hier dürfte die Rechnung auf keinen Fall aufgehen, was die SPÖ betrifft. Die SPÖ ist an und für sich wirklich zu bedauern, weil der Druck aus den Zentralstellen aus Wien anscheinend derart gewaltig ist, und vor allem ist das Draken-Geschäft und dieses Geschäft ja nicht in Österreich geschlossen worden, sondern das ist in Mallorca oder auf irgendeiner anderen Waffenschieberinsel geschlossen worden. Heute müssen Leute an der Basis dieses miese Geschäft von Waffenschiebern, wo Provisionen gelaufen sind von 170 Millionen Schilling, wo man munkelt, daß irgendwelche Teilorganisationen, Parteiorganisationen Geld kassiert haben, wo 800 Millionen Schilling heute unauffindbar sind, muß man wirklich sagen, diese Leute sind wirklich zu bedauern. Da hat der Dr. Vranitzky als Weltbanker wirklich recht, diese Leute sind zu bedauern.

Weißt, das ist so, die Banker bestimmen die Weltwirtschaft, und die Banker machen ihre Geschäfte, und ihr könnt dann das ausbaden, und die Steiermark zeigt ja, daß das Ausbaden momentan nicht erfreulich ist. Was die Draken betrifft beziehungsweise auch den Herrn Abgeordneten Erhart, der sagt, wenn die Starts so sind wie die Landung, dann hat er nicht einmal das geringste technische Verständnis, denn eines steht fest, wenn ich einen Landeanflug mache, bin ich wesentlich leiser, als wenn ich sozusagen hier in eine Startposition gehen muß, vor allem in einem alpinen Gebiet. Im alpinen Gebiet müssen die Brenner laufen, denn sonst kommt er über die Gebirgskette nicht darüber hinweg. Und allein das Durchstarten, die Erkenntnis, daß man wegen Feuchtigkeit und wegen Rückenwind nicht landen kann, sozusagen noch einmal durchstarten muß, zeigen die 116 Dezibel. Aber das Durchstarten ist an und für sich immer eine Kleinigkeit gegen den richtigen Start.

Was wir wollen? Wir wollen die Bürgerinitiativen unterstützen, und zwar Bürgerinitiativen, die quer durch alle politischen Parteien gehen. Ich glaube, dieses Thema ist einfach nicht parteipolitisch zu

behandeln. Und auch hier eine ganz klare Sprache. Es hat keinen Sinn, wenn die Alternative Partei durch Presseaussendungen behauptet, wir hängen uns jetzt an den Draken dran. Dann stürzt jetzt das ganze, was jetzt gemeinsam ist, durch alle Parteien, durch alle gesellschaftspolitischen Schichten geht, restlos als parteipolitische Geschichte ab. In dem Sinne hat es keinen Sinn, wenn sich Leute dann wie Sölkner, Hohegger, die aus dem AL-Funktionärskader stammen, als überparteiliche Aktionisten aufturn und die Frau Kammländer sich dann mit dem Fallada hinstellt, daß sie fotografiert wird, und der Herr Wabl seine Sprüche klopft. Das bringt bitte nichts! Alternative Politik heißt nicht alternative Parteipolitik. Alternative Politik heißt, die Leute, die Bürgerinitiativen mit Information zu unterstützen und nicht selbst dort ständig politische Profilierungsneurosen zu betreiben. Daher werden wir, was die Grünen betrifft, sämtliche Aktionen, sei es von der ÖVP, sei es von der SPÖ, die sicher noch kommen werden, da bin ich heute sicher, unterstützen. Beim Herrn Mag. Rader glaube ich dies nicht ganz, denn ich habe immer gesagt, das ist die Rache der Kärntner. Mir ist ein Radarschirm lieber als ein Mag. Rader, der heute noch für Draken im Landtag plädiert und Gemeinsamkeiten, ganz egal, wie sie laufen, nicht unterstützt. Ich möchte auch sagen, es ist auch der Drachen in Klagenfurt, der berühmte Lindwurm, ist dort auch verhungert, man sagt zwar, er hat sich nur von Jungfrauen ernährt, wir werden diese Draken so lange mit Luftballons füttern, bis sie ebenfalls verhungern. Ich glaube, daß viele von Ihnen sich heute nicht mit einem Luftballon hinstellen, weil es kindisch aussieht. Und trotz dieser kindlichen Ansicht, diesem kindlichen Gehabe, haben die Draken am meisten Angst davor. Vielleicht, Herr Landeshauptmann, werden Sie auch einmal mit einem Luftballon auftauchen, wenn Starts stattfinden.

Solange nämlich dieser Antrag des Landtages verfassungsrechtlich nicht behandelt wird, wird Widerstand zur Pflicht, weil der Herr Klubobmann Univ.-Prof. Dr. Schilcher ganz klar gesagt hat, wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Verpflichtung. Ich glaube, solange der Verfassungsgerichtshof hier nicht einmal klar über die gesetzliche Grundlage spricht, ist jeder Draken-Start gesetzlich abzulehnen, und daher haben wir das Recht, die Leute zu unterstützen, die unten wirklich um ihre Lebensqualität und die Lebensqualität der ganzen Steiermark, und auch, wie Sie gesagt haben, der Draken ist ja kein Steiermark-Problem, der ist ein Österreich-Problem, bangen und an der vordersten Front stehen müssen. Ich habe mir beide Veranstaltungen angeschaut. Ich finde, es sind beide diszipliniert abgelaufen. Das am Hauptplatz war sicher ein Stärkeaufmarsch der ÖVP, denn die Busse waren aus der ganzen Steiermark. Es zeigt sozusagen eine gutorganisierte ÖVP in dieser Sache. Das, was sich unten am Thalerhof abgespielt hat, war eine der friedlichsten Demonstrationen, die ich jemals erlebt habe. Es ist gelungen, auch aus „Wien eingeflogene autonome Gruppen“ sozusagen zum Stillstand und zur Besonnenheit zu bringen. Ich habe, glaube ich, nur einen gesehen, der mit Maske war, und das war, glaube ich, ein bißchen ein Narr. Es ist sozusagen auch unten friedlichst abgelaufen, und die Bürgerinitiativen haben hier vollè Arbeit geleistet. Sicher bin ich nicht erfreut, wenn unten dann Wünsche von einem Herrn Muhri ausgerichtet werden, von irgend einem der

Kommunistischen Partei. Denn eines muß man auch sagen, es sollen die Leute, die hier das Demonstrationsrecht gehabt haben, und es ist wirklich tadellos abgelaufen, die sollen einmal versuchen, so etwas gegen Abfängjäger in Moskau am Roten Platz zu machen. Die brauchen gar nicht schauen, wie schnell sie dort wieder weg sind, und es hat auch keinen Sinn, öffentliche Mittel der Grünen-Alternativen so zu verwenden, daß vier Frauen um 100.000 Schilling zu einem Frauenkongreß nach Moskau fahren, sondern das Geld, die öffentlichen Mittel, die Steuergelder, sollen hier in Österreich, und zwar im öffentlichen Interesse, verwendet werden.

Wenn man hört, daß hier Professoren, die ihr Fach eigentlich verstehen sollten, und wo ich auch annehme, daß sie es beherrschen, weil es doch mehrere Professoren sind, hier klar feststellen, daß das verfassungsrechtlich bedenklich ist, was jetzt passiert, bitte, obwohl man weiß, daß in Zeltweg die Landebahn zu kurz ist, versucht man trotzdem eine Landung. Herr Landeshauptmann, das ist eine fahrlässige Gefährdung der Bürger von Zeltweg, das ist bereits der Nachweis, daß der Jango Lichal (Heiterkeit), oder wie er heißt, bereits fahrlässig einen Auftrag gegeben hat als Verteidigungsminister. Es gibt eindeutig Gutachten, daß die Landebahn 2,7 Kilometer sein muß. Das heißt im Klartext, man sollte sich vorher zusammensetzen und bei der nächsten Landtagssitzung einen gemeinsamen dringlichen Antrag bringen, und zwar den Herrn Verteidigungsminister Lichal wegen Gefährdung der Öffentlichkeit bei der Staatsanwaltschaft anzeigen. Und zwar sollte dies der gesamte Landtag tun. Das ist eine Anregung, und ich hoffe, daß wir bis zum 21. mit den Gesprächen weiterkommen. Was hier sozusagen einstweilige Verfügungen, Sperrgebiete betrifft. Ja, meine Damen und Herren, wenn wir vor Sperrgebieten auf Papier, das bekanntlich geduldig ist, immer Angst gehabt hätten, dann wäre bereits heute in Fohnsdorf eine Sondermülldeponie, die das Grundwasser, und zwar mit 100prozentiger Sicherheit, für 50.000 Menschen gefährdet, gebaut. Dann wäre bereits die Steiermark nicht nur der Draken-Abfallkübel von Österreich, sondern auch bereits der Sondermüllabfallkübel. In diesem Sinne möchte ich vor allem dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller doch für sein Einschreiten in Wundschuh und woanders und für seine Sympathie für die Leute, die dort in Zelten mitten im Wald sitzen, die gegen Sperrverordnungen verstoßen, auch einmal danken. Auch Abgeordneten, wie dem Herrn Reicher, der zu einer Bürgerversammlung an Ort und Stelle kommt, danken, daß er dort mit den Leuten spricht. Das sind Leute, die auch hier von der Seite der SPÖ absolut gute Arbeit leisten. Wir werden auch nächstes Jahr den Antrag auf Wiederaufforstung sowohl des Murwaldes als auch des Kaiserwaldes versuchen, gemeinsam hier zu beschließen. Wir reden von abgesagten Terminen mit den Japanern. Wenn die Japaner von uns etwas wollen, dann sind sie hartnäckig wie Zecken, wenn sie ein Geschäft riechen und kaufen wollen. Die kommen wieder, Herr Mag. Rader, da brauchen wir keine Angst zu haben. Mir wäre viel lieber, wenn die verstaatlichte Industrie heute, und zwar kurzfristig, endlich einmal von dieser Kanonenproduktion abkommt mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung, sondern Arbeitsplätze kurzfristig in der Umwelttechnologie sichert,

damit wir endlich wieder von den Japanern und ihrer Technologie unabhängig werden. Mir ist ganz recht, wenn ein Japaner nicht immer sein Geschäft macht und ein Herr Steger dann nach Japan fährt und sagt, ich habe für Österreich die und die Verträge ausgehandelt. Verträge, die uns viel kosten und unsere Arbeitsplätze mit 100 und 1000prozentiger Sicherheit sicher nicht sichern werden. Das ist eine falsche Arbeitsplatzpolitik.

Zum Sperrgebiet habe ich gesprochen. Ich glaube, daß man das mit den Luftballons deswegen nicht so ernst nehmen soll. Es ist sicher so, daß die Luftballons hier eine moralische Unterstützung für die Anrainer sind, und nachdem ja unten das Militär weiß, daß solche Luftballons starten können, wäre jeder Draken-Start auch ein fahrlässiger Start. Weil das Recht ist sicher nicht auf der Seite des Herrn Lichal. Das, was uns betrifft: Wir wollen eine Zukunft für die steirischen Kinder ohne Kriegsmaschinerie, seien es die Draken, seien es andere Abfangjäger, seien es die Noricum-Spielzeuge, die gegen internationale Gepflogenheiten wesentlich weitergehen und daher gekauft werden. Es ist ja klar. Die Leute kaufen das, was weiter schießt und wo tagtäglich Tausende Zivilisten ihr Leben lassen und verstümmelt werden durch Granaten der VOEST. Es gibt heute Leute oben, auch in Liezen, auch im Ennstal, die bereits vor Jahren gesagt haben, bei diesem Waffenwahnsinn, bei dieser internationalen Waffenschieberei tun wir nicht mit, auch wenn es der Staat Österreich und seine Bänker im Hintergrund machen. Das ist ein Geschäft, in das Österreich sicher nicht einsteigen muß, weil wir andere Technologien haben und auch andere Ressourcen, als hier in einem der miesesten Geschäfte sozusagen auf Kosten der anderen tätig sind für lächerliche 1000 Arbeitsplätze. Oben bei der VOEST ist das genauso wie beim Draken: Großer Körper und ein kleines Hirn, und daher muß man einfach einmal schauen, daß hier oben kurzfristig umgedacht wird. Daher ist auch für mich heute noch der Beschluß im Landtag, eine mittelfristige weitere Waffenproduktion oben, der Noricum VOEST, eine absolute Fehlabstimmung, auch wenn die alternative Partei mitgestimmt hat. Ich werde hier als einziger immer wieder auf diese Moral und Ethik aufmerksam machen. Wir sind gegen Abfangjäger, wir sind gegen Draken, weil sie gefährden und, und, und. Es weiß heute die gesamte steirische und österreichische Bevölkerung, was Draken sind. Darüber zu reden hat gar keinen Sinn mehr, denn wenn das einer nicht verstanden hat, hat der wirklich ein kleines Hirn wie ein Drachen. Es geht darum, daß wir auch als Christen und auf Grund der christlichen Nächstenliebe verpflichtet sind, von Waffenproduktionen Abstand zu nehmen, die mit Sicherheit woanders eingesetzt werden, wo die Leute dazu salutieren und sagen: Gruß aus Österreich, und 30 Sekunden später werden wieder ein paar hundert Leute, Zivilisten, verstümmelt. Wir werden demnächst in Liezen vor der VOEST, auch wenn es dort einen Aufstand geben wird, eine friedliche Demonstration vorbereiten. Ich denke immer an etwas, was ich im Vergnügungspark in Graz gesehen habe. Das ist ein kleines Kinderspielkarussell, wo kleine grüne Drachen oben sind, wo die Kinder einsteigen, starten und auch gefahrlos landen können. Die Kinder haben hier eine Freude am Spiel beziehungsweise an der Bewegung. Ich verstehe natürlich, daß ein Lichal,

ein Django heute bei einem verhinderten Start einen Adrenalinausstoß hat. Das ist bei jedem Sportler bekannt. Kommt der Sportler nicht zum Start, hat er einen Adrenalinausschuß. Was bedeutet Adrenalin? Erhöhte Aggressivität. Genauso verhält sich dieser Mensch psychologisch. Er ist höchstgradig aggressiv und wird langsam allgemeingefährlich, siehe Auftrag in Zeltweg, bei dieser kümmerlichen Bahn zu landen inmitten alpinem Gebiet. Daher schlage ich vor, daß der Landtag einmal ein Karussell für diesen Nationalzirkus anmietet, der von den Waffenschiebern im Hintergrund gesteuert wird, und ich behaupte heute noch, der Hauptsitz ist Mallorca, und dazu stehe ich, weil die Ära Dr. Kreisky mit den Dreschern besten Kontakt hat und so das Geschäft der Provision auch gelaufen ist. Das heißt, wir müssen hier für diesen Nationalzirkus, gesteuert von Waffenschiebern, ein kleines Kinderkarussell anschaffen, damit sich die Herren hineinsetzen und dort beim ewigen Starten und Landen, Starten und Landen vernünftiger werden und daß sie dort ihr Adrenalin wieder abbauen. Das ist ein Vorschlag von mir. Danke.

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

**Abg. Pußwald:** Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Als Abgeordnete eines betroffenen Bezirkes möchte ich die menschliche Komponente des Draken-Dilemmas hervorstreichen. So hat mir gestern eine etwa 65- bis 70jährige Frau auf meine Frage, wie es ihr ergangen sei, als am Mittwoch die Draken in Zeltweg versuchten zu landen, geantwortet: Meine Erinnerungen gingen an das Bombardement 1945 zurück. Eine Hausbesitzerin, auch in der Einflugschneise, erklärte: Die Fenster klirrten, und das Erschrecken in der Familie war groß. Kinder kamen vom Freien ins Haus gestürzt, entsetzt. Kleinkinder wurden aus dem Schlaf gerissen, und Schulkinder, auch ältere, ganz konkret 15jährige, stürzten an die Fenster und waren gewaltig erregt. Der Donnerstag, als die Stationierung ganz einfach passierte und ich auch im Bezirk anwesend war, brachte das, was der Herr Kollege Erhart schon gesagt hat, es war wesentlich einfacher, es war leicht erträglich. Ich möchte eine zweite Seite der menschlichen Komponente herausstreichen. Neben dem Lärm, der allgemein und dauernd an unser Ohr tritt und unsere Aufmerksamkeit nur zu ganz bestimmten, konzentrierten Lärmgaben vereinnahmt, man gewöhnt sich an einen gewissen andauernden Lärm, trotzdem sind Schlafstörungen, Nervosität und Hörschäden Folgen von stark lärmbelästigten Bereichen. Man hört ihn trotzdem nicht. Ich kann das aus eigener Erfahrung berichten. Die menschliche dritte Komponente ist der Häuslbauer, der Wohnungswerber, der in diesem Einflugsbereich schon vor Jahren sein Grundstück, vielleicht noch zu einem günstigen Preis, erwerben konnte. Dort hat er seine Heimat gefunden, er hat Verwurzelung gefunden, er hat Geborgenheit gefunden. 1983 wurde von der ÖVP-Fraktion der Gemeinde Spielberg der Einwand gemacht, als die Schule im Einzugsgebiet des Militärflugplatzes gebaut werden sollte und es dort sicherlich zu Belästigungen durch die vom Militär hauptsächlich benutzte Einflugschneise

kommen werde. Das Gespräch wurde abgelehnt. Der Flächenwidmungsplan hätte Gültigkeit, und das militärische Veto zu dieser Stellungnahme bleibt allerdings auch aus. Die Menschen leben jetzt dort. Neuerdings müssen wir mit den Draken dort leben. Wie wird das jetzt weitergehen? Wie wird die Notwendigkeit der Luftraumverteidigung der Übungsbetriebe geschehen können? Wird es Schonzeiten für die Menschen geben, wo man mit absoluter Ruhe rechnen kann? Wann werden die Übungsbetriebe vor sich gehen? Wann wird ein Einsatz geschehen? Ist das von der Wittersituation abhängig oder wovon? Ich plädiere an alle hier Anwesenden für die Solidarität zu den Menschen in diesen Gebieten, sowohl in Zeltweg als auch in Graz-Thalerhof. Auch das Demokratieverständnis kommt sehr ins Schwanken. Für mich ist Politik die Aufgabe, Ziele zu finden, Ziele zu formulieren und mit den Menschen diese Ziele anzustreben. Der Drakenkauf war eine gemeinsam beschlossene Sache, Militär und alle politischen Parteien haben sozusagen die Katze im Sack genommen. Je mehr man sich mit der Draken-Situation, mit diesem Gerät auseinandersetzt, desto mehr Mängel und Probleme treten zutage. Für mich wäre es auch eine Erkenntnis und eine Bürgernähe, wenn es den Politikern gelänge, die erkannten Fehler und erkannte Fehlentscheidungen, die sich ergeben, zu verbessern, indem man halt das eingesteht und neue Formulierungen und neue Artikulierungen bringt. Ich bitte Sie, diese Menschen, die die Hoffnung haben, daß sie dort ihre Heimat weiter behalten können, zu unterstützen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Vollmann hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Vollmann:** Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich nehme wahrscheinlich und mit ziemlicher Sicherheit an, daß es in diesem Haus nur einige wenige gibt, die mit der Stationierung der Draken in Graz und Zeltweg eine Freude haben. Anders wäre dies sicherlich schon, wenn Abfangjäger anderer Herkunft stationiert werden würden. Aber das ist inzwischen ja auch allen Steirern, ich meine sogar allen Österreichern, hinlänglich bekanntgeworden. Geht doch der Drakenkampf seit 1984 munter durch das Land. Drohte er einzuschlafen, fand man schnell wieder einen neuen Anlaß, um den alten Hut mit neuen Federn aufzumäschern, damit ja nicht in Vergessenheit geriet, daß es bei der Diskussion nur um den Draken und ohne Zweifel nur um den Draken, nie um Abfangjäger, ging. Eine reine Gaukelei, wie inzwischen auch die wirklichen Gegner der Abfangjäger begriffen haben. Schon einmal wurde in der Steiermark um Heeresflugzeuge gekämpft, und zwar in den 60er Jahren, als der damalige Landeshauptmann Josef Krainer senior – und das ist heute schon einmal gesagt worden – sich mit aller und ganzer Kraft dafür einsetzte, damit ein Teil der fliegenden Tonnen am Grazer Thalerhof und nicht nur in Linz und Zeltweg stationiert wurden. Mit Stolz und Freude wurde im vergangenen Vierteljahrhundert immer wieder darauf hingewiesen, daß in Graz die Flugtage besonderes Interesse hervorriefen, und heutige Gegner sonnten sich im Begeisterungsturm von Zigtausenden von Besuchern. Wie stolz war

man doch auf die Karo-As-Staffel und auf ihre Erfolge. Aber dies scheint heute alles längst vergessen, oder lernten die Piloten ihr Können nur an Simulatoren? Viele Start-, Luft- und Landemanöver waren notwendig, um diese Weltklasse zu erreichen. Nach der Lärmbelästigung, meine Damen und Herren, hat zum Zeitpunkt keiner gefragt. Bei Anträgen und Beschlüssen in diesem Haus wurde oftmals darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, daß in Zeltweg zivile Sportflugzeuge wie auf anderen Plätzen landen können und in Graz-Thalerhof die Verlängerung der Landebahn erfolgen müsse, damit Großraumflugzeuge landen können und die Steiermark damit nicht den Anschluß an die große weite Welt verliert.

Alle reden und bekennen sich zur Umfassenden Landesverteidigung, aber anscheinend nur dann, wenn man dafür nicht einzustehen braucht. Um die Einrichtung von Kasernen wird gekämpft, weil sie wirtschaftliche Vorteile und Arbeitsplätze bringen, aber sonst will man mit dem Heer nicht viel zu tun haben und verabschiedet sich schnell aus der Mitverantwortung um die Landesverteidigung.

Mehr als vier Jahre wogt nun dieser Draken-Kampf, und viele haben vor den wirklichen Problemen in der Steiermark die Augen geschlossen. Nicht umsonst sind wir in der Wertigkeit der Bundesländer von Jahr zu Jahr nach unten gerutscht. Nunmehr nehmen wir in diesem Konzert die letzte Stelle in allen Bereichen ein, ausgenommen – und ich habe das hier auch schon einige Male gesagt – bei den Arbeitslosenziffern; da sind wir nämlich einsame Spitze.

In der Phase des Kampfes um die Arbeitsplätze hat es zwar immer starke Sprüche, aber wenige Aktivitäten unseres Landeshauptmannes gegeben.

Auch die sonst so rührigen Gehirnprothesen der ÖVP, wie eine Zeitung schreibt, waren in Sachen Wirtschaftspolitik abgemeldet. Man begnügte sich mit Burgstallers Theaterdonner. Ganz klar – Sie hatten ja auch anderes zu tun: Draken-Kämpfe. Als ob dies das wichtigste für das Land wäre.

Tausende Arbeitsplätze gingen in dieser Zeit in der Steiermark verloren (Abg. Schützenhöfer: „Das Ergebnis von 16 Jahren SPÖ!“), und Tausende sind noch immer gefährdet. (Abg. Dr. Maitz: „Lauter alte Hüte!“) Beruhigen Sie sich doch, meine Herren, kein Grund zur Aufregung, es wird ja nur über Draken geredet.

Allen wurde Hilfe versprochen: Kein Arbeitsplatz darf in der Verstaatlichten verlorengehen; wir werden uns gegen Wien wehren; wir werden es den Herren in Linz schon zeigen; wir werden, wir werden... Geschehen ist wenig, zum Teil überhaupt nichts.

Die Wirtschaftskrise ist in der Steiermark (Abg. Schützenhöfer: „Das ist das erschütternde Ergebnis von 16 Jahren SPÖ!“), genauso wie die Arbeitslosigkeit, Dauergast geworden. Die oftmals bei Medienbefragungen angekündigten steirischen Lösungen sind auch nicht gekommen, und die seit Jahren propagierten Industrieparks haben bis vor kurzer Zeit auch noch eher Industriefriedhöfen ähnlich gesehen. Die Zukunft wird erst zeigen, was sie wert sind. Mit nur kämpferischen Tönen, lieber Kollege Schützenhöfer, gegen Wien und Linz, gegen VOEST, VEW und Regierung, gegen Gewerkschaft und Arbeiterkammer, in der du

selbst sitzt, ja sogar gegen die eigene Bundes-ÖVP kann man auf die Dauer keine Probleme lösen.

Auch die populistischen Arbeitsplatz- und Standortgarantien, die abgegeben worden sind, können über die Mißerfolge nicht hinwegtäuschen. Alle jene Arbeitnehmer, meine Damen und Herren, die in Betrieben, welche durch Private übernommen wurden, einen Arbeitsplatz haben, sind zwar froh darüber, aber glücklich sind sie keineswegs, denn sie haben bis zu 30 Prozent ihres Lohnes eingebüßt. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wem verdanken sie das?“) Und wie das Beispiel zeigt, ist die Privatisierung auch kein Allheilmittel, denn inzwischen ist dort eine Überschuldung von 800 Millionen Schilling eingetreten, und die Gläubiger zittern um ihr Geld. Das ist in der Verstaatlichten nie passiert. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die haben gar nicht zittern müssen, weil sie es ohnehin nicht bekommen haben!“) Die einst so beneideten Bergarbeiter, meine Damen und Herren, in Eisenerz haben genauso ihre Arbeit verloren wie die Stahlkocher in der Mur- und Mürzfurche, und auch der weststeirische Kohlenbergbau scheint durch Machenschaften der Energiewirtschaft nunmehr gefährdet. Eine notwendige Koordinierung der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen hat nie stattgefunden. Das seit Jahren von allen geforderte Fremdenverkehrsgesetz lag bis vor kurzem noch im Tiefschlaf und wird nun erst durch massive Angriffe der Fremdenverkehrswirtschaft und Gemeinden wachgerüttelt. Die Nächtigungsziffern sind in der Steiermark – ausgenommen Graz – seit 1983 rückläufig und beginnen erst jetzt wieder langsam anzusteigen. Gestatten Sie mir, das Beispiel zu sagen: 1983 8,748.521 Nächtigungen und 1987 8,595.673. Ob uns da die dauernden Angriffe gegen Wien und die Wiener (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wir haben nichts gegen die Wiener!“), die gerade in der Ost- und Obersteiermark die sichersten Gäste sind, guttun, darüber sollten gerade jene Steirerinnen und Steirer – und auch Sie, meine Damen und Herren, welche massive Vorurteile entwickeln und bei populistischen Reden gegen Wien lautstark klatschen – auch einmal nachdenken. Gestatten Sie mir das Beispiel zwischen dem Angestellten oder Arbeiter mit seinem Chef, wenn er ihn das ganze Jahr beschimpft und am Jahresende dann zu ihm um eine Lohnerhöhung kommt. Was der mit ihm machen wird? (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist ein Beispiel!“ – Abg. Dr. Maitz: „Bittsteller brauchen die Steirer nicht zu sein!“) Durch zu großes Vertrauen in großsprecherische Motorsportvertreter hat die Steiermark, meine Damen und Herren, trotz des Einsatzes enormer finanzieller Mittel im heurigen Jahr auch noch das Formel-I-Rennen am Österreichring verloren. Ein harter Schlag gegen die Wirtschaft der Region Aichfeld-Murboden, obwohl derlei Veranstaltungen sicherlich auch zu den Lärmbelastigungen unserer Zeit gehören. (Abg. Kammlander: „Haben Sie gestern die Nachrichten gehört?“) Von Umweltbelastung, Waldsterben und Müllbeseitigung wird zwar viel in diesem Haus geredet, aber dann leider im Endeffekt nur husch, pfusch ein Gesetz verabschiedet, welches den Anforderungen nicht genügt, die Verantwortung anderen überträgt, die Gemeinden viel Geld kostet und zu Auseinandersetzungen in den Regionen führt. Die Leidtragenden sind wieder einmal die Bürger unseres Landes, denn die müssen es ja bezahlen.

Mit wohlklingenden Seifenblasen und bunten Luftballons – (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Nicht alles herunterlesen!“) Herr Kollege Prof. Dr. Eichtinger, es wäre gut, wenn du manchmal auch lesen würdest, dann würdest dir manches nicht passieren –, welche schon nach kurzer Zeit zerplatzen, sind die Probleme der Steiermark nicht zu lösen. Hiezu gehört schon ein bißchen mehr Fach- und Sachkompetenz. Aber es ist ja leichter und populärer, zum Widerstand gegen eine machtbesessene Zentralregierung in Wien aufzurufen (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Vranitzky wird sich bedanken!“), als endlich einmal auch den Schmutz vor der eigenen Tür zu kehren. (Abg. Grillitsch: „Herr Kollege, reden Sie zur Sache!“) Dem Faß, meine Damen und Herren, den Boden ausgeschlagen hat wohl eine Äußerung Ihres stellvertretenden Landesparteiobmannes. Neben Beschimpfungen seines Bundesparteibruders und Verteidigungsministers Lichal hat er sich dazu verstiegen, im ORF vom vorigen Dienstag Nachmittag den Bundeskanzler der Handlung in mörderischer Absicht bei der Überstellung der Draken zu bezichtigen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das gäbe es bei euch nicht!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Ein alter erfahrener Abgeordneter sagt das!“)

Meine Damen und Herren! Ich sage in diesem Haus auch manch deftiges Wort. Aber das geht wohl zu weit. Und wenn auf Anweisung der steirischen ÖVP die steirischen Abgeordneten an Sitzungen und Abstimmungen des Nationalrates nicht teilnehmen, obwohl Überlebensfragen für die Steiermark und Milliardeninvestitionen für den Straßenbau beschlossen werden, scheint es den Betreffenden nicht nur am nötigen Verständnis zu fehlen. (Abg. Kollmann: „Wer hat dir dieses Manuskript geschrieben?“) Dies ist für mich bereits demokratisch bedenklich. Wie, Herr Landeshauptmann, würden Sie es bezeichnen, wenn die steirischen Abgeordneten der SPÖ bei wichtigen Entscheidungen und Beschlüssen in diesem Landtag diesen Beschlüssen fernbleiben würden? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die tun das nicht!“) Deshalb gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich die Draken nicht als Abfangjäger, sondern als Ablenkjäger für die verfehlt ÖVP-Politik der letzten Jahre bezeichne. Um es mit den Worten von Herrn Univ.-Prof. Dr. Schilcher zu sagen, es gibt Angeschmierte durch die Draken-Diskussion in der Steiermark, besonders jene, die unter der verfehlten Politik unter ihrer Partei leiden. Herr Landeshauptmann, Ihnen haben Ihre Freunde fürwahr einen Bärendienst in dieser Sache erwiesen. Ganz sicherlich gibt es einige in diesem Hause, die Opfer einer verfehlten Strategie geworden sind. Wir bekennen uns zur gemeinsamen Arbeit und Verantwortung für unsere Steiermark und ihre Menschen. Aber Ehrlichkeit und Offenheit müssen diese Politik bestimmen. Wir bekennen uns zur Umfassenden Landesverteidigung, jedoch ohne den Horizont des Möglichen aus den Augen zu verlieren. Wir erwarten zu dieser Mitverantwortung aber auch, daß andere den Horizont des Machbaren nicht verlassen. Unsere Steirerinnen und Steirer haben einen Anspruch auf ehrliche Information und faire Behandlung ihrer Probleme, damit sie ihren gewählten Vertretern auch weiterhin vertrauen und in die Augen schauen können. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Du bist schon noch bei der SPÖ und nicht beim Mag. Rader?“) Das Spiel mit den Emotionen, Herr Landeshauptmann, Ihrer Gefolgsleute in der

Draken-Frage, das Sie angezettelt haben, ist jedenfalls nicht geeignet, dieses Vertrauen zu untergraben und nicht zu bestätigen und Grundfeste in der Demokratie zu erschüttern. Der erste verletzte Demonstrant, meine Damen und Herren, vor der Landhaustüre auf der Herrengasse ist der Beweis dafür.

Ich hoffe, Sie, Herr Landeshauptmann, können das verantworten. Aber auf Grund der bisherigen Gangart der steirischen ÖVP glaube ich, daß Sie auch in der Draken-Frage ein reines politisches Gewissen bewahren können. Kein Wunder, wenn man bedenkt, wie selten Sie es in diesem Haus benutzen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Frau Präsident Klasnic hat sich als nächste Rednerin zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg. Präs. Klasnic:** Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich kann mich vielen Vorrednern des heutigen Vormittags schon anschließen. Ich kann mich dem Herrn Kollegen Vollmann mit dem, was er gerade gesagt hat, nicht anschließen. Stellen Sie sich vor, Herr Kollege, unser Landeshauptmann hätte nicht mit Verantwortung gehandelt. Stellen Sie sich diese letzte Woche in unserem Land vor, und wir alle haben es miteinander erlebt, daß es eine Angst gegeben hat, wie werden die Demonstrationen ausgehen? Wo werden sich die Menschen finden? Und alle, die am Hauptplatz gewesen sind, haben erlebt, was es heißt, Verantwortung für dieses Land zu fühlen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Landeshauptmann, unser Landeshauptmann, ich spreche jetzt für unseren Klub, hat uns den Auftrag gegeben, kein Risiko, keine unüberlegten Aktionen und den demokratischen Weg zu beschreiten. Das möchte ich Ihnen nur sagen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Vollmann: „Sonst wären die ÖVP-Abgeordneten in Wien gewesen!“) Das war nicht undemokratisch, sondern es war richtig. Sie waren dort, wo die Menschen sie gebraucht haben. Ich darf Ihnen noch etwas sagen. Es gibt in den letzten Tagen und Wochen, in den letzten Monaten sehr viele, die glauben, sie müssen dem Landeshauptmann der Steiermark irgendwelche Dinge anhängen oder zumindest sagen, seine Berater sind zu intellektuell, sie wissen nicht, wovon sie reden. Ich bin sehr froh, daß der Landeshauptmann auch Berater hat, die noch spüren, worum es geht. Das brauchen wir, und das erleben wir auch. Und damit gibt es eine glaubwürdige Politik. Unsere Aufgabe als Politiker ist es, nicht nur die Emotion zu haben, sondern auch Ängste, die im Volk vorhanden sind, den Menschen ein wenig zu nehmen, ihnen beizustehen, wenn ihre schwere Lebensumwelt geschädigt wird, und ihnen zu sagen, sie brauchen sich nicht zu fürchten, es gibt Sicherheit, wir werden ihnen dabei helfen. Der Süden von Graz – ich könnte jetzt sehr viel sagen, was schon besprochen wurde –, die Menschen im Süden von Graz haben ein Recht auf zumutbare Lebensgrundlagen. Sie haben ein Recht auf Sicherheit, und wir haben die Pflicht, Familien, Frauen, Mütter und Kinder einfach zu vertreten, aber vor allem die Jugend und junge Soldaten zu schützen. Und damit ich nicht zu lange werde, möchte ich mit einem Wort schließen, nämlich mit einem Wort – ich zitiere – von

Manes Sperber, der gesagt hat: „Ich verurteile keinen, der unter der Diktatur nicht sprechen kann, wohl aber diejenigen, die in der Freiheit das Wort nicht benutzen.“ Wir sollten uns nicht schuldig machen! (Beifall bei der ÖVP und VGÖ-AL.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Trampusch:** Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Frau Präsident Klasnic hat soeben ein Zitat gebracht, dem ich gerne zustimme: „In der Freiheit das Wort benutzen.“ Nur gibt es gerade in unserer Gesellschaft, in der Demokratie, einen sehr hohen Auftrag: Mit der Sprache verantwortungsvoll umgehen. Und ich glaube, das muß für uns ein Kriterium sein. Nicht, daß wir uns nicht in allen Fragen, die uns berühren, zu Wort melden, sondern wie wir das Wort nehmen und wie wir unsere Gefühle, unser Wollen, unser Handeln zum Ausdruck bringen.

Hier, meine sehr geschätzten Damen und Herren, diskutieren wir ja nicht das erste Mal über diese Frage im Hohen Landtag, und wir waren immer einer Meinung, wenn es um die Gesundheit und um die Sicherheit der steirischen Bevölkerung gegangen ist. Wir waren immer der gleichen Auffassung, wenn es um die tatsächlich Betroffenen gegangen ist. Nur, wir waren dann nicht immer einer Auffassung, wenn es darum gegangen ist, wie weit der Kreis der emotionell Betroffenen gezogen werden soll. Das gilt nicht nur für die Draken-Frage, das gilt für alle Fragen in unserer Gesellschaft, die halt eine gewisse Brisanz haben.

Und weil hier auch die Rede von den Beratern war – das erinnert mich ein bißchen an Goethes „Zauberlehrling“: Manchmal wird man die Geister halt wirklich nicht los – ich meine es positiv –, die man ruft. Daher ist unsere Haltung, zurück zu einem kritischen Realismus, sicher vertretbar, denn nur so werden wir gemeinsam auch das erreichen, was wir im Interesse der Bevölkerung unseres Landes zu tun haben. Und ich sage hier noch einmal, um ein bißchen bei den Emotionen zu bleiben: Es ist gut und richtig, daß viele mit heißem Herzen in einer Frage, die sie besonders berührt, dabei sind, aber wir sollen gerade dabei den kühlen Kopf bewahren. Beides geht also nicht: Mit Leidenschaft und heißem Herzen etwas vertreten und dann nicht diesen kühlen Kopf in der Frage haben.

Der Herr Landeshauptmann hat heute eingangs eigentlich das wiederholt, was er bei seiner Rundfunkansprache gestern ja gesagt hat. Er hat auch betont, wie sehr durch einen konsequenten Kurs vom Bund viel erreicht worden ist. Und er hat dann Erfolge für die Steiermark aufgezählt, und dem kann man gerne zustimmen. Aber wir haben auch dann immer – rückblickend – Erfolge gehabt, wenn wir mit kühlem Kopf und konsequent und gemeinsam aufgetreten sind und wenn wir uns auch hier nicht von den Emotionen so sehr haben leiten lassen.

Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn gesagt wird: „Zentralismus stärkt separatistische Tendenzen“, dann stimmt das. Nur, auch hier gibt es den Umkehrschluß: „Separatistische Tendenzen brauchen Zentralismus als moralische Begründung“, denn sonst würde das ja nicht so zum Tragen kommen. Und

auch hier ist die Argumentation bitte keine Einbahnstraße. Auch darüber sollten wir in der Steiermark nachdenken.

Und wenn der Herr Landeshauptmann mit Stolz sagt: „94 Prozent der Steirer sind für die Wehrbereitschaft“, dann ist das ja wirklich eine stolze Feststellung. Aber ich mache auch hier eine Bemerkung, daß Aktionen, auch wie sie heute im Hohen Haus nicht von den im Landtag vertretenen Parteien vorgebracht worden sind, daß aber auch viel mehr Kraftausdrücke in diesen heiklen Fragen nicht dazu beitragen, daß diese 94 Prozent so aufrecht bleiben, wie wir es uns wünschen wollten. Und da sage ich also auch – vielleicht sogar ein bißchen emotionell –: Wenn der Herr Abgeordnete Burgstaller Macht als Alkohol bezeichnet, die in den Kopf steigt, wenn er behauptet, daß Piloten bewußt in den Tod geschickt worden sind, und wenn er Armeekommandanten und Generalgruppeninspektoren als etwas hinstellt, was ich nicht wiederholen möchte, und gleichzeitig aber heute im Hohen Haus die Abgeordneten Dr. Maitz und Grillitsch sich sehr wohl auf diesen Armeekommandanten als Zeugen berufen, den ein anderer ÖVPLer total abqualifiziert, dann möge man bitte nur darüber nachdenken, daß man so, wie das vom Herrn Abgeordneten Burgstaller passiert ist, nicht diese Wehrbereitschaft, auf die wir stolz sind, fördern kann. (Abg. Dr. Maitz: „Der Armeekommandant hat zugeben müssen, daß das falsch war!“) Ich kann mich nicht auf jemanden berufen, wenn ich ihn total und ohne Widerspruch abqualifiziere! Ich komme schon noch darauf zurück. Und weil Sie gerade einen Zwischenruf machen, Herr Abgeordneter Dr. Maitz: Sie haben heute ja auch in gleicher Weise agiert. Wenn man Namen nennt wie Amry, Lütgendorf, Waffengeschäfte – da ist Schreckliches passiert – und anderes mehr, ja dann ist das genauso, wie wenn der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher – er hat es heute zwar ein bißchen zurückgenommen, aber ich habe hier die APA-Meldung vom 27. Mai – sehr wohl und dezidiert sagt: „Da haben einige wenige in Österreich sich schmieren lassen“ und anderes mehr, und er hat sogar auch Namen genannt. Und da verweise ich halt wirklich auf das, was der Herr Landeshauptmann bei seiner Pressestunde gesagt hat, der sich sehr wohl von solchen Verdächtigungen und Pauschalaussagen abgesetzt hat. Und, Herr Landeshauptmann, Sie haben gesagt, Sie kommen selbst aus einem politischen Elternhaus und wissen, wie rasch da jemandem seine Ehre genommen wird, und Sie tun das ganz sicher nicht. Dann dürfen wir doch, wenn Sie das so gemeint haben – und ich glaube Ihnen, daß Sie das so gemeint haben –, ersuchen, daß Sie in Ihrer eigenen Partei dafür sorgen, daß man hier nicht mit Pauschalverdächtigungen operiert und nicht ein Büschel angeblicher Geheimunterlagen in die Höhe hält und sagt: „Das sind die Beweise“, und dann sieht und hört man nichts von den Beweisen, aber es werden dann immer wieder die gleichen Behauptungen erhoben.

Der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher hat ja auch gerade im Zusammenhang mit der Schmiergeldfrage des öfteren betont, daß es hier Beweise gäbe. Herr Abgeordneter, ja bitte, dann legen Sie sie halt auf den Tisch. Wir haben in Österreich ja genug Staatsanwälte; irgendeiner wird sich dann wohl darum kümmern. Aber wenn ich die Beweise nicht habe, dann

versuche ich halt doch wieder, zu einer sachlichen Argumentation zurückzukehren.

Und ich schätze hier sehr das, was Fritz Csoklich in der „Kleinen Zeitung“ vor wenigen Tagen geschrieben hat – nämlich wörtlich –: „Die Bassena-Redeweise des Abgeordneten Paul Burgstaller bei der VP-Demonstration in Graz zeigt, was wir noch alles zu erwarten hätten, ginge die ‚Drakerei‘ noch weiter.“ Und das ist ein Appell und eine Bitte: Ziehen wir die „Drakerei“ nicht so weiter, wie es ja auch in den letzten Tagen angeklungen ist, und kehren wir wirklich wieder zu dem zurück, was meßbar ist, was an Fakten vorhanden ist! (Beifall bei der SPÖ.) Und wenn in den Medien in den letzten Tagen immer wieder so als Rute im Fenster die Neuwahldrohung aufscheint, dann darf ich eines dazu feststellen: Wer sich wirklich um alle ernsthaften Probleme der Steiermark kümmert, der kommt selbst zur Ansicht – und das wurde heute hier gesagt –, daß wir die Zeit eigentlich nützen sollten, um mit den Problemen fertigzuwerden und nicht wieder wahlzukämpfen. Denn auch eine Landtagswahl, wenn sie vorverlegt wird, ändert doch an der Draken-Frage überhaupt nichts. Deshalb wird kein einziger Draken weniger oder mehr in die Steiermark kommen. Da gibt es andere Möglichkeiten, und über die reden wir gerne mit allen Parteien hier im Hohen Haus.

Was will ich damit sagen? Die SPÖ hat keine Angst vor Neuwahlen; nur, wir glauben, daß die Zeit sinnvoller und nützlicher ist, um Probleme zu meistern. Herr Abgeordneter Univ.-Prof. Dr. Schilcher, wissen Sie, wenn man eine Rute ins Fenster stellt, und man schaut sie lange genug an, dann hat man keine Angst mehr davor, und die ÖVP stellt die Rute ja immer wieder bei solchen Fragen ins Fenster. Es ist ja nicht das erste Mal, und auch bei uns ist hier eine gewisse Gewöhnung eingetreten, und daher werden wir das nicht so ernst nehmen, wie das vielleicht manche in der ÖVP sehen und hören wollen. Aber ich weiß, daß ja die Meinung bei euch auch nicht so einheitlich ist und daß es da viele gibt, die unserer Auffassung sind, daß man im Interesse der steirischen Bevölkerung lieber etwas anderes tun sollte.

Ich darf jetzt zuerst vielleicht zum Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber etwas sagen, der in einem Nebensatz erwähnt hat: „Was sind lächerliche tausend Arbeitsplätze?“ Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber ist jetzt nicht da, aber wenn er das wirklich so gemeint hat, dann zeigt das ja auch die ganze Problematik seiner Gruppe – tausend Arbeitsplätze sind etwas Lächerliches, darüber brauchen wir nicht zu reden. (Abg. Kammlander: „Das ist ein bißchen hoch gegriffen!“) Ich kann mich ja nicht mit Arbeitsplätzen profilieren, wenn ich dort hingehöre, sondern mit Aktionen, und das widerspricht sich halt manchmal.

Aber zurück zu ernsthaften Aussagen: Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer hier sagt: „Kompensationsgeschäfte sind falsch deklariert“, dann sage ich noch einmal: Diese Aufstellung, diese Aufgliederung kommt ja nicht von der Bundesregierung, auch von keinem Minister, die kommt ja wirklich von der Bundeswirtschaftskammer. (Abg. Dr. Dorfer: „Das bestreite ich nicht, Herr Kollege!“) Aber bitte schön, Herr Kollege, dann versuchen Sie einmal, das mit der Bundeswirtschaftskammer auszudiskutieren und vielleicht auch mit steirischen Industrieunternehmungen,

ob das jetzt wirklich falsch oder richtig ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist nicht mehr möglich!“) Hier im Hohen Haus das zu behaupten, ist vielleicht nicht ganz der richtige Platz. (Abg. Dr. Dorfer: „Erwähnen wird man es wohl dürfen!“)

Eine weitere Frage in dieser emotionsgeladenen Stimmung: Die Frau Abgeordnete Pußwald hat soeben die menschliche Seite der Lärmbelastung miteingebracht. Sicherlich sehr richtig, nur vergessen wir bei der ganzen Diskussion um den Draken-Lärm oder um den Lärm aller Abfangjäger, denn ich behaupte immer noch, daß alle gleich laut sind, vergessen wir dabei nicht, daß wir in der Steiermark genug andere Lärmprobleme haben, die anscheinend dabei untergehen, nämlich Dauerlärmbelastungen, die vielleicht, gesundheitlich gesehen, die Bevölkerung viel mehr schädigen als ein paar Flieger, die auch nicht erwünscht sind – darüber sind wir uns einig –, die mehrmals am Tag darüberfliegen. Was sagen denn die Anrainer an stark frequentierten Bundesstraßen, wo der Lastverkehr Tag und Nacht noch immer durchgeht, oder Anrainer von Diskotheken? Oder erst jüngst haben ein paar – weil heute schon persönliche Beispiele zitiert worden sind – Anrainer der Grazer Messe sich bitter beschwert, daß sie mit ihren Kleinkindern jedes Mal auswandern müssen, wenn der Vergnügungspark läuft, weil sie die ganze Woche nicht in ihrer Wohnung bleiben können mit ihren Kleinkindern. Das sind auch Fragen. Wenn ich an die Sportfliegerei denke, die am Thalerhof viel mehr Anrainer direkt beunruhigt als andere Probleme. Ich sage es nur deshalb, ich will das Draken-Problem gar nicht minimieren, aber ich sage nur deshalb, vergessen wir in unserer Verantwortung nicht darauf, daß es auch zur Lärmfrage ganz andere Probleme gibt, die die Menschen gerne, so gut es geht, gelöst haben möchten. Ich sage noch etwas sicherlich gegen den Protest der ÖVP, gerade diese Haltung, die in den letzten Monaten eingenommen worden ist, hat es anderen Bundesländern viel leichter gemacht, hier aus ihrer Mitverantwortung auszusteigen. Wenn man dann hört, die Steirer sind alle auf uns böse, ob rot, schwarz, von blau wird nicht geredet, dann werden wir doch nicht so leichtsinnig sein und in unserem Bundesland das Problem ausführen. Es genügt, wenn ein Bundesland beleidigt ist. (Abg. Kröll: „Ein schwaches Argument!“) Das heißt, wir haben selbst dazu beigetragen, daß in anderen Bundesländern diese Solidarität besteht, von der der Herr Landeshauptmann am Sonntag, gestern und heute gesprochen hat. Und daher, meine sehr geschätzten Damen und Herren, sollten wir alle Argumente gemeinsam ernst nehmen und nicht einseitig überlegen und auch nicht übersehen, daß die Medien hier – sie leben davon – auch nicht eine gemeinsame Sprache sprechen. Ich habe mir die Arbeit gemacht – es war keine Arbeit –, in den letzten Tagen eine einzige große Tageszeitung zu vergleichen, was sie bundesländerweise schreibt und was sie in der Steiermark schreibt. Ich zitiere nur zwei Beispiele vom 7. Juni. Da heißt die große Überschrift österreichweit in dieser Zeitung „Draken in der Steiermark gelandet“, in der Steiermark schreibt die gleiche Zeitung „Schrottdraken in Graz gelandet“, oder österreichweit „Lichal ließ gestern sechs Draken in die Steiermark einfliegen“, in der Steiermark schreibt diese Zeitung „Einen Tag nach massiven Widerstandsankündigungen schlug Lichal zu“. Ich will damit nur

zeigen, daß wir das, was wir auch aus den Medien in der Steiermark erfahren, viele Menschen in Österreich ganz anders berichtet bekommen und es daher in anderen Bundesländern oft etwas erstaunlich ist, wenn man versucht, über das steirische Problem zu reden, daß die uns dann sagen, wieso macht ihr soviel Lärm um dieses Überwachungsflugzeug. Wir nehmen sicherlich die Angelegenheit sehr ernst. Aber ich sage noch einmal, wir erwarten uns auch in Zukunft ein besonderes Entgegenkommen der Bundesregierung, und wir werden darum kämpfen. Nur hat es keinen Sinn, wenn wir uns gegenseitig beschuldigen und dann Proteste deponieren. Wir müssen vernünftige Vorschläge einbringen, und wir müssen auf dem Boden der Realität bleiben.

Abschließend eine einzige Überlegung, die man auch mit einbringen müßte. Ich weiß nicht, wer von den geschätzten Damen und Herren den großen Gemeindegast des Gemeindebundes und das 40jährige Jubiläum miterlebt hat. Aber der Herr Landeshauptmann hat selbst dort den Referenten Siebentopf dafür gelobt, daß er mit viel Realismus hier die Integration und auch ihre Nachteile behandelt hat. Nur, wenn man dem Referenten gefolgt ist, dann kommt noch viel anderes auf uns zu, dann ist Föderalismus in der EG so klein geschrieben, daß künftig die Proteste gar nicht mehr nach Wien zu richten wären, sondern gleich nach Brüssel, weil das die Anlaufstelle wäre. Ich sage das auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Diskussion um die Annäherung oder um den Beitritt zur EG. Wir alle vertreten eine sehr eigenständige Meinung, und wir alle sind für den Ausbau von mehr Föderalismus. Nur machen wir uns selbst nichts vor, daß das, was wir auch wollen, aus wirtschaftlichen Gründen, nämlich diesen Beitritt oder die Annäherung zur EG, ganz etwas anderes bringen wird und daß wir in einigen Jahren über ganz andere föderalistische Themen, wahrscheinlich auch hier im Hohen Landtag, reden werden müssen, als darüber, daß wir bei dieser Frage der Stationierung nicht genügend gehört worden sind.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross hat ja schon gesagt, wir werden einer Verfassungsgerichtshofbeschwerde oder -klage zustimmen. Es wird sicherlich möglich sein, hier ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage zu finden. Aber ich sage auch sehr offen aus drei sehr unterschiedlichen Motiven. Das erste und wichtigste Motiv ist, daß hier wirklich die Anrainerinteressen voll vertreten werden sollten und daß wir soviel Vertrauen zum Verfassungsgerichtshof haben, daß der dann schon richtig auch im Interesse der Anrainer entscheiden wird.

Das zweite ist, daß das eine Möglichkeit ist, auch zu dokumentieren, daß wir nicht alle Draken in der Steiermark haben wollen, daß wir von der Realität ausgehen, es sind welche da, daß wir aber den Zustand nicht so absolut zur Kenntnis nehmen werden, daß uns alle anderen auch nachgeliefert werden. Also ein symbolisches Zeichen.

Und ein drittes, das sage ich auch sehr ernst, weil wir glauben, daß es auch für die ÖVP eine Chance ist, aus einer Sackgasse herauszukommen. Aus einer Isolation, in die sie weniger oder mehr freiwillig marschiert ist und wir gemeinsam. Wir haben uns auch sehr gefreut,

daß es jetzt mit Landeshauptmann Ratzenböck und Landeshauptmann Dr. Krainer innerhalb der ÖVP diese Arbeitsgruppe oder dieses Komitee – wie immer es heißt – geben wird, wo man über das Verhältnis Bundesländer zum Bund reden wird. Und da wird sich wohl auch herausstellen, daß alle Interessen, die ein Bundesland einbringen kann, sehr sorgfältig abgewogen werden, zu den Gesamtinteressen unserer Republik, und auch hier eine Chance – wenn man das prüfen läßt – für die ÖVP, vielleicht in eine andere Richtung auch umzudenken. Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross hat in seiner Feststellung auch gesagt: „Integration statt Isolation und Sachlichkeit statt Emotion“. In dem Sinne werden wir diesem Punkt, der die Verfassungsgerichtshofbeschwerde betrifft, gerne zustimmen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Lopatka:** Frau Präsident! Hohes Haus!

Wenn ich mir jetzt die Reden der sozialistischen Fraktion angehört habe, dann ist mir schon aufgefallen. Man versucht zu beschwichtigen, zu beschwichtigen und noch einmal zu beschwichtigen. Aus Abfangjägern macht man Ablenkjäger, und man hat ja gar nicht gehört, daß die Draken gelandet sind. Emotionen sind nicht angebracht, man muß sachlich sein. Ja, was soll dann Emotionen auslösen, wenn nicht eine derartig vorgenommene Draken-Landung? Ich habe bei den Leuten, mit denen ich zusammengekommen bin, Zorn, Verbitterung, Ohnmacht und Traurigkeit miterlebt. Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist. Wer von Ihnen auf der sozialistischen Seite hat sich gefreut, als die Draken gelandet sind? Ich glaube keiner. Warum sollen wir uns dann auch nicht dagegen wehren? Warum sollen wir von heute auf morgen das zur Kenntnis nehmen und zur Tagesordnung übergehen? Das frage ich mich wirklich. Ich bin daher sehr froh, daß am Freitag und auch am Samstag viele Jugendliche dem Aufruf gefolgt sind, um ihrem Unmut in friedlicher Form und ohne Gewalt auch den Ausdruck zu verleihen, den dieser Unmut verdient.

Herr Abgeordneter Mag. Rader, Sie haben wirklich überhaupt kein Gespür dafür, was die Leute bewegt. Vielleicht führt das auch dazu, daß Sie eben auch nur in dieser Stärke hier vertreten sind und einen sehr schmalen Bereich der steirischen Bevölkerung tatsächlich vertreten. Denn die Ansagen, die Sie heute hier geliefert haben, führen natürlich dazu, daß der Unmut noch größer wird, daß man dann tatsächlich Polizeieinsatz braucht und daß man dann zu einem Staat kommt, den keiner von uns wünscht. Denn Hainburg war in der demokratischen Entwicklung in der Zweiten Republik für mich schon ein Schlüsselerlebnis, und da hat es geheißt, daß es zu einer Nachdenkpause kommt. Ich habe mir erhofft, daß die verantwortlichen Herren daraus ihre Schlüsse gezogen haben. Leider war das nicht der Fall. Man hat wieder versucht, über die Köpfe der Betroffenen hinweg eine Entscheidung durchzupressen. Für mich ist der Draken eine Erblast in dreifacher Hinsicht: Einerseits werden es die Jungen sein, die diese Kosten einmal zurückzahlen müssen, denn 7300 Millionen Schilling sind kein Papienstiel, das

ist sehr viel. Zweitens ist es eine Erblast, was die Umwelt betrifft. Da haben wir schon bei der letzten Landtagsdebatte darüber diskutiert. Professor Dr. Möse hat im Vorwort zum vorjährigen Umweltbericht den Draken als das Hauptproblem herausgestellt. Und das dritte, was für mich das Schwerwiegendste ist, ist eine Erblast, was das Vertrauen der Jugend in die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie betrifft. Denn dieses Vertrauen ist durch diese Vorgangsweise keinesfalls gestärkt worden, eher ist das Mißtrauen gestiegen. (Abg. Gennaro: „Die vierte Erblast hast du vergessen. Die Forderung nach einem neuen Flughafen. Daß wir einen Flughafen bekommen haben, hat schon der Vater des Herrn Landeshauptmannes gefordert!“) Ich habe mir etwas Originelleres erwartet, Kollege Gennaro, dann wäre ich auch darauf eingegangen, aber das ist wirklich nicht wert, daß ich darauf eingehe.

Das vierte – ich bin jetzt auch beim vierten – ist die allgemeine Einstellung der Jugend zur Umfassenden Landesverteidigung.

Wie soll man denn einen jungen Menschen motivieren und ihn dazu bringen, daß er gerne seiner Wehrpflicht nachkommt, wenn die Spitzenrepräsentanten einfach keine Vorbildwirkung für die jungen Wehrmänner haben und wenn deren Glaubwürdigkeit für mich manchmal äußerst fragwürdig ist?

Und wenn vorher der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber hier seine Luftballons steigen hat lassen, dann erinnert mich dieser Luftballon da oben eigentlich an seine Situation: Ein einsamer grüner Luftballon, mit Luft gefüllt, und wenn die erste Nadel kommt, dann wird er explodieren, und es wird nichts mehr überbleiben. Ich glaube, so hat er es nicht gemeint, aber es ist das herausgekommen.

Lassen Sie mich schon zum Schluß kommen: Innerhalb der steirischen Jugendorganisationen hat es nie Reibereien oder Probleme gegeben, wenn man sich getroffen hat, um gegen den Draken anzukämpfen, ob das die „Katholische Jugend“ ist, der „Bund steirischer Landjugend“, die Hochschülerschaft, ja bis hin zur SJ oder zur JG. Ich erinnere mich noch gut daran zurück, als im Herbst 1984 Dr. Arthur Ficzkó, der heute hier herinnen sitzt, damals in der Arbeiterkammer gesessen ist, um gegen den Draken aufzustehen, und ich damals vor der Arbeiterkammer gestanden bin, um schon damals, im Herbst 1984, vor dem SPÖ-Parteitag gegen den Draken zu demonstrieren. Ich erinnere mich noch sehr genau zurück, als der damalige Präsident Ileschitz zu mir gemeint hat: „Na, schon wieder ein Juso da, endlich hat er ein Publikum.“ Damals haben wir begonnen, gegen die Draken zu demonstrieren. Und ich sage es auch dazu: Mich hat noch keiner davon überzeugen können, daß wir Abfangjäger brauchen. Damals haben wir begonnen, dagegen aufzustehen, und wir werden auch nicht aufhören. Wahrscheinlich hätte auch die Freiheitliche Jugendorganisation mitgemacht, hätte nicht der Oberdemokrat Mag. Rader ihnen vorher die Kasse ausgeräumt und das Geld weggenommen. Die haben nirgends hinfahren können, die haben ja überhaupt nichts mehr gehabt.

Daher meine Bitte an alle, die in diesem Haus sind: Oft heißt es, die Jungen sollen von den Alten lernen. Vielleicht können hier die Älteren von den Jungen

lernen und können wir hier wieder zu einer einheitlichen, klaren, steirischen Linie zurückfinden. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zellnig das Wort.

**Abg. Zellnig:** Frau Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Im Gegensatz zu meinem Vorredner bekenne ich mich eingangs 100prozentig zur Umfassenden Landesverteidigung. Und weil ich mich zur Landesverteidigung bekenne, ist für mich und war für mich der 26. Oktober 1955 ein historischer Tag. Damals wurde nämlich das Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität für Österreich beschlossen. Dieses Bundesverfassungsgesetz legt uns aber auch die Verpflichtung auf, unsere Neutralität zu verteidigen. Nach dem Völkerrecht haben Anrainer das Recht, für den anderen die Verteidigung dieses Raumes zu übernehmen, zum Beispiel zu wahren, wenn der Betroffene es nicht wahrnimmt. Das gilt auch für die Luftraumüberwachung. Von diesem internationalen Recht ableitend sehe ich die Luftraumverteidigung nicht nur als eine militärische Notwendigkeit, sondern als ein unabdingbares Instrument der Außenpolitik in Bewahrung der staatlichen Unabhängigkeit durch die Aufrechterhaltung der dauernden Neutralität. Die ständige negative Diskussion über die Luftraumüberwachung, ausgelöst durch die steirische ÖVP, untergräbt nach meiner Meinung die Wehrbereitschaft und den Wehrwillen unserer Bevölkerung. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Bist du auch schon zum Träumer geworden? Wer hat dir das aufgeschrieben?“)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehöre einer Generation an, die ungewollt und unfreiwillig fast drei Jahre miterleben, ja sogar mitverspüren mußte, was in einem Verteidigungsfall passiert, wenn der Wehrwille beziehungsweise die Wehrbereitschaft nicht gegeben ist. Wir mußten dies, sehr geehrte Damen und Herren, mit großen Ausfällen, also klar formuliert: mit Toten und Verwundeten bezahlen. Das gleiche gilt, wenn die notwendige Luftwaffenunterstützung fehlt. Aus diesem Grund bin ich für die Luftraumüberwachung und für die Verteidigung des Luftraumes. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Weißt du, wann das war? Wenn sie alte Waffen gehabt haben, waren sie den Feinden ausgeliefert, und die Draken sind alte Waffen!“) Ich bekenne mich dazu, und weil ich mich dazu bekenne, trete ich auch für die Anschaffung der notwendigen Einrichtungen und Geräte ein.

Sehr geehrte Damen und Herren, ohne diese Ausrüstungsgegenstände wären unsere Soldaten, ja die jungen Steirerinnen und Steirer, im Verteidigungsfall Zinnsoldaten. Das könnte nach meiner Meinung niemand verantworten. Aus diesem Grund verstehe ich die negative Diskussion über die Luftraumüberwachung durch die steirische ÖVP nicht mehr. Sie schadet unserer Neutralität. Die Meinungsbildung und Beschlußfassung in einer Demokratie erfolgt mehrheitlich auf der Grundlage der Diskussion, des Kompromisses und der Toleranz. Die Anschaffung der Abfänger – und das wurde heute schon einige Male gesagt – wurde im Verteidigungsrat einhellig beschlossen, also auch mit den Stimmen der steirischen

ÖVP. Daher ist das Abrücken der steirischen ÖVP vom gemeinsamen Beschluß für die Luftraumüberwachung der Demokratie nicht dienlich, sondern abwegig.

Im Jahrbuch 1987 für Politik von Kohl, ÖVP, ist auf Seite 596 nachlesbar, daß diese Auseinandersetzung über die Luftüberwachungsflugzeuge in der steirischen ÖVP zur Lösung der ÖVP-internen Probleme geführt wird. Eine Bestätigung haben wir am letzten Sonntag durch die junge ÖVP erfahren.

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich gibt es Meinungsverschiedenheiten in einer Gesinnungsgemeinschaft, natürlich gibt es diese auch in einer Familie. Sie können aber nicht so geführt werden, daß dadurch die Familie beziehungsweise die Demokratie geschädigt wird. In der Pressestunde vom sehr geehrten Herrn Landeshauptmann, die ich zur Gänze verfolgt habe (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist sehr gut!“), gibt es in der steirischen ÖVP nur mehr ein Thema, und das sind die Draken. Von den landwirtschaftlichen Problemen in unserem Land hat sich die steirische ÖVP abgemeldet. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Glaubst du das? Sei ehrlich, du glaubst es selber nicht!“) Die Landwirtschaft hat zurzeit die größten Schwierigkeiten mit den Vieh-, Schweine- und Holzproduzentenpreisen nach eineinhalb Jahren eines ÖVP-Landwirtschaftsministers. Die Marktordnungsverhandlungen, die beschlossen wurden, beinhalten für die Bauernschaft gewaltige Tücken. Diese werden sich auf die Existenz der steirischen Bauern negativ auswirken. (Abg. Ing. Stoisser: „17 Jahre haben wir einen SPÖ-Landwirtschaftsminister gehabt!“) Es wird immer von der steirischen Selbständigkeit gesprochen, ja von der steirischen Breite. Frage: Wo ist die steirische Breite zum Beispiel beim Bergbauernzuschuß, 24 Millionen Schilling Landes- und 90 Millionen Schilling Bundesförderung, in der Grenzlandförderung? Der Viehabsatz wäre ohne Bundesmittel überhaupt nicht möglich (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Jammerst du um den Haiden? Sind wir froh, daß wir ihn weg haben!“), gar nicht zu sprechen, Herr Kollege, von der sozialen Sicherheit. Sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP! Fragen Sie die steirische Bauernschaft, was diese mehr belastet – die derzeitige Agrarpolitik durch einen ÖVP-Landwirtschaftsminister oder die Draken-Stationierung. Ich hoffe und wünsche, daß diese Sitzung heute ein Beitrag für die Zukunft ist, daß auch in diesem Haus zukünftig wieder mehr Sachpolitik betrieben wird. Danke bestens! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Hirschmann:** Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Zellnig!

Ich schätze dich außerordentlich. Ich will dir jetzt auch nicht schaden mit diesem Kompliment. Aber du weißt, es gibt ein Sprichwort „Wissen ist Macht, aber nicht alles wissen, macht auch nichts“, denn du bist mir bei deiner Rede jetzt wie im Irrgarten der Finzi Contini vorgekommen. Aber das macht nichts. Man tut sich dann leichter, wenn man solche Positionen bezieht. Es sind jedenfalls nicht die Unsrigen, die du uns da unterstellt hast. Wir können es aber mit Gelassenheit ertragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde heute schon einige Male darauf hingewiesen, daß wir in dieser Draken-Geschichte, in dieser unseligen, dreieinhalb Jahre oft gemeinsam, oft nicht ganz so gemeinsam, das ist aber Ihre Sache, hier einen Kampf für unsere Heimat, aber auch für Österreich führen, und zwar gegen eine – und darauf muß man immer hinweisen – empörende Fehlentscheidung seinerzeit von Sinowatz und Steger, die sich, zugegeben, mehr als Ehrenobmänner der Bürger von Schilda verstanden haben denn als Regierungschefs Österreichs im 20. Jahrhundert. Was mich am meisten irritiert und stört, ist die Position des neuen Bundeskanzlers. Ich sage das ohne Vorbehalte. Wir hätten uns vom neuen Bundeskanzler in dieser Frage wirklich mehr erwartet. Vom Verteidigungsminister rede ich nicht in diesem Zusammenhang. (Abg. Gennaro: „Das glaube ich!“) Lieber Freund Gennaro, du bist schon in meiner Gasse. Das unterscheidet uns von jeher. Wir haben Landesinteressen immer vor Parteiinteressen zu stellen gewußt. (Abg. Trampusch: „Solange die Bevölkerung mehr vom Bundeskanzler hält als der Kollege Dr. Hirschmann, sind wir beruhigt!“) Ja, das werden wir ja sehen. Ich möchte ja nicht bestreiten, lieber Kollege Trampusch, aufpassen, differenzieren. Es gibt durchaus Aspekte, wo er sich bemüht, in diesem Land und vor allem in Ihrer Partei einiges an Neuem einzubringen. Aber was uns so irritiert ist, daß er offenbar – da bin ich schon bei deiner vorhergehenden Wortmeldung – nicht konnte, selbst wenn er gewollt hätte. Ich könnte mir schon vorstellen, daß er als ehemaliger Finanzminister, als er noch Einblick in die Staatskasse hatte, durchaus skeptisch war. Seit er Vorsitzender der Partei ist und auch über die Parteikasse Bescheid weiß, ist das alles ein bißchen schwieriger geworden. (Abg. Trampusch: „Das ist das, was der Herr Landeshauptmann in der Pressestunde gesagt hat, daß er nie mitmachen würde. Sein LandesparteiSekretär widerspricht dem Landeshauptmann!“) Du wirst ja zugeben, daß es eine kleine Arbeitsteilung geben kann zwischen einem Landeshauptmann und einem ParteiSekretär.

Aber lieber Herr Kollege Trampusch! Ich möchte schon folgendes sagen, und da bin ich wieder bei deinem Herrn Bundeskanzler: Wer den Bürger mißachtet, im Parlament auch die Parlamentarier, auch den Landesverteidigungsrat, der operiert mit der „normativen Kraft des Faktischen“. Es wurde heute vom Kollegen Dr. Dorfer schon mehrfach angesprochen, es gibt ein Wort von Karl Kraus, das lautet: „Ungerechtigkeit muß sein, sonst kommt man zu keinem Ende“. Meine Damen und Herren, diesen Eindruck habe ich nicht nur unter Sinowatz und Steger gehabt, sondern umsomehr unter dem Bundeskanzler Dr. Vranitzky (Abg. Trampusch: „Du verwechselst Lichal mit Vranitzky!“), denn er ist der eigentliche Lehrmeister dieses Spruches des Herrn Landesverteidigungsministers, denn einen Landesverteidigungsrat einzuberufen und die Verhandlungen mit dem Endergebnis zu beginnen, das ist ein Meisterstück „demokratischer Öffnung“ und einer „Demokratisierung aller Lebensbereiche“, frei so nach dem Motto „Das Draken-Begräbnis findet in der Steiermark statt, und die Steirer dürfen sich den Blumenschmuck aussuchen“. Meine lieben Freunde, da sind wir nicht dabei! Das sind wir diesem Land schuldig. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Der Herr Landeshauptmann hat die Sondersitzung

auch schon kundgetan bevor sie beantragt war. Da ist er mit dem Dr. Vranitzky einer Meinung!“) Du täuschst dich, lieber Franz! Aber lieber Franz, wenn wir schon beim lustigen Teil sind, ich höre, der Herr Bundeskanzler soll sich in den letzten Tagen außerordentlich geärgert haben und gar nicht mehr lachen können über das, was die Draken-Lobby hier an kabarettistischen Einlagen geboten hat. Es soll von ihm sogar den Spruch geben, er wisse, „daß auch lädierte Wallfahrer von Graz nach Zeltweg nicht länger als zwei Tage brauchen, aber die Draken haben drei Tage gebraucht“. Wenn er nicht von ihm ist, ist er auch sehr schön. Und das, was uns jetzt ins Haus steht, schauen Sie, die Piloten (Abg. Trampusch: „Das sind die Sachargumente, auf die wir warten!“) – ich komme schon zu den Sachargumenten – sind einige Wochen auf Urlaub. Der Flugbetrieb beginnt dann im Jahre 1989. Und, meine Damen und Herren, ab dem 90er Jahr bis zum Jahre 1995 dürfen wir diskutieren, wie das weitergeht, wie die nächste Generation der Flugzeuge aussieht. Und bitte, dafür 7,5 Milliarden Schilling auszugeben, das ist die teuerste Kabarettgruppe der Welt, da ist der André Heller mit seinem Luna-Luna-Park bitte ein Lercherl dagegen im Vergleich zu dem, was sich hier manche Herren unter dem Etikett, was sie alle für staatstragende Kräfte sind, erlauben. Meine Damen und Herren, ich weiß schon, daß das bei Ihnen durchaus auch auf tiefe Besinnung stößt, wenn wir diese Argumente ansprechen.

Ein Zweites: Ich bin nicht unbeeindruckt von dem, wenn vor allem die Gewerkschaftsfraktion unter Ihnen mit dem Thema „Realpolitik“ kommt. Jetzt müssen wir aber ein bißchen aufpassen, meine Damen und Herren! Wir haben gemeinsam Jahre hindurch in dieser Frage viele Zweifel auch nach Wien getragen, zu Recht nach Wien getragen. Sie wurden nicht beantwortet. Und für uns hat sich immer mehr herausgestellt, daß es sich bei dem gesamten Projekt um einen glatten Wahnsinn handelt, und deswegen kann ich ja nur sagen, bitte gegen jeden Draken in der Steiermark und in Österreich, denn mit dem Draken ist es so wie mit dem Totsein. Ein bißchen tot gibt es nicht, und ein bißchen Draken kann es nicht geben. Und deswegen muß ich schon sagen, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie genießen meinen höchsten Respekt, und ich würde es nie wagen, nicht einmal als LandesparteiSekretär, Ihnen etwas zu unterstellen. Aber wenn ich mir ein Flugblatt vom Bürgermeister Zeller aus Spielberg anschau, dort kommt unter einem Aufruf „Druck auf Hans Gross“ die Formulierung vor, daß Sie der Bevölkerung in den Rücken gefallen sind und daß sie, die Spielberger SPÖ, eine abermalige Meinungsänderung in dieser Frage sich nicht gefallen lassen wird. Ich möchte Ihnen nicht nahetreten. Ich weiß, was das heißt, von einem Sportler von der Statur des Dr. Vranitzky in den Schwitzkasten genommen zu werden. Das ist nicht sehr angenehm, und deswegen hat sich der Dr. Vranitzky auch eine Auszeit in dem ganzen Draken-Sammelsurium erbeten. Nur, ich mach's kurz und schließe diesen Punkt ab. Das Theater der letzten Tage hat so nachdrücklich bestätigt, wovon wir immer gemeinsam auch gewarnt haben. Und wenn du schön sagst, lieber Franz Trampusch, wir haben die anderen Bundesländer in eine Situation gebracht, wo sie sich abseilen mußten – bitte, wir sind hier in einer breiten Gesinnungsgemeinschaft, und ich frage Sie ganz

offen: Ja, was hätten wir denn tun sollen? Hätten wir von Anfang an sagen sollen: „Ja, ja, wir nehmen das alles.“ Bitte schön, wie wären Sie denn dann einmal in eine Region, die so unmittelbar von diesem unglückseligen Manöver betroffen ist, hingegangen? Und was Sie von Ihrer Haltung nach dem Motto „Alles ist richtig, immer auch das Gegenteil“ zu erwarten haben, das müssen Sie sich mit Ihren Wählern ausmachen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich weiß – und in diesen Tagen der Fußballeuropameisterschaft komme ich natürlich immer wieder ein bißchen zum Fernsehen –, Sie sind ein begnadeter Fußballer, wenn ich mich recht erinnere. Wissen Sie, was sich Ihr Publikum einmal erwarten würde – und wir helfen Ihnen: Einen Preßball gegen Wien anbringen! Das tut vielleicht ein bißchen weh, aber einmal muß man sich hinstellen und auch aufs Ganze gehen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Geht ja nicht. Sie schreien dauernd abseits, wenn es gegen Wien geht!“) Nein, du, da ist bei dir keine Gefahr. Lieber Franz, du bist Taucher und bist weit unten, ganz weit unten, wo du sehr wenig Bezug zu diesen Dingen hast.

Aber ich hätte noch gerne ein kleines Zitat angebracht. Es gibt das berühmte Zitat – und ich habe es hier durch ein Wort von Marie von Ebner-Eschenbach ergänzt –: „Der Gescheitere gibt nach“. Also, wir wären eigentlich am Zug in deinem Sinne. Aber weißt du, wie dieses Zitat weitergeht? (Abg. Trampusch: „Ich danke für das Kompliment für die steirische SPÖ!“) Franz, weißt du, wie das Zitat weitergeht? „Eine traurige Wahrheit, sie begründet die Weltherrschaft der Dummheit.“ Meine lieben Freunde, und das ist es ja, bitte schön, daß wir nicht nur gesagt haben: „Da geht es um einen Flieger, hin oder her.“ Franzl, weißt du, ich persönlich betrachte dieses Projekt für so unsinnig, und uns geht es in diesem Zusammenhang auch nicht um diese oder jene Type, sondern ich glaube, wir sind es einfach diesem Staate Österreich schuldig, wir sind es den Steuerzahlern schuldig, wir sind es den unmittelbar Betroffenen schuldig, daß wir in der Sache von unserem einmal als richtig erkannten Weg nicht abgehen. (Abg. Trampusch: „Wir sind dir eine Josef-Kainz-Medaille schuldig!“) Na ja, du, bitte, mußt nicht mit allem Klumpert daherkommen. Aber bitte schön, ich möchte noch folgendes zum lieben ehemaligen Jugendsprecher Erhart sagen, der heute von Dr. Ficzkó abgelöst wird: Ja, deine Schilderung am Anfang war so herzergreifend. Aber am Schluß hast du dann gesagt: „Jetzt müssen wir messen anfangen.“ Ja, bitte schön, sind wir eine Bananenrepublik? In der Schweiz wird jahrelang vorher gemessen, vorher getestet. Bei uns wird gekauft, das Geld hinausgeworfen, und dann kommt ihr und sagt: „Tun wir messen.“ Und da die steirischen Meßgeräte offenbar Skepsis eurerseits verdienen, fordert der Herr Landeshauptmannstellvertreter noch dazu den Wiener Meßstab. Bitte schön, soll uns recht sein, aber wird uns in dem Zusammenhang nicht weiterbringen. (Abg. Trampusch: „Wer zahlt, soll messen!“) Ja, zahlen tut der Steuerzahler und nicht du. Wenn ihr das aus eurer Parteikasse zahlen würdet, das wäre eine Hetz, meine lieben Freunde.

Aber kurz ein Wort zum Kollegen Mag. Rader. Ich danke Ihnen, daß Sie wieder da sind. Ich habe mir heute folgendes gedacht, Herr Kollege. Ich habe Sie

anders erwartet, das muß ich zugeben, und wollte am Anfang sagen: Mit einem Menschen, der nur Trümpfe hat, kann man nicht Karten spielen. Das war heute aber nichts, das war heute wie das Eröffnungsspiel der Fußballeuropameisterschaft: Schwach begonnen, stark nachgelassen. Ich verstehe Sie ganz genau. Sie haben es natürlich satt, hier Ihren ehemaligen Verteidigungsminister dauernd – aus mir unerklärlichen Gründen, aber das dürfte mit Nibelungentreue etwas zu tun haben – aus dem Teich herauszufischen.

Aber eines möchte ich Ihnen schon noch sagen: Ich fordere Sie nicht zum Rücktritt auf, nein, Gott erhalte uns den Mag. Rader, bitte schön, noch dazu einen emeritierten Parteiobmann, aber eines muß ich Ihnen schon sagen: Apropos Landtagswahlen und hinaus-schmeißen: Unser Aufsichtsrat ist der Wähler (Abg. Schützenhöfer: „Seiner ist der Haider!“), und da habe ich keine Sorge, was das anbelangt. Wie gesagt, Sie sind sogar teilweise aus der Partei entfernt worden.

Noch etwas, weil Sie den Herrn Univ.-Prof. Dr. Schilcher angesprochen haben: Ich hoffe, ich begehe keine Indiskretion. Der Herr Bundeskanzler hat, als er den Dr. Cortolezis empfangen hat, auf seine unnachahmlich charmante Art gesagt: „Herr Doktor, ich muß Ihnen folgendes sagen: Flugzeuge haben es an sich, daß sie abstürzen.“ Ja, das ist ein lockerer Spruch, bitte. Ich brauche das in dem Zusammenhang nicht zu kommentieren, aber, bitte schön, Ihre Sensibilität möchte ich in diesem Zusammenhang auch nicht haben.

Ein Zweites – und das gilt auch für den Kollegen Trampusch –: Wir reden nur vom Herrn Mag. Rader. Wißt ihr, das ist so: Dr. Vranitzky hat gesagt, 60 Prozent seiner Zeit muß er für die Verteidigung des Bundespräsidenten aufwenden. Wißt ihr, es spricht für uns, daß wir uns einer Geschichte mit so viel Energie, mit so viel Engagement widmen können und trotzdem die anderen Dinge nicht vernachlässigen. Und wenn wir heute hier eine Sondersitzung haben, dann ist das im Wort, Herr Kollege, schon drinnen. Das ist eine Sonderschicht, verstehen Sie, zusätzlich zu unseren Hausaufgaben, die wir sonst erledigen. Und bitte schön, wenn ich mich da auf der Regierungsbank umschaue, also da habe ich keine Sorge, daß sich die Herrschaften nicht um die zentralen Lebensfragen wirklich kümmern. Und ich darf jetzt den Bundeskanzler noch einmal zitieren: Der hat in letzter Not, bitte – (Abg. Trampusch: „Wieso weißt du das? Du schaut ja dauernd Fußball!“) Du, ich lebe Tag und Nacht, und die Fußballspiele kann man sich für die Nacht aufzeichnen –, wie euch auch bekannt ist – möglicherweise warst du aber auf Tauchstation, lieber Franz –, gesagt: „Das Land Steiermark genießt eine Sonderbehandlung wie kein anderes österreichisches Bundesland.“

Erstens zum Faktum selber: Es freut mich, daß der Bundeskanzler das sagt, und das haben wir ja bitte nicht nachgeschmissen bekommen: den Sondervertrag für die Obersteiermark, die Pyhrnautobahn und so weiter, und so weiter. Und schauen Sie, wir machen ja nicht alles mit demselben Glockengeläute. Ich weiß schon, das ist bei euch notwendig, sonst kommt ihr nicht vor. Aber wir haben hier einen Fall, wo es ein bißchen lauter zugeht. Schauen Sie, die Medien machen halt gern Sportberichterstattung und sehen das eher sportlich in diesem Zusammenhang. Dort, wo

es sehr ernst ist oder noch ernster ist – zugegeben –, dort arbeiten wir still und leise und sehr erfolgreich, durchaus auch zusammen mit Ihnen. (Abg. Kammlander: „Also so still seid ihr auch nicht!“) Ich glaube, daß der Herr Landesrat Dr. Klausner durchaus auch das eine oder andere Mal mit dabei war.

Ja, Herr Kollege Mag. Rader, das war schon zu viel zu Ihnen, aber noch einmal: Sie sind wie der Draken, immer absturzgefährdet, und mit Ihnen wird es der steirischen FPÖ wie eben dem Draken gehen: Er kann bei Wahlen nicht landen, weder bei Schönwetter noch bei Schlechtwetter, weder bei Gegenwind, nicht einmal bei Rückenwind.

Meine Damen und Herren! Nur ein Wort noch, Herr Kollege Trampusch, zu den Kompensationsgeschäften, und da muß ich ganz offen sagen: Schauen Sie, die Wirklichkeit in Österreich ist ja nicht nur an dem zu messen, was man alles beweisen und nachweisen kann – übrigens in anderen Ländern der Welt auch nicht –, aber es gibt so Zwischenbemerkungen. Ich war schon sehr hellhörig, wie vor einem Monat ungefähr ein Angestellter der Bundeswirtschaftskammer gesagt hat: „Na ja, in der Draken-Geschichte, bei den ganzen Kompensationsgeschäften kommt es schon zu Gefälligkeitsmeldungen.“ Und, meine Herren von der Gewerkschaft, Sie werden das am ehesten verstehen: Nicht die Frage Druck und Gegendruck, sondern – (Abg. Rainer: „Das ist eine widerliche Art, die du einem anhängst!“) Sie werden verstehen, daß ein Betrieb, der mit Schweden kooperiert, zusammenarbeitet, in so einer Situation durchaus gerne bereit ist zu sagen: „Na ja, das sind eigentlich Kompensationsgeschäfte.“ Berührt ihn ja auch in keinsten Art und Weise. (Abg. Trampusch: „Das sind Fakten, auf die wir warten!“)

Herr Kollege Trampusch, zu den Landtagswahlen ein Wort: Du verstehst mich, wir beide sind Parteisekretäre, du und ich auch. Die Lust wäre unendlich groß, und geschreckt hat sich schon einer. Der Karl Rainer ist ja so etwas wie ein Realpolitiker und hat bitte am Parteitag der Grazer SPÖ gesagt: „Da ist nichts zu holen.“ Ich danke dir, lieber Karl. (Abg. Rainer: „Ich habe mir nicht angemaßt zu sagen, wie es für die ÖVP ausgehen wird. Ganz schrecklich, sage ich dir!“) Nein, nichts heute weginterpretieren! Stehe zu deiner Meinung! Nichts interpretieren, Karl! Du, wenn es nur unter dem sportlichen Gesichtspunkt zu sehen wäre, was ich mir manchmal wünschen würde, täte ich sagen: Probieren wir es! Aber ich gebe zu, bitte schön, es ist zu ernst. Uns geht es um einen Erfolg in der Sache.

Eine Bemerkung zu den Medien: Mein Gott, die Medien können wir uns nicht aussuchen. Sind wir froh, daß wir sie haben, so wie wir sie haben. Es könnte ein bißchen besser sein, das ist gar keine Frage, aber ich freue mich, daß die Regionalausgaben überregionaler Zeitungen etwas näher der Wirklichkeit sind als die Herrschaften in Wien. Nichts gegen die Herrschaften in Wien, die heute da sind, wir freuen uns, daß sie über den Semmering kommen, das Interesse ist dort groß, und vielleicht führt es auch zu einer Korrektur vorgegebener Meinungen, aber wie gesagt, mit dem Problem müssen wir ohnedies gemeinsam leben.

Ein allerletzter Satz, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang: Für uns ist der Kampf nicht aus. Es geht hier um viele Fragen, die dieses Land

betreffen, die die Republik Österreich betreffen. Und weil du, lieber Kollege Trampusch, auch gesagt hast, die EG, wir werden in Hinkunft nach Brüssel schauen und marschieren müssen. Das ist richtig. Es wird sich eine neue Zentralgewalt über uns wölben, und umso mehr sage ich, müssen wir den Gedanken des Föderalismus beleben, sonst geht uns ja allen jede Luft aus. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Ich habe gesagt, in geeigneter Weise!“) Und in der Draken-Frage, lieber Franz, bitte ich dich, den Monteursanzug anzuziehen, aus folgendem Grund: Sinowatz, Frischenschlager, Dr. Vranitzky und Lichal haben den Karren in den Dreck gezogen, wir verstehen uns als Reparaturabteilung. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ficzkó das Wort.

**Abg. Dr. Ficzkó:** Sehr geehrte Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Dieses ungeheure Ausmaß an seriös – integrativer Kraft, wie mein Vorredner gerade, werde ich natürlich nicht aufbringen.

Ich möchte zunächst einmal feststellen, daß ich nicht unglücklich über diesen Antrag bin, der heute beschlossen werden soll, weil ich glaube, daß dies eine weitere Möglichkeit darstellt, um zumindest die direkt vor Ort Betroffenen zu unterstützen. Ich war immer gegen den Ankauf von Abfangjägern (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Es gibt schon bessere!“), aller Abfangjäger, und ich werde mich, so wie ich es auch jetzt tue, weiterhin gegen alle, auch gegen die – wenn sie besser sein sollten –, aussprechen. (Abg. Kammlander: „Ja bravo!“) Ich werde jetzt aber nicht alle Neutralitätspolitischen, umweltpolitischen oder auch militärischen Bedenken, die es generell auch gegen Abfangjäger als eine Form der Luftraumverteidigung gibt, wiederholen. Sie sind heute auch bereits und in den letzten Jahren eigentlich zur Genüge durchgekaut worden. Es zeigt sich aber auch, daß viele dieser Argumente tatsächlich bei den Menschen angekommen sind. Ich möchte es deshalb hier bei einer kürzesten Zusammenfassung all dieser Argumente bewenden lassen, die ich schon einmal verwendet habe, die aber – glaube ich – auch heute noch ihre Richtigkeit hat, die ist „Abfangjäger sind sauteuer, dafür aber sinnlos“. Ich möchte heute deshalb von einem Aspekt ausgehen, um meine Position noch einmal zu erklären, der gerade in dieser Auseinandersetzung um den Ankauf von Kriegsmaterial zu wenig in die Diskussion eingebracht wird, der nicht nur die unmittelbar vor Ort Betroffenen berührt. Ich möchte auf die Tatsache hinweisen, daß nicht nur der Einsatz von Waffen im Krieg unvorstellbares Leid anrichtet, sondern daß weltweit natürlich bereits der Handel mit Waffen, einfach die Kosten für die Rüstungsproduktion im Frieden einen Krieg gegen die Ärmsten der Armen darstellen. Und um diesen Wahnsinn darzustellen, der sich durch das nun inzwischen etwas langsamere Drehen an der Rüstungsspirale ergibt, werde ich nicht eine Fülle von Zahlen, die es eigentlich immer wieder verdienen, verdeutlicht zu werden, aufzählen, sondern möchte nur einige wenige Zeilen Erich Frieds zitieren, weil ich meine, daß man diese Gedanken eigentlich nicht oft genug in Erinnerung rufen kann. Er sagt: „Eine Stunde, das heißt, in

dieser Zeit sind 1400 kleine Kinder verhungert, denn alle zweieinhalb Sekunden verhungert ein Kind unter fünf Jahren in unserer Welt. Eine Stunde lang wurde auch das Wettrüsten fortgesetzt, und 62,800.000 Dollar wurden in dieser Stunde für den Schutz der verschiedenen Mächte voneinander ausgegeben, denn die Rüstungsausgaben dieser Welt betragen derzeit zirka 550 Milliarden Dollar im Jahr. Auch unser Land – meint er – trägt dazu ein Schärflin bei.“ Natürlich hat in unserem Land, in dem vieles kleiner zu sein scheint, außer dem Imponiergehabe einzelner Militärs, das durchaus dem vieler Großmachtgeneräle gleichkommt, dieses Problem nicht diese Dramatik. Aber ich glaube, ich brauche nicht extra darauf hinzuweisen, daß es auch in unserem Land, gerade hier in der Steiermark, auch allzuvielen Menschen gibt – ich sage bewußt keine genauen Zahlen, weil ich eine vordergründige Diskussion darüber, ob die Armutsgrenze bei 4500 Schilling oder doch nur bei 4000 Schilling liegt, vermeiden möchte –, die in sozialen Verhältnissen leben, die sich nicht einmal ansatzweise mit unseren immer wieder geäußerten humanitären Ansprüchen decken. Vielleicht mag für Österreich der Zusammenhang zwischen Ausgaben für militärische Zwecke und sozialer Armut nicht so direkt sein. Vielleicht sind aber gerade auch in Österreich für Politiker die Durchsetzungsmöglichkeiten sogar für gutgewillte Politiker eben nicht so groß, wie wir uns das selbst oft wünschen. Aber wenn man sich schon nicht durchsetzt, dann muß man umso deutlicher zeigen, für wen oder was man sich einsetzt, entweder für die sozial Schwachen oder für die militärisch eh schon sehr Starken. Und gerade auch auf Grund der Knappheit der finanziellen Mittel in Österreich, die für politische Aufgaben zur Verfügung stehen, nicht zuletzt durch das Weniger-Staat-mehr-Privat-Geschrei konservativer ÖVP-Politiker gibt es eben kein Durchlaborieren mehr, sondern hier sind – denke ich – eindeutige Entscheidungen notwendig. Mich persönlich macht es sehr betroffen, daß in dieser Situation praktisch keine Regierung dieser Welt sich wenigstens zu einem Einfrieren der Rüstungsausgaben durchringen kann, sondern sich sogar noch für die von den Generälen geforderte Erhöhung gewinnen lassen. Kein Land übrigens gibt irgendwie zu oder hat schon jemals behauptet, daß es ein anderes angreifen will – von den Großmächten vor allem. Jedes Land unterstellt dem anderen dieses Vorhaben. Ich bin natürlich in fast demselben Ausmaß oder wahrscheinlich mindestens in demselben Ausmaß betroffen, wenn ich feststellen muß, daß durch eine österreichische Bundesregierung eine Entscheidung zugunsten eines Ankaufs von unnötigem Kriegsmaterial gefaßt wurde. So froh ich bei vielen politischen Ereignissen bin, daß diese Regierung von Sozialdemokraten angeführt wird, muß ich einfach gestehen, daß ich über diese Entscheidung alles andere als glücklich bin. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Und du warst dagegen!“) Ich tue es ja!

Ich denke aber, daß es viele Kolleginnen und Kollegen in der ÖVP gibt, denen es ähnlich geht wie mir. Von einigen weiß ich es, von vielen glaube ich es, wenn sie zusehen mußten, wie ein von einem FPÖ-Minister eingefädelter Waffendeal vom ÖVP-Minister Lichal brutal durchgezogen wurde, der – so höre ich – als Abgeordneter im Parlament das Anti-Draken-Volksbegehren sogar unterstützt hat, der sich außer-

dem mit seiner Aussage von der normativen Kraft des Faktischen meiner Meinung nach von der Politik abgemeldet hat. Er ist nämlich seiner Aufgabe als einer der Demokratie verpflichteter Politiker nicht nachgekommen. Er hat in so einer kritischen Situation nicht versucht, die Bürger zur Teilnahme zu motivieren. Er hat sie mit dieser Aussage demotiviert. Er hat mit dieser Aussage politische Resignation gefördert, noch dazu im Zusammenhang mit Fakten, die er selbst mitgeholfen hat zu setzen. Er hat meiner Meinung nach damit einen unerlaubten Bodycheck an der Demokratie begangen, und im Eishockey – denke ich – hätte er dafür mindestens ein paar Spiele Sperre bekommen. (Abg. Dr. Dorfer: „Die SPÖ hat damit überhaupt nichts zu tun, meinen Sie?“) In diesem Fall würde ich einmal zunächst mich auf den Herrn Lichal beschränken, und wir können dann natürlich diesen nächsten Teil auch noch gerne führen. (Abg. Schützenhöfer: „Daß Kreisky die Waffenproduktion aufgebaut hat, damit beschäftigen wir uns heute nicht!“) So einfach kann man das nicht darstellen. Es gibt einen Punkt, in dem ich dem früheren Vorsitzenden der SPÖ wirklich sehr gut zustimmen kann, und das müßten Sie als langjähriger Politiker eigentlich auch wissen, daß wirklich viele Dinge doch etwas komplizierter sind, als Sie das oft darzustellen versuchen.

Ich denke also allein an die Tatsache, daß heimlich ins Land gebrachte Flugzeuge ein Hinweis darauf sind, daß sie von der Bevölkerung nicht akzeptiert werden.

Entweder, weil keine Verteidigungsbereitschaft da ist – da glaube ich auch, daß die Steirerinnen und Steirer eigentlich über jeden Verdacht erhaben sind –, oder weil sich die Österreicher mit diesen Waffen nicht verteidigen wollen, weil sie spüren, daß es nicht möglich ist. Ich meine also, daß es an der Zeit wäre, auch über andere Formen der Landesverteidigung intensiv nachzudenken, zum Beispiel darüber, ob nicht für Formen der sozialen Landesverteidigung etwas mehr und für militärische Landesverteidigung viel weniger ausgegeben werden sollte. Ich meine also, daß wir mehr nachdenken statt nachrüsten sollten. Wir müssen versuchen, möglichst viele Menschen in diesen Nachdenkprozeß einzubeziehen, weil ich meine, daß die Landesverteidigung unseres Landes einfach zu wichtig ist, um sie nur den Generälen zu überlassen.

Eine Chronologie der Ereignisse zur Unterstützung meiner Haltung, von der Vorentscheidung über die Entscheidung bis zur Vertragsunterzeichnung und letztendlich zur Stationierung der ersten Abfangjäger vom Typ Draken, erspare ich mir und erspare ich Ihnen allen. Einige Eindrücke, die ich aber in der letzten Zeit gewonnen habe, kann ich Ihnen nicht schenken, vor allem Ihnen von der ÖVP.

Zunächst einmal möchte ich vorausschicken, daß es wichtige Funktionäre in der SPÖ, der Partei, der ich angehöre, gibt, die eine Meinung in dieser Frage vertreten, der ich leider nicht ganz zustimmen kann. Sie sagen zum Beispiel, sie sind für Abfangjäger und deshalb für die Draken, aber nur für einige wenige in Zeltweg, in Graz und in der Steiermark. Ich denke, daß das eine sehr offene, eine sehr ehrliche Position ist. Aber Sie zum Beispiel, Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Sie sagen, daß Sie gegen alle Draken in der Steiermark sind und artikulieren Ihre positive Haltung anderen Abfangjägartypen gegenüber so undeutlich, daß

immer noch einige glauben, Sie seien auch gegen alle Abfangjäger. Ich habe den Eindruck, daß Sie diesen Eindruck zu erwecken versuchen, weil Sie wissen, daß Sie nur dadurch die breite Unterstützung des Anti-Draken-Volksbegehrens erhalten, die Sie für diese politische Suppe, die Sie hier kochen, brauchen. Das ist keine offene und so ehrliche Position.

Und Sie, Herr Dr. Hirschmann, Sie initiieren, nein, Sie lassen initiieren, Sie lassen ein eigenes Anti-Draken-Volksbegehren initiieren zu einem Zeitpunkt, wo eine aus allen politischen Gruppierungen zusammengesetzte Plattform Ihre Unterstützung sehr gut hätte gebrauchen können. Ich habe den Eindruck, damit haben Sie nicht nur die gesamte Anti-Abfangjäger-Bewegung, außer Sie wollten das sowieso, geschwächt, unterlaufen und eigentlich damit genau das Gegenteil von dem getan, was Sie immer vorgeben, tun zu wollen, sondern Sie haben damit eigentlich auch ein politisches Instrument verwendet, das eigentlich nur dem Souverän und nicht den Parteizentralen vorbehalten ist.

Sie haben auch an der großen Abfangjäger-Demonstration im Juni 1987 nicht nur nicht teilgenommen, sondern auch bis heute nicht den Eindruck verwischen können, daß die offizielle Teilnahme der jungen ÖVP und der Katholischen Jugend an Ihrem politischen Angebot, das Sie ihnen offensichtlich gemacht haben, gescheitert ist.

Eine letzte Feststellung: (Abg. Schützenhöfer: „Reden Sie nicht so gescheit daher. Ich komme auch aus der Jugendbewegung. Ich hätte mir nicht erlaubt, so einen Blödsinn zu reden. Wie ein Pastor stehen Sie da. Sie werden als gescheiter Mensch beschrieben, aber ich spüre nichts davon. Vom Abgeordneten Genaro erwarte ich nicht, daß er sich damit auseinandersetzt. Sie glauben, Sie können Zeugnisse verteilen am Beginn Ihrer Karriere!“ – Abg. Trampusch: „Der Herr Dr. Hirschmann verteilt die Noten wie ein Musiklehrer!“) Eine letzte Feststellung, die ich treffen möchte, ist (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Soll er zugeben, daß es die Roten eingefädelt haben, und die anderen haben mitgenascht!“), daß es mir leid tut, daß Sie, Herr Landeshauptmann, am Samstag die jungen Menschen am Thalerhof nicht wenigstens moralisch unterstützt haben, so wie wir es von der Grazer Konferenz der SPÖ aus getan haben, wo doch gerade Sie, Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher, immer wieder durch Ihre Äußerungen gerade diese jungen Menschen ermuntert haben, diese Form des Widerstandes zu wählen, obwohl das eigentlich im Widerspruch zu Ihren Bekenntnissen steht, die aus verschiedenen Tageszeitungen zu entnehmen sind, daß Sie zur Luftraumverteidigung mit Raketenbewaffnung stehen. Solange Sie diese Eindrücke nicht aus dem Weg räumen können – und da merke ich, daß Sie wirklich Probleme dabei haben, das (Abg. Dr. Hirschmann: „Was ist denn Ihr Eindruck von Ihrer Rede?“), fällt Ihnen offensichtlich wirklich schwer, diese Eindrücke aus dem Weg zu räumen.

Ich habe von Ihnen bisher noch kein einziges vernünftiges Gegenargument gehört, sondern nur billiges Demagogisieren. Solange Sie diesen Eindruck nicht aus dem Weg geräumt haben, solange Sie nicht klar und glaubwürdig formulieren, daß Sie, wenn Sie „Draken“ sagen, auch andere Abfangjäger meinen,

dann müssen Sie sich von der ÖVP vorwerfen lassen, daß Sie mit einem doppelten politischen Boden arbeiten. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das können Sie bei den Barmherzigen Schwestern anbringen, aber nicht hier!“) Daß Sie im Prinzip nur deshalb gegen die Draken sind (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bei dem Blödsinn, den du sagst, kommt sogar der Ballon herunter!“), weil Sie auf diesem Weg modernere, vielleicht auch teurere, wer weiß, vielleicht sogar lautere Geräte eintauschen können. Und wenn Sie hier noch einen Tag vor Ihrer Demonstration in Graz eine Aussendung machen, wo Sie darauf hinweisen, daß Sie den Draken-Skandal mit seinen vielen Täuschungsmanövern aufdecken wollen, dann müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen – und damit möchte ich enden –, daß Sie selbst zumindest ein weiteres Täuschungsmanöver hinzugefügt haben. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Das Wort hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Draken ist nicht nur ein sehr hohes Sicherheitsrisiko für die Steiermark, er ist auch ein Umweltproblem. Ich hätte mich vielleicht gar nicht zum Wort gemeldet, wenn nicht der Kollege Erhart in nahezu bewegten Worten, um nicht zu sagen begeistert, berichtet hätte, wie leise eigentlich (Unverständliche Zwischenrufe.) der Draken am zweiten Tag dann gelandet ist. Ich kann dazu nur sagen, das stimmt sogar. Und zwar deswegen, weil Sie einer der wenigen sind, die von der Optimierung in Ihrem Gebiet tatsächlich einen Vorteil haben. Es ist schon so, daß vom Umweltgutachten, das seinerzeit auf Grund der ersten Einsatzpläne erstellt worden ist, im wesentlichen alles aufrecht ist, daß es aber gelungen ist, durch den massiven Widerstand der Steiermark gewisse Verbesserungen zu erreichen. Ich habe daher, weil ja schon seinerzeit die Betroffenheit sehr, sehr groß war, ein Team von Gutachtern beauftragt, an Hand der nunmehr optimierten Pläne die Auswirkungen im Detail zu studieren. Das Ergebnis, meine Damen und Herren, liegt vor, und man kann sagen, es ist tatsächlich bei den Schwerstbetroffenen vor allem im Bereich des Flugplatzes Zeltweg eine beträchtliche Erleichterung insoweit geschaffen worden, als der Kreis jener, die in diese 105-Dezibel-Zone hineinfallen – dort kann man nicht mehr leben und wohnen –, kleiner geworden ist. Und zwar ist er deswegen kleiner geworden, weil die Startbahn nach Westen verlängert werden soll und damit Knittelfeld tatsächlich aus der 105-Dezibel-Zone und auch zum großen Teil aus der 95-Dezibel-Zone herausfällt. Nun, meine Damen und Herren, abgesehen davon, daß ich nicht weiß, welche Auswirkungen diese Verschiebung der Startbahn in Richtung Westen auf die Schnellstraße hat, weil die Draken dann praktisch auf Kopfhöhe hereinkommen, ob das in der Form überhaupt möglich ist, kann ich nur sagen, trotz aller Optimierungen ist die Tatsache, daß die Betroffenheit, meine Damen und Herren, nach wie vor eine sehr, sehr große ist, nicht wegzudiskutieren. Das ist schon so. Ich möchte die Zahlen ganz kurz noch wiederholen, die

der Herr Landeshauptmann heute gesagt hat. Nach wie vor werden im Bereich Zeltweg und Thalerhof 668 Familien innerhalb dieser schrecklichen Zone von 105 Dezibel und darüber liegen. (Abg. Erhart: „Plus Thalerhof!“) Plus Thalerhof! Das heißt, 670 Familien, denen zugemutet wird, dort unter unerträglichen Bedingungen leben zu müssen. Es sieht daher auch das neue Luft-Lärmgesetz, sofern es in dieser Form beschlossen wird, vor, daß diesen Schwerstbetroffenen auch die Absiedlungsmöglichkeit angeboten wird, weil man niemandem zumuten kann, in einer solchen Lärmzone zu leben. Was bisher untergegangen ist, meine Damen und Herren, ist die Tatsache, daß diese 105 Dezibel im Endeffekt ja die achtfache Lärmbelastung dessen sind, was auf Grund der österreichischen Lärmschutzrichtlinien überhaupt zugemutet werden kann. Was bisher vergessen worden ist, ist die Tatsache, daß nicht nur die 105-Dezibel-Zone da ist, sondern auch die 95er Zone. Meine Damen und Herren, da sieht es so aus, daß die 95-Dezibel-Zone die vierfache Belastung ist, die vierfache Lärmbelastung von dem, was als Grenze auf Grund der ÖAL-Richtlinien für die Wohnbauförderung oder für das Wohnen zugemutet werden kann, das Vierfache dessen. Und hier kann man eines sagen, das sind immerhin 3600 Familien, die in diese 95-Dezibel-Zone hineinfallen. Man muß sich das einmal vorstellen, was das für diese Familien bedeutet, wenn die jetzt in Zukunft trotz Optimierung in einer solchen Zone leben müssen. Auch hier sieht das Luft-Lärmgesetz vor, daß eine Wohnbebauung in Zukunft nicht mehr innerhalb dieser Zone vorgenommen werden darf. Meine Damen und Herren, man kann daher sagen, daß rund 3600 Familien immer noch schwerst betroffen sind und zu den Lärmgeschädigten des Draken gehören werden. Innerhalb dieser 95-Dezibel-Zone liegen darüber hinaus zwei Kindergärten, eine Volksschule, drei Hauptschulen, ein Schülerhort, eine Musikschule und ein Altenheim. Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen sage, daß die Schindlersiedlung in Graz, nördlich vom Thalerhof, mit Lärmbelastungen bis 115 Dezibel in Zukunft rechnen muß, dann können Sie sich vorstellen, was das für diese Menschen bedeutet. Ich glaube daher, daß man sagen muß, die Lebensbedingungen der Menschen sind trotz Optimierungen vor allem für diejenigen, die innerhalb dieser Gebiete liegen, nach wie vor äußerst bedenklich, und es ist hier leider Gottes eine enorme Betroffenheit gegeben.

Auch hier eines zur Frage „Zivilluftfahrt“. Natürlich machen auch Zivilflugzeuge Lärm. Nur möchte ich Ihnen das am Beispiel Graz-Thalerhof erläutern. Bei jenen, die über den Zivilflugverkehr betroffen sind, das ist vor allem der südliche Bereich Graz-Thalerhof, weil Zivilflugzeuge nur vom Süden landen und nach Süden starten dürfen, werden Ablösen tatsächlich durchgeführt und sind auch im Gange. Was der Draken zusätzlich bringt, ist, daß wir auch mit der Nordstartmöglichkeit und mit der Landung aus dem Norden rechnen müssen und damit zusätzlich Gebiete in die Verlärmung, die jetzt nicht betroffen sind, einbezogen werden. Und wenn Sie wissen, daß gerade die Landevorgänge entgegen den Aussagen des Herrn Verteidigungsministers sehr wohl aus dem Norden passiert sind, dann kann man nur sagen, wir müssen auch an die denken, die dort leben und in ihrer Lebensqualität entscheidend beeinträchtigt sind.

Ich möchte abschließend noch eines sagen: Kollege Mag. Rader hat gemeint, es wäre die Landespolitik hier mehr oder weniger mitschuld, weil sie die Menschen dort siedeln und wohnen ließ. Da kann ich nur sagen, das ist ein falsches Argument, weil einfach genau das Gegenteil der Fall ist. Wir haben sämtliche Flächenwidmungspläne, die bisher von den Gemeinden erstellt worden sind, auch den militärischen Dienststellen, dem Landesverteidigungsministerium bekanntgegeben, das heißt, mit der Einladung, Einwendungen vorzubringen, hier gegen die Auflage Einwendungen festzuschreiben. Von drei Fällen abgesehen, haben sich bisher das Verteidigungsministerium beziehungsweise die militärischen Stellen verschwiegen, das heißt, sie waren mit der Ausweisung der Baugebiete einverstanden. (Abg. Erhart: „Hätte nicht das Land auch die Möglichkeit gehabt, nicht einverstanden zu sein?“) Selbstverständlich! Das Problem ist das, daß uns die Einsatzpläne des Draken – ich glaube – voriges Jahr erst bekanntgegeben worden sind und mit dem Land bisher überhaupt nicht verhandelt worden ist. Das ist ja einer der Punkte, wo wir mit Recht dem Verteidigungsministerium, dem jetzigen Minister, aber auch seinen Vorgängern einen Vorwurf machen, daß dies nicht mit den Ländern abgehandelt worden ist – zutreffendenfalls hätten sich die Länder darauf einstellen können –, sondern daß hier einfach von oben herunter ohne Rücksicht auf Verluste solche Einsatzpläne gemacht werden und die Konsequenzen eigentlich die Bürger zu tragen haben. (Abg. Zellnig: „Um wieviel leiser ist die SAAB 105?“) Die SAAB 105 ist, wenn sie gut geflogen wird, leiser, aber sie ist natürlich auch ein lautes Gerät, und im Endeffekt kommt es überhaupt nicht darauf an, ob die SAAB 105 dort ist oder ein Draken, sondern das Entscheidende ist, daß mit dieser Verlagerung aller Draken in die Steiermark einfach eine Intensität erreicht worden ist im Flugverkehr (Abg. Zellnig: „Auch wenn die SAAB 105 nicht mehr im Einsatz sind?“), die diese Konsequenzen zur Folge hat, die ich Ihnen kurz darzustellen versucht habe.

Die SAAB ist deswegen leichter zu beherrschen, weil sie nicht diese hohen Fluggeschwindigkeiten hat und daher nicht ein so großes Gebiet so intensiv verlärmte.

Nun, meine Damen und Herren, ich bin auch der Meinung, daß wir alles unternehmen müssen, um den Schaden zu begrenzen. Das ist jedenfalls die Absicht, die ich habe, das ist auch der Grund gewesen, warum wir dieses Gutachten in Auftrag gegeben haben. Ich darf den Landtag davon informieren, daß wir die Ergebnisse dieser Studie, wofür genaueste Erhebungen durchgeführt worden sind – es ist von Haus zu Haus aufgenommen worden –, in allernächster Zeit in Form von Bürgermeisterkonferenzen in der Region vorstellen, so daß die Bürgermeister und die Verantwortlichen darüber Bescheid wissen, welche Konsequenzen und Auswirkungen der Einsatz des Draken für ihre Region hat. Wir werden nachmittags öffentliche Sprechtag abhalten, wo die zuständigen Beamten und auch die Gutachter jedem Bürger zur Verfügung stehen und mit Rat und Tat versuchen werden, zur Seite zu stehen, so daß dann jeder sich auch über die Auswirkungen, die ihn persönlich betreffen, informieren kann. Ich kann nur sagen: Trotzdem wird es nicht möglich sein, alle Konsequenzen sozusagen in

Form einer Schadensbegrenzung zu beseitigen. Es wird immer noch ein sehr beachtlicher Teil von Menschen sein, die durch dieses Fluggerät in höchstem Maß betroffen sind. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hammer:** Meine Damen und Herren, Frau Präsident!

(Abg. Dr. Hirschmann: „Wir könnten die Draken am Erzberg garagieren!“) Die Debatte um die Draken ist für mich eigentlich etwas zu einseitig. Wenn wir hier über die Draken und über die Schädigung durch diese Flugzeuge diskutieren, dann müssen wir doch zur Kenntnis nehmen, daß mindestens 97 Prozent der Argumente, die gegen den Draken sprechen, auch für jedes andere Kampfflugzeug gelten. Und das muß man, bitte, einmal klar und deutlich sagen! Man soll nicht den Anschein erwecken, daß man, wenn man gegen die Draken ist, auch gleichzeitig überhaupt gegen Kampfflugzeuge im österreichischen Bundesheer wäre. Denn dann müßte man die Diskussion ganz anders führen, und ich glaube, das gehört den Leuten gesagt, daß die ÖVP für Kampfflugzeuge im österreichischen Bundesheer ist. Sie ist zwar gerade gegen diesen Draken, der eigentlich viele Vergleiche mit anderen Fluggeräten aushält. Das ist ja die Problematik, vor der die ÖVP steht. Und wenn der Kollege Dr. Hirschmann immer meint, der Kollege Trampusch und wir wären auf Tauchstation, dann kann das wohl nur so sein, daß auch die ÖVP bisher auf Tauchstation war und der Herr Minister Lichal Ihnen das Wasser ausgelassen hat und Sie jetzt eigentlich Trockenschwimmkurse absolvieren.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten aufpassen, daß wir vor lauter Draken-Diskussion nicht die wahren Probleme der Steiermark überhaupt übersehen. Wir haben viele große Probleme mit unseren Arbeitsplätzen. Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, seit 24. November liegt ein Antrag von mir und meinen Kollegen im Steiermärkischen Landtag, wo die steirische Landesregierung ersucht wird, in Wien alles zu unternehmen, daß die Bergbauförderung entsprechend aufgestockt wird, weil davon das Schicksal der steirischen Bergarbeiter nicht nur am Erzberg, sondern auch in den Kohlenrevieren abhängen wird. Aber bisher Funkstille. Wir haben noch keine Antwort darauf, und das stimmt mich bedenklich, noch dazu wegen der Höhe dieser Beträge, um die es dort geht, die ja wesentlich geringer sind, diese Mittel, die der Bergbau braucht, der trotz aller Anstrengungen der internationalen Preiskonkurrenz sicherlich nicht standhalten kann.

Und wenn wir diese Draken in der Steiermark schon haben müssen, dann bin ich trotzdem noch immer dafür, daß sie nicht nur alle in der Steiermark stationiert werden, sondern daß die Belastung auf alle Bundesländer aufgeteilt wird. Wenn diese Bundesländer nicht bereit sind, auch Flugbewegungen mitzuakzeptieren, dann sollte man zumindest für die Steiermark einen sogenannten Stationierungsbeitrag von diesen Bundesländern abfordern, um hier entsprechende Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, daß die

Bevölkerung wesentlich besser vor Lärm geschützt werden kann.

Meine Damen und Herren, die übrige Haltung in der Draken-Frage und vor allem des Herrn Landeshauptmannes möchte ich vielleicht so schildern, wie es einmal der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth – ich glaube, vor zwei Jahren in etwa – im Joanneum, als die Landesinsignien neu präsentiert wurden, geschildert hat. Er hat damals unser Wappentier, den Panther, beschrieben und meinte: Der Panther, das mächtige Tier damals, das in einer Höhle gehaust hat, der mit seinem Gebrüll, das für die anderen Tiere wie Musik klang und einen süßlichen Duft dabei verbreitete, andere Tiere angezogen hat, bis er sie in seiner Höhle gehabt hat und sie dann dort verschlingen konnte. Er hatte nur einen Feind, dieser Panther, und das war der Drache. Und er sagte damals auch „der Draken war sein Feind“. Er sagte dann noch etwas, was sehr bezeichnend für die derzeitige Situation ist: „Damals wurde der steirische Panther noch etwas anders dargestellt, und zwar kamen damals aus allen Körperöffnungen noch Flammenzungen heraus, heute nicht mehr.“ Ich möchte keinen weiteren Kommentar dazu geben. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Eichtinger:** Lieber Kollege Hammer!

Du hast vom Panther gesprochen, von den Flammen. Ich kann dir dazu nur eines sagen: Wenn wir nicht die ÖVP dieses Landes hätten, dann wäre das heute kein Problem mehr. Ihr hättet alle gekuschelt, hättet euch geduckt und hättet (Abg. Hammer: „Stell dir vor, wenn ihr die Mehrheit gehabt hättet!“) nichts mehr dazu gesagt, und die Draken würden hier vollzählig bei uns in der Steiermark stehen.

Und wenn wir heute die Sondersitzung haben, lieber Kollege Mag. Rader – er ist leider nicht da –, ich bin froh, daß wir sie haben, denn damit demonstrieren wir noch einmal unser gemeinsames Einstehen. Und das ist in dieser Situation ja ganz besonders notwendig. Und es ist ja so, der Kollege Dr. Ficzeko mit seiner Jungferrede hatte eine schwierige Aufgabe gehabt. Es ist ja nicht leicht, über Landesverteidigung ja oder nein, Zellnig ja oder nein – du hast wieder ganz anders gesprochen – zu sprechen. Jedenfalls, lieber Kollege Dr. Ficzeko, möchte ich dir auch eines sagen: Du hättest in all diesen Jahren, in denen du politisch tätig bist, bestimmt die Macht und die Kraft besessen, anders aufzutreten, stärker aufzutreten und zu beweisen, daß zumindest die jungen Sozialisten der Steiermark anders denken als die älteren Sozialisten. Das hast du leider, Kollege Dr. Ficzeko, auch versäumt, hast mitgetan und vieles mitverschuldet, was du heute bekämpfst. Ich habe hier bei dir sehr genau zugehört. Sehr viele Passagen haben mir außerordentlich gut gefallen, und ich habe mir notiert: „Im Grunde genommen hat der Abgeordnete Dr. Ficzeko heute seinen Freunden hier drüben, seinen sozialistischen Freunden, die Leviten gelesen, aber so richtig die Leviten gelesen.“ Denn es ist ja wirklich Tatsache: Wenn heute die Leute mit 4000 bis 5000 Schilling leben müssen, wenn dort die Armutsgrenze ist, dann ist das ja wirklich traurig und dann ist es eine Schande, daß es so

ist. Und da sage ich noch einmal ganz offen: Kollege Dr. Ficzkó, denke einmal nach, ob du nicht in diesen 16 Jahren der sozialistischen Regierung vergessen hast, den sozialistischen Bundeskanzlern in das Stammbuch hineinzuschreiben: „Ihr als Sozialisten habt es als erste Aufgabe zu betrachten, den sozial Schwachen dieses Landes zu helfen.“ Und nach deinen Worten haben alle diese sozialistischen Regierungen versagt. Denn ich habe es hier an diesem Rednerpult auch einmal gesagt: Leider Gottes sind die Armen in dieser Zeit noch ärmer geworden. Das ist leider die Tatsache.

Und wenn ich jetzt auf die Rede unseres Landesrates Dipl.-Ing. Schaller zurückkomme, im Gegensatz zur Rede des Abgeordneten Erhart, dann muß ich sagen, ich war über die Rede des Kollegen Erhart tief erschüttert. Und zwar seine Ausdrücke, die er gebraucht hat, das Getue um die Draken. Freunde, ist das ein Getue um die Draken, wenn Tausende Familien bedroht werden? Landesrat Dipl.-Ing. Schaller muß kommen um aufzuzeigen, daß es Tausende Menschen sind, die in ihrer Sicherheit gefährdet sind, Tausende Menschen, die dem Lärm tagtäglich ausgesetzt sind. Da frage ich mich wirklich, habt ihr die letzte Bindung zum Volk verloren? Ich verstehe immer mehr Sozialisten, die sagen, die dort oben sitzen, die verstehen uns nicht mehr. Die in Aichfeld-Murboden können euch ja wirklich nicht verstehen, wenn solche Worte gesprochen werden. Ich habe mir auch noch notiert: „Am Donnerstag – hat Erhart gesagt – gab es bereits wohlwollende Begeisterung beim Anblick“. Da könnte man ja weinen vor Traurigkeit, daß ein Abgeordneter so etwas sagt zu einer Schicksalsfrage für eine Region. Und wenn ich jetzt natürlich an die Grazer denke, muß ich sagen, wenn man in der Nähe einer solchen Großstadt alle Flugzeuge stationieren will, ist das ein Wahnsinn, ein heller Wahnsinn. Ich verstehe auch eines nicht, warum ihr nicht geschlossen aufgetreten seid gegen die Aussagen des Bundeskanzlers. Wir haben offen erklärt, Herr Minister Lichal, das lassen wir uns in der Steiermark nicht bieten. Wo kommt von eurer Seite der Ton: Herr Bundeskanzler Dr. Vranitzky, wir lassen uns das nicht bieten von Ihnen!? Nein, ihr wagt es nicht, ihr kuscht, ihr tut nicht mit. Und das ist das Problem in unserer Steiermark. Das ist jetzt nicht nur beim Draken so, sondern bei allen anderen Problemen, die wir bisher gehabt haben. Ihr wart nicht in der Lage, eure eigene Meinung durchzusetzen. Und das ist es auch, was wir euch und besonders auch euren Regierungsmitgliedern vorwerfen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe es ja am eigenen Leib erlebt. Ich muß euch das Bezirkserlebnis noch schildern. Da sitzen wir in der Bezirkshauptmannschaft geschlossen zusammen, Sozialisten, ÖVPLer, Kommunisten, Freiheitliche, und da beschließen wir, in Wien den Kampf gegen die Schließung unseres Stabstahlwalzwerkes anzusetzen. Da haben wir ausgemacht, wir werden gemeinsam nach Wien fahren, und wir werden dem Bundeskanzler zeigen, was hier los ist. Wir lassen uns das nicht gefallen. Was ist passiert, liebe Freunde? Wir sind nicht gemeinsam hinausgefahren, sondern einige sozialistische Vertreter, ich glaube, es war auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross dabei, sind hinausgefahren zum Bundeskanzler, haben in Wien ihre Abreibung erhalten, und das Stabstahlwerk ist weg gewesen.

Und noch eine Sache, die ich euch heute in das Stammbuch schreibe, wenn man sagt, ja die Draken, und dort gibt es die anderen Probleme. Für uns in der ÖVP sind die Arbeitsplätze nach wie vor das Thema eins, nach wie vor das Thema eins. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wir sind unglücklich, daß uns diese Draken eingebrockt wurden. Sowieso schon Sorgen, dann noch die Sorge dazu, daß man diese Uraltflugzeuge kauft. Und, Zellnig, weil ich dich jetzt so vor mir sehe, du hast erwähnt, was passiert, wenn Soldaten mit altem Gerät ausgerüstet sind. Hast du nicht daran gedacht, daß hier Piloten hineinsteigen müssen in ein altes Flugzeug? Hast du nicht daran gedacht, wie gefährdet sie sind? Und wenn heute manche Politiker sagen „durch unsere Politik seien Piloten verunsichert“, nein, die Piloten sind dadurch verunsichert, daß sie genau wissen, ein solches Flugzeug kauft man nicht. Ein solches Flugzeug anzukaufen, ist der hellste Wahnsinn, des es nur gibt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zellnig: „Bist du Experte bei den Flugzeugen?“) Ich war selbst eingerückt. Ich habe es auch erlebt. Ich habe es erlebt, was es heißt, wenn schlecht Ausgerüstete anderen gegenübergestanden sind. Die waren die Benachteiligten, die sind am frühesten gefallen. Und deshalb mein innerer Kampf von Anbeginn an gegen diese Draken, weil ich mir gesagt habe, jawohl, der Lärm, aber noch mehr, daß junge österreichische Piloten täglich und stündlich gefährdet sind, wenn sie hier hineinsteigen. Und wenn hier die Solidarität, das möchte ich auch noch dazu sagen, der gesamten Steiermark gegen die Drakenstationierung ist, dann spricht das auch für uns. Denn wir wollen nicht zuschauen, daß man im dicht besiedelten Gebiet von Graz und in Aichfeld-Murboden die Bewohner gefährdet. Das können wir nicht, und darum kämpfen wir gesamtsteirisch. Das ist auch der Grund, warum Tausende bei dieser Demonstration am Hauptplatz in Graz gewesen sind, warum Tausende wirklich mit innerer Anteilnahme gesagt haben, das ist ein Wahnsinn, und da tun wir nicht mit. Das sind die Gründe.

Und jetzt möchte ich abschließend noch einmal auf die Arbeitsplätze kommen. Das liegt mir ganz besonders am Herzen. Heute ist der Ausdruck gefallen „die Verstaatlichte und die Nichtverstaatlichte“. Freunde, wenn heute Werke verkauft werden müssen, so machen die Sozialisten ja das nicht mit einer inneren Begeisterung, sondern weil sie selbst zum Teil heute bereits einsehen, daß die Verstaatlichung und die verstaatlichte Industrie diesem Staat nicht das gebracht haben, was man sich erwünscht hat. Ich habe das vorsichtig formuliert. Ich wollte es nicht radikal sagen. Aber das Endergebnis dieser Politik ist, daß Tausende, lieber Rainer, ihren Arbeitsplatz verloren haben und daß der Arbeitsplatz für Tausende noch gefährdet ist.

Und, lieber Tschernitz, vielleicht bist du heute etwas ruhiger. Ich habe dich nur damit in Rage gebracht, weil ich das letzte Mal gesagt habe, da kommt ein Bundeskanzler Dr. Kreisky, sagt den Liezenern, eure Arbeitsprobleme sind gelöst, eine Waffenfabrik kommt hin. Dann wird diese Waffenfabrik gebaut, dann kommen von eurer Seite die Jusos und sonstige und sagen, es dürfen keine Waffen verkauft werden. Ja ist das nicht eine einzige Lüge? Das mußt du ja selbst einsehen.

Und wer sind hier wieder die Leidtragenden? Wieder die Leute, die dort arbeiten, die Arbeiter und Angestellten. Die Manager sind sowieso abgesichert. Ich werde mich aber auch noch erkundigen, welche Manager bei der VOEST und welche Manager bei der VEV und welche Leute noch ihre Pensionen erhalten haben, während Tausende diese Pension verloren haben. Ich bin neugierig, was hier herauskommt. (Abg. Gennaro: „Am meisten profitiert hat Krobath!“) Ich werde nicht anstehen, hier zu sagen, welche privilegierte Leute es hier noch gibt, die zuschauen, daß über 20.000 diese Zuschußpension verloren haben (Abg. Gennaro: „Ihr redet nur, wir aber handeln!“), noch dazu unterzeichnet von der Gewerkschaft, und andere heute noch das voll beziehen. Das muß man auch ganz offen sagen. Und darum habe ich mich gefreut über die Anfangsrede des Kollegen Dr. Ficzkó, denn er hat wirklich hier aufgezeigt, was falsch gelaufen ist. Er hat praktisch nichts anderes getan, als eine Anklage gegen ein System zu erheben, das wir 16 Jahre erleben mußten. Und sind wir froh, daß wir heute versuchen, gemeinsam die Probleme zu lösen – es geht letzten Endes nicht anders –, und daß wir versuchen, durch diese Gemeinsamkeit mitzuhelfen, daß das Schicksal aller dieser im Lande ein besseres wird. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort.

**Abg. Rainer:** Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte meine Rede damit beginnen, daß ich eine Frage an Sie stelle. Frau Präsident, wie kommt es, daß die Einteilung der Redner in einer Form verändert wurde, wie sie normalerweise – oder entspricht das der Geschäftsordnung – nicht üblich ist? (Abg. Dr. Maitz: „Frag einmal die Frau Präsident Zdarsky!“) Ich verstehe schon, daß Sie da einen bestimmten Vorgang vorhaben. Aber es ist doch recht eigenartig, daß da ein Redner eingeschoben wird in der bestimmten Absicht, den letzten Redner zu haben. Es zeigt sich auch in der Handhabung, meine Damen und Herren, der Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses scheinbar die demokratiepolitische Gesinnung, die Sie da an den Tag legen. Das ist nicht sehr erfreulich, das muß man ganz deutlich sagen. (Präsident Klasnic: „Ich erinnere mich an die Budgetdebatte, wo Sie mir einen Ihrer Kollegen heraufschickten und nicht selbst kamen, um das Wort zu bekommen. Ich habe Ihnen dann wunschgemäß das Wort erteilt und bin dadurch ins Trudeln gekommen.“) Es geht tatsächlich um mehr als um die Geschäftsordnung, das ist schon richtig. Ich wollte nur klargestellt haben, wie das überhaupt passieren kann. Jetzt weiß ich es, jetzt nehme ich es so hin, weil wir in der Minderheit sind und es einfach so hinzunehmen haben.

Zur heutigen Debatte, bitte, meine Damen und Herren: Ich habe die Ausführungen unseres Landeshauptmannes bei der Pressestunde sehr genau verfolgt, und er hat es sehr bedauert, daß ein hoher Anteil seiner Zeit dafür verwendet werden muß, daß er sich mit einem Problem beschäftigt, mit dem er sich gar nicht so sehr beschäftigen wollte, weil sehr viele Redner, vor allem auch unserer Fraktion, zum Aus-

druck gebracht haben, daß die Steiermark eine Fülle von anderen Problemen hat, von denen man durchaus zu Recht sagen könnte, daß sie in ihrem Inhalt und von den Forderungen her, die wir zu stellen hätten, wichtiger sind als dieses einzelne Problem einer Nachrüstung, wie sie im Bundesheer einfach gerade auf der Tagesordnung steht.

Wir haben heute zur Kenntnis nehmen müssen, und wir haben sicher auch unsere Bereitschaft dazu bekundet, daß man die Fragen der Demokratie und des Föderalismus zu diskutieren hat. Vielleicht darf ich hier eine Schrift zitieren, die den Vertretern der ÖVP bestens bekannt sein dürfte: Es ist dies das Österreichische Jahrbuch für Politik. Es ist heute schon einmal auszugsweise zitiert worden. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Eine wirkliche Fundgrube!“) Ja, eine sehr gute Fundgrube: Sie haben recht, Herr Landeshauptmann. Da kommt zum Beispiel Ihr Dr. Kohl zur Feststellung: „Die Frage der Jagdflugzeugstationierung in der Steiermark hat sicherlich zur falschen Zeit das falsche Thema zum Anlaß einer Föderalismusdiskussion abgegeben. Es liegt der Verdacht nahe, daß man Landesverteidigung als einen der ungefestigsten Teile des Gesamten zum Angriffsobjekt ausersehen hatte.“ Eine sehr interessante Feststellung, die bei den parteipolitischen Auseinandersetzungen intern in der ÖVP-Debatte – also offensichtlich sind hier jene Zentralstellen auch innerhalb Ihrer Partei gemeint.

„Die politische Zielsetzung der Steirer zu Beginn der Anti-Draken-Kampagne kann nur so vermutet werden. Neben den dargelegten parteipolitischen und föderalistischen Beweggründen kann sicherlich noch eine gewisse persönliche und sonstige Einstellung mitheringenommen werden.“ Und ich könnte jetzt da weiter zitieren. Ich möchte nur zur Erkenntnis kommen, weil das sonst zu lang wird. (Abg. Schützenhöfer: „Wir brauchen uns nicht gegenseitig aufzuregen. Wenn du den Kohl zitierst, dann werde ich den Ropper zitieren!“) Ich weiß nicht, ob du das gelesen hast. Die Qualität vielleicht mag unterschiedlich sein. Tatsache ist, daß das eine Mal wie auch das andere Mal tiefes staatspolitisches Bewußtsein den Aussagen zugrunde liegt und wir nicht immer von dieser Erkenntnis ausgehen können, und daher als Einstieg dieses Zitat, weil wir heute zur Kenntnis nehmen mußten, daß die meisten Redner der Österreichischen Volkspartei über Vorwürfe, die längst überholt sind, nicht hinausgekommen sind. Und ich habe dem Abgeordneten Grillitsch als erstem Redner erklärt, daß wir zu den Kompensationsgeschäften eine Erklärung abgeben werden.

Darf ich hier, bitte, folgendes festhalten: Es ist ja dann von Dr. Dorfer auch die Vermutung in den Raum gestellt worden, daß etwa 50 Prozent dieser Geschäfte, die abgeschlossen wurden, sonst auch zustandegekommen wären. Ich glaube, daß das nicht der Fall ist, aber ich darf bitte folgendes sagen: Es werden also etwas mehr als 50 Prozent dieser Kompensationsgeschäfte in die Steiermark gehen, und wir werden davon am meisten von allen Bundesländern profitieren. Vielleicht kann man am besten damit argumentieren, wenn man ein Beispiel vor Ort nimmt, weil ja der Herr Abgeordnete Grillitsch damit begonnen hat.

Wir alle erinnern uns, in welcher gewaltigen Schwierigkeiten die PPI war und auch zum Teil noch ist, und zwar das Werk in Judenburg, und hier zeigt sich das an

Hand der Entwicklung dieses Unternehmens sehr deutlich – ich werde immer nur die Summen darstellen, beginnend ab 1983.

Das Kompensationsgeschäft mit Saab-Skania: Hier hatten wir einen Umsatz von 29,780 Millionen Schilling im Jahr 1983, 1984 waren es 43,783 Millionen Schilling, 1985 61,686 Millionen Schilling, 1986 86,211 Millionen Schilling. Das sind reine Kompensationsgeschäfte, die ansonsten nicht getätigt worden wären. Man darf dazu noch sagen, bitte, daß dieses Werk 1984 ausgegliedert wurde und ohne diese Kompensationsgeschäfte überhaupt nicht leben könnte. Rund ein Drittel der dort Beschäftigten sind durch diese Kompensationsgeschäfte tatsächlich beschäftigt. Das, bitte, zu dem Problem der Kompensation. Ich könnte auch sehr gerne die ganze Liste der Geschäfte darstellen, aber ich weiß ja, daß Sie die Unterlagen genauso haben wie wir und daß daraus sehr klar entnommen werden kann, daß das belegbar ist, was ich herausgestellt habe.

Nunmehr zu den Bundesheerinvestitionen, weil diese einen breiten Raum eingenommen haben und weil heute mehrmals der General Philipp zitiert worden ist. Auch hier ist festzuhalten – und wir haben das ja in den Zwischenrufen bereits dargestellt –: Tatsache ist, daß kein Verteidigungsminister der Zweiten Republik, und zwar ohne Unterschied, welcher Partei er angehört hat, jene offenen Kasernenprobleme der Steiermark bereinigt hat, die hier angesprochen wurden. Aber wir dürfen umgekehrt – und das geht besonders an jene, die nur den Thalerhof herausstellen – auf die steirische Situation verweisen, wenn ich an die Belgierkaserne, an die Kirchnerkaserne, wenn ich an Kasernenausbauten denke, wie zum Beispiel den Truppenübungsplatz auf der Seetaler Alpe und viele weitere mehr. Ich möchte jetzt von neuen Kasernen gar nicht reden. Natürlich bleibt da offen, daß das ein berechtigtes Anliegen ist, und natürlich ist auch das Anliegen der Personalvertretung begründet. Aber nur, das heute als den Hauptvorwurf zu nehmen, daß man das Geld zwar für diese Nachrüstung aufwendet, aber umgekehrt für das Personal, die betroffenen Soldaten, nichts übrig hätte (Abg. Grillitsch: „Weißt du das besser als der General Philipp?“), dieses Argument ist damit sehr wohl einfach obsolet geworden. Das muß man ganz deutlich herausstellen. (Abg. Dr. Maitz: „Eben nicht!“) Ganz sicher sogar!

Das Bekenntnis zur Umfassenden Landesverteidigung, das natürlich von jedem Redner eingebracht wurde, auch vom Herrn Dr. Dorfer, dazu darf ich auch sagen: Wir haben zu jeder Zeit und in keiner Phase Zweifel aufkommen lassen, daß wir uns dazu bekennen, und zwar zur Umfassenden Landesverteidigung, und daß wir also auch alles dafür tun, was man nicht in allen Fällen der Österreichischen Volkspartei auch gleich unterstellen kann. Und es ist ein großer Fehler, wenn man meint, wenn man beginnt – und das wird ja vielleicht heute noch passieren –, Vergleiche herzustellen, wie es bei den Geräten getan wurde, und den Nachweis liefern will, daß hier Geräte angeschafft wurden – ich meine konkret, was der Herr Dr. Dorfer gemeint hat –, die nicht in der Lage sein werden, den Anforderungen zu entsprechen. Das ist einfach falsch. Wer sich damit beschäftigt hat, weiß, daß zum Beispiel die Schweiz weitaus ältere Geräte als wir beschäftigt.

Ich darf an den Hunter erinnern. Wer dieses Fluggerät kennt, der weiß, daß dieses Gerät 30 Jahre alt ist und immer noch im Einsatz ist. Diese Argumentation, wie sie herausgebracht wurde: der Draken ist nur ein gefährliches Gerät, ein Schönwettergerät, den Anrainern nicht zumutbar und ähnliches mehr, stimmt nicht – das muß man sehr deutlich herausstellen –, weil eben der Nachweis tatsächlich jederzeit führbar ist, daß andere Staaten wesentlich ältere Geräte fliegen und daß dieses Gerät voll den Erfordernissen als Luftraumüberwachungsflugzeug genügt. (Abg. Kanduth: „Der Staat hat ein altes Flugzeug gekauft. Das ist ein Unterschied!“) Das stimmt überhaupt nicht. Tatsache ist, bitte, daß Ihre Argumentation in weiten Bereichen nicht stimmt und daß ja bereits durch die entsprechenden Gutachten belegt ist, daß dieses Gerät den Erfordernissen entspricht, und zwar vollends entspricht, und daß die Aufgaben, die die Landesverteidigung damit zu besorgen hat, auch besorgt werden können und das, was dargestellt wurde, keineswegs belegbar ist.

Zum Herrn Dr. Maitz: Er hat ja am meisten die Kasernengeschichte beklagt. Ich kann das wiederholen, was ich vorhin gesagt habe. Aber es ist schon eine besondere Art des Untergriffs, wenn man die Draken-Anschaffung in den Zusammenhang mit anderen Ereignissen in Österreich bringt oder wenn man gar den Tod des Botschafters Dr. Amry oder auch den Tod des ehemaligen Generaldirektors der VOEST-Alpine AG. in eine Argumentation mit hereinnimmt, in einer Form, wie sie bedenklicher nicht mehr sein kann, in einer Form bitte, wie es in einer Demokratie tatsächlich nicht so passieren sollte. (Abg. Dr. Maitz: „Lütgendorf!“) Nein, nein, aber Sie haben ja diese beiden Persönlichkeiten zitiert und haben darauf hingewiesen in einer Form, wie es tatsächlich abzulehnen ist.

Nun aber zu jenem Argument der Gesundheitsgefährdung, das die Frau Abgeordnete Pußwald und viele andere dargestellt haben. Es ist ja durch die lange Diskussion und jetzt auch durch die vollständige Veröffentlichung der Gutachten sichergestellt und auch belegbar, meine Damen und Herren, daß von den ursprünglichen Argumenten, insbesondere vom Gutachter des Landes, des Herrn Prof. Dr. Möse, nur mehr Fragmente übriggeblieben sind. Tatsache ist, daß das eingetreten ist, was wir erwarten mußten, daß er sein Gutachten nicht aufrechterhalten wird können und daß das verändert werden muß. Und wir dürfen daran erinnern, daß die ursprünglichen Beschlüsse im Landesverteidigungsrat unter der Prämisse gefaßt wurden und auch die Erklärung abgegeben worden ist, daß hier keine Gefahren für die Bevölkerung vorhanden sind, und auch der Regierungsbeschluß in der Steiermark wie auch der Landtagsbeschluß unter dieser Prämisse zustande gekommen sind, daß wir erklärt haben, wenn eine gesundheitliche Gefährdung für die Menschen gegeben ist, dann werden wir eine Stationierung ablehnen. Nunmehr hat sich aber herausgestellt, daß hier weder bei der Lärmmessung noch bei der Sicherheit eine belegbare Gefährdung der Menschen tatsächlich herausgekommen ist, daß alles das, was ursprünglich behauptet wurde, nicht oder nicht zur Gänze belegt werden konnte und sich heute tatsächlich eine veränderte Situation darstellt und auch die Gutachten entsprechend vorliegen.

Ich werde dann schon zur Schlußfolgerung kommen. (Abg. Dr. Maitz: „Seid ihr für die Draken?“) Diese Gutachten haben letztlich auch dazu geführt, daß im letzten Landesverteidigungsrat eine Beschlußfassung erfolgt ist. Man sollte nicht weiterhin diese Verunsicherung in dieser Form treiben, wie sie hier betrieben wird, weil sie einfach nicht nachweisbar ist, weil sie nicht belegbar ist und weil die Ziffern, die in den Raum gestellt wurden, nicht aufrechterhalten werden konnten und weil jene Ziffern, die jetzt hier stehen, Werte sind, die durchaus dem internationalen Vergleich entsprechen. Wenn man das Sicherheitsargument nimmt, wenn man die Absturzrate nimmt, das ist Ihr neuer Kurvenflug, den Sie genommen haben, dann hat der Draken keine schlechtere DAF – heißt das, wenn ich richtig aufgepaßt habe –, also keine schlechtere Absturzrate oder Ausfallsrate als ein anderes Flugzeug auch. (Abg. Dr. Maitz: „Sechsmal so hoch!“) Das ist absolut unwahr, bitte. Das ist durch das Amt für Wehrtechnik und auch durch objektive außenstehende Gutachter, wenn Sie das so sehen wollen, auch widerlegt und stimmt keineswegs. Und auch Sie werden wahrscheinlich diesen Vorwurf jetzt nicht mehr aufrechterhalten können, außer Sie sind in der Lage, bereits wieder ein neuerliches Gutachten einzubringen, das das belegen könnte. (Abg. Mag. Rader: „Er hat es gehört, daß es nicht so ist!“) Meine Damen und Herren! Was den Lärm angeht, der heute hier im Hause sehr hoch war, der aber nicht so hoch ist, und es hat sehr eindrucksvoll unser erster Redner das dargestellt, die Überraschung der Menschen in den Stationierungsorten oder auch dort, wo jemand davon betroffen ist. Ich wohne übrigens im Süden der Stadt und bin auch davon betroffen. Ich kann nur das gleiche festhalten. Diese bisherigen Lärmmessungen, die jetzt herausgestellt werden, werden nicht zu belegen sein. (Abg. Dr. Maitz: „Beim Start ist schon gemessen worden!“) Herr Dr. Maitz, ich will nicht mit Fakten und mit Details stundenlang argumentieren müssen, aber Sie wissen, Sie haben ja alle Unterlagen, und Sie wissen ganz genau, daß im Vergleich – und das weist auch Andreas Kohl aus – zum Beispiel der Draken eines, das ist heute bereits herausgestellt worden, der leisesten Flugzeuge als Kampf- und Überwachungsflugzeug ist, und auch deswegen mitangeschafft wurde. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wo hast du das her?“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Sind Sie jetzt für die Stationierung?“) Wenn man jetzt also das Gerät nimmt, das wir gehabt haben und das abgelöst wurde, die fliegende Tonne lauter war als der Draken und hier vieles von dem überholt ist, was Sie darstellen. Das ist nicht aus den 50er Jahren, das ist der Vergleich, wie er sich ausweist. Wir haben letztlich durchgesetzt, daß es zu einem optimierten Einsatz dieser Geräte im Flugverkehr kommt, daß besiedelte Wohngebiete ausgespart werden, daß dadurch die Lärmbeeinträchtigung so sein wird, wie sie Grundlage des Beschlusses im Landesverteidigungsrat war. Natürlich kann es da Ausreißer geben, vor allem, wenn man so mißt, wie gemessen worden ist oder wie man vermuten muß, daß man messen kann, damit man einen bestimmten Lärmpegel bekommt. Es war daher richtig und objektiv die beste Maßnahme, die vorgeschlagen wurde, daß auch der Bund aufgefordert wurde, eigene Lärmmessungen jetzt vorzunehmen, um sicherzustellen, daß nicht nur eine Lärmmessung der

anderen gegenübersteht und dann die Behauptung zu dem führt, daß die Diskussion in dieser Form weitergeführt werden kann, wie sie hier geführt wird. Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß dieses Argument der Gesundheitsgefährdung weder von der Absturzrate, von der Sicherheit noch vom Lärm her belegt werden konnte und keineswegs diese Risiken vorhanden sind, wie Sie sie herausstellen wollen oder wie es Ihre Redner herausgestellt haben.

Noch etwas: (Abg. Dr. Maitz: „Die Gutachten lesen!“) Ich habe ja die Gutachten! Ich kann auch aus den Gutachten – wenn du willst, Herr Dr. Maitz – zitieren. Ich habe sie da und kann die Ziffern sehr wohl auch im einzelnen darstellen, wenn das gewünscht ist. Nur darf ich bitte noch etwas sagen, weil es immer wieder dargestellt wird oder dieser polemische Vergleich gemacht wurde, der Draken ist so unerträglich und gesundheitsgefährdend laut, daß man keineswegs so argumentieren darf, wie heute hier argumentiert wurde. Daß man keineswegs sagen kann, wenn da eingewendet wird, was ist bei den Rennen in Zeltweg? Was ist hier am Österreichring tatsächlich an Lärmentwicklung vorhanden? Da geht es dann, und es wird eingewendet, um die Dauereinwirkung. Das ist richtig. Die Dauereinwirkung ist ganz maßgeblich für die Lärmschädigung des einzelnen, aber nur Tatsache ist, daß bei diesem Fluggerät die Lärmeinwirkung etwa zwischen 15 und 18 Sekunden dauert. Wenn man nun einen normalen Jet nimmt, dauert die Lärmeinwirkung etwa zwischen 30 und 40 Sekunden, etwa die DC 9 der AUA, und der Lärmpegel ist in etwa der gleiche, wenn man den Draken nimmt oder wenn man eine DC 9 nimmt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Darf ich etwas sagen? Erzählen Sie das einem Baby, das im Garten in der Wiege liegt und bei 105 Dezibel aufgeweckt wird!“ – Abg. Kanduth: „Du warst der beste Vertreter für die Draken!“) Nein! Ich gehe von dem aus, was an Unterlagen vorhanden ist, was belegbar und was beweisbar und was widerlegt und was hier behauptet wurde. Und darum geht es. Wir sollten uns endlich dazu verstehen, daß wir objektive Fakten, die vorliegen, akzeptieren, und daß wir nicht so tun, als ob sich hier keine Veränderung eingestellt hätte, weil letztlich tatsächlich diese Veränderungen eingetreten sind und weil das auch anerkannt wurde. Es ist auch durch die Aussagen in der Öffentlichkeit belegt und bestätigt worden, daß das tatsächlich so ist. Vielleicht darf ich ein anderes Argument anfügen, das hier nicht so gerne übernommen wird. Die Dauerlärmeinwirkung zum Beispiel in den Betrieben ist also bei etwa 65 Dezibel festgelegt, und wir haben die größten Schwierigkeiten hier, die Unterstützung zu finden, daß jene mitgehen, die beim Draken den Lärm so unerträglich laut finden, wenn es darum geht, zum Beispiel das Nachtschichtschwerstarbeitergesetz zu verändern, damit unsere betroffenen Arbeitnehmer diesen Lärmbelastungen nicht mehr ausgeliefert sind. Vielleicht sollte man tatsächlich seriöser mit den Fakten umgehen und sollte akzeptieren, daß vieles von dem, was dargestellt wurde, tatsächlich dazu dient, daß man öffentlich eine Auseinandersetzung darüber weiterhin führen will, weil man offensichtlich von den Problemen, wie sie in der Steiermark vorliegen, die ungelöst sind und die uns überaus bedrücken, ablenken möchte, weil man es ablehnt, sich ernsthaft mit anderen Fragen zu beschäftigen und weil es wirklich so ist. Damit habe ich

begonnen, daß ein großer Teil unserer Zeit heute dafür verwendet wird, eine Diskussion zu führen, die sich eigentlich erledigt haben müßte. (Abg. Dr. Maitz: „Ein Wettstreit Rainer gegen Dr. Ficzko hat stattgefunden!“) Und das heißt nicht Rainer gegen Dr. Ficzko, das heißt auch nicht Anerkennung dessen, daß wir alles, was Sie sagen, als richtig nehmen, sondern das heißt schlicht und einfach folgendes bitte: Zurück zu den Fakten, zurück zu einer objektiven Diskussion, zurück zu jenen Gegebenheiten, wie sie vorliegen, und Anerkenntnis derselben und daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Wir sind ohne weiteres bereit, und das ist auch erklärt worden, daß wir jenen Punktationen eines Dringlichkeitsantrages, wie er heute hier eingebracht werden wird, zustimmen. Zustimmen allerdings immer unter der Prämisse, wie ich es dargestellt habe, daß man davon auszugehen hat, daß auch die Fakten anerkannt werden müssen, und wir werden ja nachher über diese Anträge zu diskutieren haben.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt möchte ich jetzt unseren Beschlußantrag, der sozialistischen Fraktion, einbringen.

Beschlußantrag der Abgeordneten Trampusch, Rainer, Erhart, Gennaro, Reicher, Tschernitz, Vollmann und Zellnig, betreffend den Schutz der steirischen Bevölkerung gegen die Stationierung von Abfangjägern.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Steiermärkische Landtag bekennt sich ausdrücklich zur Umfassenden Landesverteidigung als Mittel zur Sicherung der Neutralität. Die Umfassende Landesverteidigung beinhaltet auch die Überwachung des Luftraumes über Österreich.

Der Steiermärkische Landtag steht zum einstimmigen Regierungsbeschluß vom 3. Dezember 1984 – das ist jetzt die Antwort –, wonach nicht alle Abfangjäger in der Steiermark stationiert werden sollen.

Der Steiermärkische Landtag fordert im Zusammenhang mit der Abfangjägerstationierung und dem Flugeinsatzplan gesamtösterreichische Solidarität.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert,

a) an die Bundesregierung dahin gehend heranzutreten, daß der bis zur Auslieferung des letzten Fluggerätes verbleibende Zeitraum zu nützen ist, um die immer geforderte Belastungsverteilung auf alle dafür geeigneten Flugplätze Österreichs in Betracht zu ziehen. Die aus den derzeitigen Zuständen resultierenden Erkenntnisse und Erfahrungswerte sind zu sammeln, auszuwerten und längstens innerhalb Jahresfrist in einer Sitzung des Landesverteidigungsrates als Grundlagen für einen endgültigen Stationierungsbeschluß zu verwenden;

b) ebenso an die Bundesregierung heranzutreten, daß dafür gesorgt wird, daß der Flugeinsatzplan und die Verteilung der Belastung durch den Übungsbetrieb auf alle geeigneten Flugplätze Österreichs eingehalten wird. Ebenso sind dort, wo nach einschlägigen Gutachten gesundheitsgefährdende Lärmbelastungen eintreten könnten, Objektseinsparungen vorzunehmen und Lärmschutzeinrichtungen zu errichten;

c) bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß für eine permanente und exakte Fluglärmmessung sowohl für zivile als auch für militärische Flugbewe-

gungen Sorge getragen wird, um im Sinne der Betroffenen allfällige Objektseinsparungen durchführen zu können;

d) an die Bundesregierung heranzutreten, daß im Interesse der steirischen Wirtschaft dafür gesorgt wird, steirische Firmen im Rahmen von Kompensationsgeschäften wie bisher besonders zu berücksichtigen;

e) bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß die Errichtung eines Militärflugplatzes geprüft wird, der in entsprechender Entfernung zu dicht besiedeltem Gebiet eine Stationierung von Abfangjägern mit einem Minimum an Gefährdung und Belästigung der Zivilbevölkerung gewährleistet;

f) auf der Grundlage der Gutachten der Universitätsprofessoren Dr. Bernd-Christian Funk und Dr. Richard Novak jene Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes 1957 wegen Verfassungswidrigkeit beim Verfassungsgerichtshof gemäß Artikel 140 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz anzufechten, welche als rechtliche Grundlage für die Verwendung von Militärflugzeugen sowie die Errichtung und Umgestaltung von Militärflugplätzen im Zusammenhang mit der Stationierung der SAAB-Draken in der Steiermark dienen;

g) das Büro für Bürgerberatung zur umfassenden Information und Rechtsberatung der Bevölkerung in den unmittelbar betroffenen Gebieten der Flughäfen Thalerhof und Zeltweg einzusetzen. Dabei sollten die Kosten für Musterprozesse zur Entschädigung der in ihren Eigentumsrechten verletzten Anrainer auf der Grundlage des Gutachtens von Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher übernommen werden.

Das ist unser Beschlußantrag, den ich hiermit eingebracht habe. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber das Wort und ersuche ihn, nachdem er das zweite Mal spricht, sehr kurz zu sein.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber:** Ich werde versuchen, sehr, sehr kurz zu sein, aber ein paar Äußerungen bedürfen einfach einer Stellungnahme.

Zu Dr. Ficzko: Er bezeichnet als Einfädler Frischenschlager und Lichal. Ich glaube, hier versucht man bewußt, eine Falschinformation zu verbreiten. Dieses Waffenschiebergeschäft haben mit Sicherheit die Damen und Herren der sozialkapitalistischen Partei in Österreich unter der Kreisky-Sinowatz-Ära eingefädelt.

Sehr wohl waren aber die Draken eine Eintrittszusage für machthungrige Leute, sprich: die machthungrigen Parteien. Das war

a) einmal die kleine Koalition mit den Herren Frischenschlager und Steger an der Spitze. Mit diesem Draken-Geschäft wurde der Eintritt in die kleine Koalition sozusagen zugesagt;

b) die derzeit große Koalition, wo ein Lichal, ein Graf und leider auch – da bin ich am meisten enttäuscht – ein Mock bei diesem miesen Spiel mitspielen.

Von Graf als abgewirtschaftetem Hendlfarmer aus dem Burgenland war das ja zu erwarten, daß man auch damit Geschäfte macht.

Wir sehen hierin einfach eine Verschwendung. Wir brauchen nämlich das Geld dringendst für eine kurz-

fristige Umrüstung der Verstaatlichten. Es geht einfach nicht an, weiterhin Waffen zu produzieren – das habe ich ja bereits schon einmal hier gesagt.

Derzeit die beste Lösung: kein Betrieb der Draken, genauso wie kein Betrieb von Zwentendorf. Damals hat auch jeder gesagt: „Das ist doch ein Wahnsinn, um 7 Milliarden Schilling so etwas hinzustellen und nicht in Betrieb zu gehen.“ Heute hat sich klar erwiesen, daß jede Inbetriebnahme eine sozusagen unkontrollierbare Szenerie in Bewegung setzt und hier automatisch eine Spirale entsteht, weil die Entsorgung der radioaktiven Abfälle bis heute nicht geklärt ist, nie geklärt werden wird und es keine Lösung ist, im Nahbereich von Wien Radioaktivität in die Luft zu verbrennen und hier die Politik der hohen Schornsteine zu betreiben. Das ist sowieso eine Fahrlässigkeit, die in die Gemeingefährdung hineinreicht.

Zur ÖVP kann man sich auch nicht verschweigen. Der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka hat anscheinend nicht verkräftet, daß sein Freund Candidus – er heißt noch Candidus Cortolezis –, seines Zeichens Jurist, nicht im Landtag sitzt und das hier verpaßt hat. Auf der anderen Seite hat die ÖVP ein Glück, denn dieser Candidus macht heute noch immer überparteiliche Volksbegehren, organisiert am Hauptplatz noch immer ein paar überparteiliche Veranstaltungen. Es wäre wesentlich besser gewesen, wenn er im Landtag gesessen wäre, dann wäre das wesentlich transparenter gewesen, daß hier der Candidus an und für sich nichts anderes macht als eine Parteipolitik.

Dann zu Dr. Lopatka: Dr. Lopatka hat groß herausposaunt, daß er natürlich jede überparteiliche Bürgerinitiative unterstützen wird, vor allem am Thalerhof, wo ja sozusagen auch der Ort des Geschehens ist. Er hat nicht seine Teilnahme abgesagt, sondern er ist einfach gar nicht erschienen. Das ist etwas, was einmal ganz klar aufgefallen ist, obwohl bitte die Bürgerinitiative „Grazer Feld“ eine Organisation ist, die absolut parteipolitisch unabhängig ist und die das unten organisiert hat. Daß das natürlich von anderen mißbraucht werden will und gern mißbraucht werden möchte, ist ein anderes Kapitel, aber es hat ja mit den Gemeinsamkeiten nichts zu tun. Also, Dr. Lopatka ist nicht für Gemeinsamkeiten. Ich war überrascht, als der Gemeinderat Weiglein im Brauhaus Puntigam sozusagen für die ÖVP seine Teilnahme abgesagt hat. Er braucht nicht für die ÖVP abzusagen, bitte, weil das gar nicht in Ordnung ist, weil das ja eben keine Parteiveranstaltung ist, sondern er hätte ohne weiters auch sagen können: „Ich persönlich komme nicht hin, ich würde mich aber freuen, wenigstens die örtlichen Funktionäre, Mitglieder der ÖVP dort zu wissen, um ihren Protest auf friedliche und demokratische Art kundzutun.“ Ich habe mir auch erlaubt, den Herrn Gemeinderat Weiglein als Gemeinderat „Feiglein“ zu bezeichnen, weil man einfach schon von vornherein Angst vor irgendwelchen Ausschreitungen hat, die ja in diesem Fall auch nicht waren und wofür auch allen gedankt ist, die da mitgetan haben.

Zum Abgeordneten Dr. Hirschmann, zum Sekretär der ÖVP: Ich muß sagen, er gibt wenigstens ehrlich gegenüber dem Herrn Dr. Ficzkó zu, daß wir einen Django in Österreich haben. Das ist eine ganz ehrliche Art am richtigen Ort, zur rechten Zeit. Dr. Ficzkó deckt heute als Juso bitte noch seine Sozialchefs, die mit

3 Millionen Schilling Pension jährlich „dahinvegetieren“ und sich mit 6 Millionen Schilling abfertigen lassen.

Wenn Rainer sagt: „Bis heute keine Gefährdung nachgewiesen“, dann muß ich sagen, daß das die gefährlichste Aussage ist, die ich in der letzten Zeit gehört habe. Da ist so viel Unverstand, da spricht wirklich das Draken-Hirn. Das ist großer Körper, kleine geistige Fähigkeiten.

Und zu Dr. Lopatka noch einmal: Herr Dr. Lopatka, wenn Sie hier behaupten, unsere Luftballons sind mit Luft gefüllt und es ist die ganze Grünpolitik in der Steiermark, die platzen wird, dann sehe ich, daß Sie als Jurist von den Naturgesetzen nicht einmal die geringste Ahnung haben. Sie müssen Naturwissenschaft in der Volksschule, in der Hauptschule oder Mittelschule in Ihrem Fall verschlafen haben. Denn wissen Sie nicht, daß ein Luftballon mit Luft gar nicht steigen kann? Sie sind sozusagen ein naturwissenschaftlicher Versager, genauso wie die steirische Umweltschutzpolitik seit langem versagt. Sie waren bei keiner einzigen friedlichen Demonstration. (Abg. Dr. Lopatka: „Es sind nicht alle so 'gescheit wie Sie!'“) Ihr sollt als Juristen noch etwas lernen, bitte. Dafür sind ja wir da. Der Herr Dr. Lopatka war bei keiner Demonstration, er hat nicht einmal im Windschatten des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller sich gezeigt. Er hat nur immer ein großes Plaplapla, wirklich die große Luftblase. Und da gebe ich Ihnen recht. Mit der Luftblase werden Sie auch nicht weiterkommen. (Abg. Dr. Maitz: „Der einzige Gescheite ist der Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber!“) In diesem Ballon ist nicht Luft, sondern ein Edelgas. Und unsere Aufgabe ist es, hier mit Edelgas, mit edlem Gas Gas zu machen, Druck zu machen, daß ihr eure Wahlversprechungen auch einhaltet. Der Herr Landeshauptmann hat auch einen Ballon. Da ist aber wirklich nur Luft drinnen. Ich habe ihm den mit Luft gegeben, weil er ja selbst Gas machen kann. Er hat ja alle Möglichkeiten, und er kann natürlich auch mit diesem Luftballon, er heißt Luftballon, Gas machen. (Abg. Dr. Maitz: „Einer ist geplatzt!“) Das war der Herr Grillitsch, Abgeordneter zum Landtag, der einen kleinen Luftballon zum Platzen gebracht hat. Das ist eine großartige Leistung hinter meinem Rücken. Das ist eine der hinterfotzigsten Politiken, und diese Politik hat der Herr Grillitsch auch im Murwald oben, in Fohnsdorf, gepflegt, darum haben in die Leute auf der Deponie nicht mehr sehen wollen. Jetzt geht der Wirt aus der Obersteiermark grinsend, lachend, weil er einen kleinen Luftballon zum Platzen gebracht hat. Das ist genauso eine hinterfotzige Politik. Herr Landeshauptmann, mit solchen Leuten werden Sie nicht Ihre 33 Mandate bei einer Neuwahl machen, da werden schon wir auch dafür sorgen.

Also, Herr Dr. Lopatka, Sie sind bisher ein blasser Löwe des Herrn Landeshauptmannes, der einfach nicht da ist, wenn man da sein soll, der nicht seinen Mann stellt, wenn er seinen Mann stellen soll, und der für uns eigentlich ein zahnloses steirisches Rind ist, ich hätte bald etwas anders noch gesagt. (Abg. Dr. Maitz: „Kannst du vielleicht wieder ernst werden!“) Wir haben sogar intelligente Luftballons, auch wenn der Herr Grillitsch sozusagen meinen Luftballon, mein Eigentum hier, zerstört hat. Wir haben intelligente, die mit einer gewissen Gasmenge steigen und wieder

herunterkommen. Sie haben das heute selber mitbekommen, sozusagen ein Perpetuum mobile. Das, was noch keinem gelungen ist, das ist uns gelungen. Sie steigen, und wenn man sie wieder braucht, kommen sie herunter. Was wollen wir mehr. Das ist eine großartige technische Leistung, die hängt immer genau von der Menge ab, und die Menge ist das Maß aller Dinge. Und genau darum geht es. Wir brauchen gar nicht ernst zu werden, weil der Herr Schwab auch schon ein paar Luftballons mit seinen Schlägereien die Luft und das Gas ausgehaucht hat. Ich glaube, wenn man nicht einmal im Landtag hier einen Spaß beziehungsweise hier auch etwas am richtigen Ort versteht, dann ist es eine eigentlich kalte, engstirnige Politik, der auch sogar der Humor und der nötige Witz fehlen. (Abg. Dr. Maitz: „Argumente statt Spielereien!“) Noch einmal zum Herrn Dr. Hirschmann; irgendwie gefällt mir das, wenn er sagt, unser Aufsichtsrat ist der Wähler. Herr Landeshauptmann, ich glaube, da hat er sicher ganz Ihre Meinung getroffen, und da wird er auch ganz wahrscheinlich als Ihr Parteisekretär gesprochen haben. Er arbeitet sicher sehr gut für seinen Chef wie die ganzen Organisationen und auch hier die ganze Anti-Draken-Front, die Sie betreiben – ihr seid ja nicht gegen alle Abfangjäger –, wir aber haben gesagt, Stufe eins ist der Draken, Stufe zwei sind alle Abfangjäger, bis die Leute einmal umdenken und das auch sozusagen intus bekommen. Er arbeitet sicher für sie recht gut, für uns Grüne – das sage ich hier auch in meiner Bescheidenheit – ist der Aufsichtsrat die Zukunft der Nichtwähler. Hören Sie bitte gut zu, nicht die Zukunft der Wähler ist unser Aufsichtsrat, sondern die Zukunft der Nichtwähler, und das sind die heutigen Kinder, die alle Dinge, die solche politische Fehlentscheidungen, korrupte Waffenschiebereien mit sich bringen, eigentlich voll auszubaden haben.

**Präsident Wegart:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

**Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vielleicht gestattest du uns, Dipl.-Ing. Dr. Korber, daß wir als Juristen nur darauf hinweisen, daß nicht nur Edelgase Ballone zum Steigen bringen, sondern auch heiße Luft. Da hat Dr. Lopatka schon völlig recht. Und vieles, was gesagt wurde, war heiße Luft. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Du brauchst immer Energie. Dann mußst du immer heiße Luft blasen!“) Bei dir habe ich ja kein Problem gehabt, dir zu folgen. Ein größeres Problem zu folgen hatte ich beim Herrn Abgeordneten Rainer. Eigentlich hat das schon bei Erhart angefangen. Ich bin mir – ganz ehrlich gestanden – nicht klar geworden. Ich glaube, lauter als der Draken war wirklich nur das Quietschen der Kurven, die hier genommen wurden. Denn zu sagen, wir sind gegen den Beschluß, aber für den Draken, aber letztlich beschließen wir doch mit und machen dann aber vorsichtshalber einen eigenen Beschluß, das war ein relativ schwieriger Slalom. Wir sind viel gewohnt in Sachen Slalom, aber solange wir doch gemeinsam ankommen, ist es ja ziemlich egal, ob die einen in Kurven und die anderen direktissima. Mich freut am meisten, daß wir unten gemeinsam ankommen und keine steirische Draken-Apartheid droht, sondern eine

„große gemeinsame Entwicklung“, wie man in Südafrika so schön sagt. Weil das gar nicht so selbstverständlich ist. (Abg. Tschernitz: „Es gibt auch beim Slalom Sieger!“) Es ist schon gesagt worden, der Schwitzkasten, der von Wien aus angesetzt wurde, ist nicht so ohne, und es ist nicht jeder dampfwalzenresistent genug, um immer standhalten zu können.

Nur, das mit den Gegengeschäften kann man nicht unwidersprochen lassen. Wenn der Herr Abgeordnete Rainer sagt, im Jahre 1986 sind die Gegengeschäfte geradezu in die Höhe geschneilt (Abg. Dr. Dorfer: „Schön wäre es!“), dann widerspricht er seinem Parteifreund Johann Bauer diametral. Ich zitiere die „Neue Zeit“ vom 30. Juli 1986: „Bauer, schwere Kritik an den Draken-Geschäften“, weil alles nicht stimmt mit den Gegengeschäften, hat der Herr Bauer gesagt. Also Bauer gegen Rainer. Ich weiß nicht, wer recht hat. Und damit Sie nicht glauben, ich habe nur das 86er Jahr hier, ich habe mir auch das Jahr 1987 geben lassen, die Handelskammerstatistik. Demnach haben wir in die EG eine Ausfuhrzunahme von 5,4 Prozent, und ausgerechnet nach Schweden, wo jetzt angeblich diese Gegengeschäfte so außerordentlich wirksam werden, haben wir ein Minus von 1,7 Prozent. Und was noch pikanter ist, die Einfuhr aus Schweden ist gleichzeitig um 1,3 Prozent gestiegen, was offenbar damit zusammenhängen muß, daß allein so eine Draken-Schleppstange, die beim ersten Verwendungsfall bereits kaputt war, um 120.000 Schilling gekauft wurde und daß diese berühmten VW-Busse, die vollgestopft sind mit zum Teil kaputten und sehr alten Testapparaten, pro Stück 11,4 Millionen Schilling ohne Mehrwertsteuer kosten, bereits in der Außenhandelsstatistik enthalten sind. (Abg. Trampusch: „Die Stange können sie erst 1988 in Rechnung bringen!“) Ich hoffe, das ist schon hier drinnen, sonst wäre mir völlig unerkklärlich, wie es zu diesen Umkehrungen kommt. (Abg. Rainer: „Vielleicht könnten wir die Ziffern austauschen!“) Wir werden uns nachher treffen, wir machen eine Unterbrechung, da müssen wir vieles austauschen. Da können wir auch Ziffern austauschen, ich bin gerne dazu bereit. Ich möchte nur eines unterstreichen, daß ich wirklich froh bin – und das scheint mir das Positive der heutigen Debatte zu sein –, daß wir uns zumindest in dem zentralen Punkt der Gesetzesanfechtung finden. Ich möchte Sie nur in einem Punkt warnen, Herr Abgeordneter Rainer, es ist eine schwierige Position zu sagen, wir stimmen einer Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof zu, weil das heißt, kein Draken in die Steiermark. Wenn der Verfassungsgerichtshof entscheidet, daß die Stationierung verfassungswidrig ist, werden nicht zwei Draken getroffen oder vier, sondern alle. Entweder das, oder ich stimme dem zu, was ich jetzt bei ihnen gerade gehört habe, nämlich der Verteilung der Lasten. Beides auf einmal – das ist schwierig. Eines widerspricht dem anderen. Das ist ja kein sehr starkes Argument: „Ich bin gegen alle, aber ich bin gleichzeitig auch für die Verteilung der Lasten.“ Ich nehme mir ja selber viel an Argumentation, wenn ich diese Position beziehe – ich möchte Sie nur darauf hinweisen.

Und was das Zweite betrifft, Herr Abgeordneter Rainer, wo Sie gemeint haben: „Einhaltung des Flugeinsatzplanes“, muß ich Sie darauf aufmerksam machen: Ihr Abgeordneter Lothar Müller, Wehrspre-

cher, hat vor kurzem in Graz erklärt: „Der Flugeinsatzplan ist insofern wertlos, weil Innsbruck ganz sicher nicht befliegen werden kann.“ Und Sie können das auf Salzburg erweitern, das hundertprozentig nicht möglich ist zu befliegen, weil Bayern nie zustimmen wird, daß es überflogen wird. Damit können Sie 12 Prozent aller Flugbewegungen schon einmal streichen, und der ganze Flugeinsatzplan ist das Papier nicht mehr wert, auf dem er geschrieben wurde. Das wissen wir heute schon. Was hat es für einen Sinn zu beschließen, die Bundesregierung möge die Einhaltung gewährleisten, wenn ich heute schon weiß, sie wird nicht einhalten können. Das ist ein Widerspruch. Ich mache Sie nur weiter darauf aufmerksam, damit Sie nicht glauben, wird sind partout gegen irgendwas. Wir sind nur gegen Widersprüche.

Nun, ein bißchen wird euch die Rückkehr zu den steirischen Beschlüssen schon der Dilettantismus der Selbstdarstellung der Bundesregierung und der Zynismus, der in den letzten Tagen offenbar wurde, erleichtert haben. Zum Dilettantismus ist schon sehr viel gesagt worden; der Überstellungsakt war der bisherige Höhepunkt dieser bananenrepublikanischen Staatsoperette, denn was da passiert ist, braucht man nicht zu wiederholen, es widerlegt sich selbst.

Ich möchte auf den Zynismus zu sprechen kommen, der heute schon von Dr. Hirschmann, Dr. Ficzeko, aber auch von Dr. Dorfer angesprochen wurde. Ich nenne den Ausspruch des Herrn Stationierungsministers, der auf die „normative Kraft des Faktischen“ hofft. Ich sage das jetzt als Jurist, weil ich mich davon betroffen fühle. Ins Küchenlatein der Juristen übersetzt, heißt das: *ex facto jus oritur*, „aus Macht entsteht Recht“, oder noch schlimmer formuliert: *ex injuria jus oritur*, „aus Unrecht wird durch Macht Recht“. Das ist jetzt bitte nicht meine Deutung. Ich habe da im Standardwerk „Einführung in die Rechtswissenschaft“ von Professor Mayr-Maly nachgeschaut, da können Sie folgen lesen: „Normative Kraft des Faktischen bedeutet, daß Akte erfolgreicher Machtausübung Recht werden.“ Ich zitiere weiter: „Nicht zuletzt unter dem Einfluß des Nationalsozialismus steht die Macht als Quelle des Rechtes im Vordergrund. Bei dieser Lehre“ – so sagt Mayr-Maly – „geht es um das Recht des Stärkeren.“ Also, deutlicher kann man es überhaupt nicht formulieren. Das ist die Selbstentlarvung, in Wahrheit hat man von Wien aus mit Faustrecht argumentiert. Und da sage ich nur in Klammer: Gegen Faustrecht ist Notwehr allemal erlaubt. Ich freue mich, daß ich nachträglich so eindeutig bestätigt wurde. Denn, daß alles so rechtens ist, Herr Abgeordneter Mag. Rader, stimmt schlicht nicht. Es stimmt schon, daß das Bundesheer in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache ist, aber wie der Herr Landeshauptmann oft schon betont hat, nach Punkt 6 der Verteidigungsdoktrin hätte der Herr Frischenschlager bereits die Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden suchen müssen, was er nicht getan hat.

Professor Funk kommt in seinem Gutachten drauf, daß natürlich auch die Stationierung Bundessache ist, aber – wie er ausdrücklich sagt – nicht nach Willkür erfolgen darf, sondern nach Abwägung der Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes – denken Sie an die 7,3 Milliarden Schilling bis zum Jahr 1995, wo wir dann wieder so viel oder noch mehr für die nächste Genera-

tion aufwenden müssen – „und nach umfassendem Umweltschutz“ – wörtliches Zitat – sowie „Minimierung der Belastung“ einzelner Bundesländer. Also durchaus ein Auftrag – und daher ja auch unsere Beschwerde –, diese Stationierung nach klaren Gesichtspunkten, rechtlich nachprüfbaren Gesichtspunkten, zu betreiben und nicht im Stile des Faustrechtes I bin I, und dann warten wir auf die normative Kraft des Faktischen.

Und weil da heute einige Male die Berater angeredet worden sind und weil ein paarmal auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross gesagt hat: „Na ja, die Steirer haben doch im Landesverteidigungsrat damals beim Ankauf mitgestimmt“, darf ich Ihnen zitieren, was damals im Landesverteidigungsrat von den Beratern, nämlich dem Herrn Brigadier Bernegger, dem Herrn General Tauschitz, den Abgeordneten mitgeteilt wurde:

Erstens: Ich zitiere aus der Seite elf dieses Berichtes des Brigadiers Bernegger über die Standortbestimmung Luftfahrzeuge 1983, da steht drinnen:

„Erstens: Die Anschaffungskosten dürfen die normale Entwicklung des Verteidigungsbudgets nicht belasten.“

Unter dem Eindruck dieser Worte, daß das normale Verteidigungsbudget durch die Anschaffung der Draken nicht belastet wird, ist eine Zustimmung im Landesverteidigungsrat erfolgt. Sie wissen heute, daß das genaue Gegenteil der Fall ist: Im Bundesheer ist für nichts mehr Geld da, weil die Draken alles verschlingen. „Die Hose ist herunter“, schreibt die „Wiener Offiziersgesellschaft“, weil das Bundesheer kein Geld mehr hat.

Zweitens: Der Herr Brigadier Bernegger hat – weil Sie heute Fakten verlangt haben, Herr Abgeordneter Trampusch – als Information für die Abgeordneten im Landesverteidigungsrat folgende Aufstellung der Betriebskosten pro Stunde beigelegt, und da steht: Bei der F 5 55.000 Schilling, bei der Mirage 88.000 Schilling und beim Draken 35.000 Schilling. Unter dem Eindruck dieser 35.000 Schilling wurde auch zugestimmt im Landesverteidigungsrat. Heute wissen wir aus den Handbüchern der Piloten, daß nicht einer der fünf, die oben geflogen sind, unter 5000 Liter Treibstoff pro Stunde gebraucht hat. Ein Liter kostet 10 bis 11 Schilling, multiplizieren Sie das – nur der Spirit allein kostet 55.000 Schilling pro Stunde! Gar nicht zu reden von allem anderen. Das heißt, auch diese Information, die Grundlage der Entscheidung war, ist schlicht falsch gewesen.

Und jetzt kommt es noch dicker: Auf Seite 59 der Information an den Landesverteidigungsrat hat er einen Vergleich der Landerollstrecken zwischen F 5, Mirage und Draken gemacht. Er schreibt: „Die F 5 hat 2200 Meter Landerollstrecke, die Mirage 2000 Meter und“ – was, glauben Sie, hat der Draken? – „der Draken mindestens 740 Meter, höchstens 1040 Meter“. Berechnet bitte auf der Grundlage Zeltweg – ausdrücklich! Dort haben wir jetzt auf 2050 Meter erweitert, und der Draken darf trotzdem nicht landen, wenn ein bißchen Wind geht oder wenn es regnet, weil laut Eitner die Landerollstrecke immer noch zu kurz ist. Aber hier hat man dem Landesverteidigungsrat gesagt: 1040 Meter genügen.

Und ich zitiere Ihnen wörtlich, was er noch auf Seite 88 der Information gesagt hat: (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Nicht Eitner, sondern Bernegger!“) Nicht der Eitner, das hat Bernegger gesagt.

Der hat gesagt: „Die Zeltweger Startbahn zählt zu den kürzesten des Landes.“ (Damals war sie 1600 Meter). „Entscheidendes Kriterium für die Kampfflugzeugbeschaffung“ – da hat noch eine andere Terminologie gegolten, jetzt würde man Überwachungsflugzeuge sagen – „könnte daher werden, daß dieses System mit der vorhandenen Infrastruktur in Zeltweg das Auslangen findet. Diese Voraussetzungen können mit Ausnahme des britischen Harrier bislang nur die Flugzeuge der schwedischen Luftwaffe erfüllen, weil sie dort das Problem kurzlandender Flugzeuge mit Rücksicht auf vereiste Startbahnen gemeistert haben.“ Das ist, bitte schön, nur mehr lächerlich! Vereiste Startbahnen – Kurzlandungsstrecken in Schweden, aber bei uns kann, wenn es regnet, selbst auf langen Strecken nicht gelandet werden. Ergebnis für mich, Herr Abgeordneter Trampusch: Die Herren im Landesverteidigungsrat sind schlicht falsch informiert worden, und zwar nachhaltig falsch informiert worden vom zuständigen Chef der Fliegertruppe, dem Herrn Brigadier Bernegger.

Und: Das ist auch nicht das einzige Falsche, was da passiert ist. Erinnern Sie sich, bitte: Vor eineinhalb Jahren hat mir der Herr Minister Krünes ein Verfahren öffentlich angedroht, wenn ich noch einmal behaupte, daß der Draken-Vertrag geändert worden sei. Im Unterausschuß haben wir dann die Unterlagen bekommen, daß er sechsmal geändert wurde, und zwar sechsmal zu Lasten der Republik! Das heißt, auch der damalige Minister ist falsch informiert worden. Man hat ihm lange eingeredet: „Es hat keine Vertragsänderung gegeben“.

Zum Flugeinsatzplan habe ich schon gesagt – nicht das Papier wert, auf das er geschrieben ist, weil Salzburg und Innsbruck von vornherein ausfallen. Das heißt also: Wozu diese ganze Geschichte, wenn es ohnedies nicht stimmt? Und bei der Optimierung sage ich auch ganz offen, was der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller schon gesagt hat: Bereits beim ersten Mal, als in Graz gelandet wurde, ist der Draken über Norden gekommen – also genau dort, wo er nach „Optimierungsplan“ nie kommen dürfte. Ja, was soll ich von einer Optimierung halten, wenn sie das erste Mal, wo sie angewendet wird, schon nicht mehr eingehalten wird? Und das stärkste bitte, darum haben wir den Punkt 3 bei unserem Beschlußantrag, auf den ich noch kommen werde, wir haben immer davor gewarnt zu glauben, daß der Draken mit der gegenwärtigen Infrastruktur zu betreiben sei. Wir haben den Brigadier Bondi mit der Aussage zitiert: „Wir haben die höchste Absturzrate der Welt mit tödlichem Ausgang“, wir haben dazu den Oberstleutnant Kreuzer, den Werftkommandanten zitiert, der gesagt hat „Mit der vorhandenen Infrastruktur kann man die Draken nicht betreiben“, wir haben Minister Krünes zitiert, der dasselbe gesagt hat. Wir haben den Oberrat Wagner vom Amt für Wehrtechnik zitiert, wir haben das alles dargestellt und schriftlich im Minderheitsbericht abgegeben, der mit Mehrheit niedergestimmt wurde. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Und nun, bitte, hat das Bundesheer eine eigene Untersuchung gemacht. Ich

habe Ihnen heute diesen Bericht des Oberstleutnants des höheren militärischen Dienstes Apolloner übergeben. Aus dem Bericht geht eindeutig hervor, daß die sogenannte „Materialerhaltung“, sprich Infrastruktur, zur Erhaltung des 105er-Systems katastrophale Mißstände aufweist. Zum Schutz des Bundesheeres möchte ich nur ein paar Punkte verlesen, weil die anderen so schrecklich sind, daß man sie gar nicht nennen darf. Sie können nachsehen in Ihrem Bericht auf Seite 103, im Schlußteil, da heißt es: „Für den Friedensbetrieb fehlen Aufträge mit operationalisierbaren Zielvorgaben, die Aufträge im Zusammenhang mit der Umstellung auf SAAB-Draken sind nicht definiert und terminlich nicht fixiert.“ Es geht weiter: „Grundsätzlich verfügt das Leitungspersonal über keine Ausbildung in Qualitätssicherung und Arbeitsvorbereitung. Grundsätzlich weisen die Prüfmeister und Warte in den letzten zehn Jahren so gut wie keine fachliche Weiterbildung auf. Dies führt zu Betriebsblindheit und wird als schwerer Planungsmangel beurteilt. Die vom Hersteller des Luftfahrzeuges an die bauliche Infrastruktur gestellten Mindestanforderungen werden in weiten Bereichen für die Arbeitsdurchführung nicht erfüllt.“ Was heißt das bitte? Das heißt schlicht und einfach, die jetzige Materialerhaltung für das 105er System ist ungeeignet. (Abg. Rainer: „Das 105er System ist eingestellt!“) Ja, Vorsicht! Das läuft noch voll, weil wir gehen ja erst nächstes Jahr in Betrieb mit dem Draken. Es ist nur – Sie haben schon recht – voll eingestellt worden, voll eingestellt nach dem Unfall in Linz, warum? Weil zum dritten Mal auf Grund von Alterserscheinungen – nur ist der 105er noch viel jünger als der Draken – beim Aufsetzen am Boden das Fahrgestell eingegangen ist. Und jetzt hat man auf Grund des Apolloner-Berichtes einerseits und dieser Erfahrung andererseits – die SAAB 105 überhaupt eingestellt. Es darf augenblicklich nicht mehr betrieben werden. (Abg. Rainer: „Es ist doch ein normaler Vorgang, daß überprüft wird, wenn ein Unfall passiert!“) Herr Kollege, ich hätte nur das gemacht, was die Schweden machen. Die prüfen zuerst, dann schulen sie ihr Personal, und dann wird gekauft. Aber nicht zuerst kaufen und dann alles andere – das ist wirklich das Pferd vom Schwanz aufzäumen. Ich sage das deshalb und möchte deshalb eine Rechnungshofkontrolle anregen in dem Punkt, weil es bitte hier nicht nur um die Sicherheit der Piloten geht, sondern um die Sicherheit aller Österreicher. Ein Flugzeug dieser Art, wie es ein Abfangjäger auch der zweiten Generation ist, ist ein so hochkompliziertes System, daß es nur läuft, wenn es bestens gewartet, betreut und betrieben wird. Denn sonst ist es eine tödliche Waffe. Und darauf, Herr Abg. Mag. Rader, hat sich meine Kritik bezogen. Ich fürchte mich einfach schlicht davor, daß bei dieser Art von Materialerhaltung dieses Flugzeug in Österreich im höchsten Maß gefährlich betrieben wird. Meines Erachtens gibt es so nur mehr die Alternative, entweder stellt man die Draken in den Hangar oder es passiert etwas. Leider, ich sage das ganz offen! Übrigens nur nebenbei, in dem Apolloner-Bericht wird auch ein Flugunfall registriert und wird festgestellt, daß dieser Flugunfall einer SAAB 105 ausgerechnet von jenen Leuten untersucht wurde, die verantwortlich für den Flugunfall waren. Schauen Sie nach auf Seite 99 Ihrer Unterlage, da steht es wörtlich drinnen. Da haben wir dann gesagt, bitte,

wenn das so ist, meine Damen und Herren, dann ist ein „ordentlicher Betrieb“ ungeheuer problematisch und wahrscheinlich sehr gefährlich.

Ich möchte zum Schluß kommen und Ihnen den Beschlußantrag, den wir vorgesehen haben, verlesen, weil ich glaube, daß hier alle Probleme, die wir jetzt in der rechtlichen Phase zu lösen haben, versucht werden zu berücksichtigen, insbesondere die Schadensminimierung für die Bevölkerung. Und wir haben daher vorgeschlagen,

erstens, daß auf der Grundlage der Gutachten der Professoren Funk und Novak jene Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes angefochten werden sollen, die sich auf die Verwendung von Militärflugzeugen sowie die Errichtung und Umgestaltung von Militärflugplätzen im Zusammenhang mit der Stationierung beziehen;

zweitens, daß das Büro für Bürgerberatung zur umfassenden Information und Rechtsberatung der Bevölkerung in den unmittelbar betroffenen Gebieten der Flughäfen Thalerhof und Zeltweg einzusetzen wäre. Dabei sollen die Kosten für Musterprozesse zur Entschädigung auf der Grundlage des von Herrn Landeshauptmann zitierten Gutachtens Prof. Aicher vom Land übernommen werden.

Drittens: Jetzt kommt der Punkt, den ich früher mit dem Apolloner-Bericht gemeint habe, wir sollten an die steirischen Abgeordneten zum Nationalrat mit der Anregung herantreten, in entsprechenden Entschließungsanträgen eine Überprüfung der Betriebsorganisation, Materialerhaltung auf Basis dieses Apolloner-Berichtes durch den Rechnungshof beantragen, weil er sich das einmal ansehen soll.

Viertens: Der Herr Bundeskanzler und der Herr Verteidigungsminister haben im Landesverteidigungsrat – Herr Abgeordneter Trampusch, Sie waren dort – gesagt, das Luftlärmgesetz ist im Entwurf da und ist die Erfüllung des Volksbegehrens.

Aber wenn man das Volksbegehren erfüllen will, könnten wir uns vorstellen, daß wir noch folgende drei Punkte auch erfüllen, nämlich

erstens die Einführung eines Zulassungsverfahrens für alle Militärflugzeuge, das im Hinblick auf die Sicherheit der Flugzeuge, den Schadstoffausstoß und die Lärmentwicklung dem jeweiligen Stand der Technik entspricht. Etwas, was in Deutschland und in der Schweiz schon längst selbstverständlich ist. Ich gebe zu, mit einer Ausnahmebestimmung für militärische Notwendigkeiten, die aber begründet werden müssen.

Zweitens: Die Sicherstellung des Standards von Nachbarrechten für alle Anrainer von Militärflugplätzen, so wie das bei einem gewerblichen Betriebsverfahren der Fall ist. Warum? Einer, der heute einen Schnackerlbetrieb hinstellt, muß alle Anrainer fragen und muß bei Gefahr für Gefährdung von Leben und Gesundheit sich einem sehr strengen Verfahren unterziehen. Aber das müßte bei so gefährlichen Flugzeugen, wie das die Draken sind, auch der Fall sein.

Drittens: Die verbindliche Einführung eines Umweltverträglichkeitsgutachtens vor Stationierung und nicht erst nach derselben, und schließlich bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um einen Militärflugplatz in seiner Richtung zu prüfen oder gleich in Angriff zu nehmen. Warum? Weil überall im Norden außerhalb von dicht besiedeltem Gebiet bestehen und

nicht direkt im dicht besiedelten Gebiet, und weil man ja sonst in Thalerhof und in Zeltweg 1,6 bis 2 Milliarden Schilling aufwenden müßte, um die Absiedelungen zu bezahlen. Um das Geld bekommen Sie einen sehr schönen Militärflughafen irgendwo, wo es nicht so dicht besiedelt ist wie dort. Ich bitte daher, diesem Beschlußantrag die Zustimmung zu geben, und stelle den Antrag, zur Geschäftsbehandlung die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen, zwecks Austausch der Beschlußanträge. (Abg. Zellnig: „Darf ich etwas fragen? Du hast so viel gebracht über die Fehler. Haben das deine politischen Kollegen im Landesverteidigungsrat nicht gewußt als abgestimmt wurde, daß so viele Fehler drinnen sind?“) Herr Abgeordneter, alle sind falsch informiert worden, teilweise kommen wir erst jetzt darauf. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Deine waren die Mehrheit!“) Wir wissen es, seitdem geflogen worden ist. Ich kann vorher nicht sagen, wieviel Sprit verbraucht der Draken, bevor nicht einer geflogen ist. (Abg. Zellnig: „Du weißt diese Fehler!“) Das haben sie nicht gewußt. Das ist ihnen erst nachher mitgeteilt worden. Das ist ja die Tragik. Wenn sie es gewußt hätten, nehme ich ja auch von deinen Abgeordneten an, daß sie nicht zugestimmt hätten, weil absichtlich machen sie das ja nicht. Ich danke sehr. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Die Sitzung ist unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung von 14.50 bis 15.50 Uhr.)

Hohes Haus!

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht mehr vor.

Es liegen mir nun fünf Beschlußanträge vor. Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 gestellt werden, sobald die Wechselrede eröffnet ist und wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden.

Der Beschlußantrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend Normenkontrollantrag beim Verfassungsgerichtshof gemäß Artikel 139 Bundes-Verfassungsgesetz (abstrakte Normenkontrolle), ist nicht von vier Mitgliedern unterschrieben.

Ich stelle daher gemäß Paragraph 34 Absatz 4 die Unterstützungsfrage.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Der zweite Beschlußantrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend Normenkontrollantrag beim Verfassungsgerichtshof gemäß Artikel 139 und 140 Bundesverfassungsgesetz, ist ebenfalls nicht von vier Mitgliedern unterschrieben.

Ich stelle daher auch hier gemäß Paragraph 34 Absatz 4 die Unterstützungsfrage.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Ebenso ist der Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend Aufforderung an die Landesregierung, sich weiter den wichtigen Problemen des Landes zuzuwenden, nicht von vier Mitgliedern unterschrieben.

Auch hier stelle ich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Der Antrag hat ebenfalls nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Ich komme nun zur Abstimmung über den Beschlußantrag der Abgeordneten Bacher, Buchberger, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Fuchs, Göber, Grillitsch, Harntodt, Dr. Hirschmann, Dr. Kalnoky, Kanduth, Präsident Klasnic, Kollmann, Kröll, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Neuhold, Dr. Pfohl, Pinegger, Pörtl, Purr, Pußwald, Schweighofer, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schrammel, Schützenhöfer, Schwab, Prof. DDr. Steiner und Ing. Stoisser, betreffend den Schutz der steirischen Bevölkerung gegen die Stationierung der SAAB-Draken-Abfangjäger.

Im Einvernehmen mit den Obmännern lasse ich über jeden Punkt dieses Beschlußantrages einzeln abstimmen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 1 des Beschlußantrages - der Aufforderung an die Landesregierung, auf der Grundlage der Gutachten der Universitätsprofessoren Dr. Bernd-Christian Funk und Dr. Richard Novak jene Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes 1957 wegen Verfassungswidrigkeit beim Verfassungsgerichtshof gemäß Artikel 140 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz anzufechten, welche als rechtliche Grundlage für die Verwendung von Militärflugzeugen sowie die Errichtung und Umgestaltung von Militärflugplätzen im Zusammenhang mit der Stationierung der SAAB-Draken in der Steiermark dienen - ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der erste Punkt des Beschlußantrages hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Nunmehr ersuche ich die Damen und Herren, die dem Punkt 2 des Beschlußantrages, betreffend die Aufforderung an die Landesregierung, das Büro für Bürgerberatung zur umfassenden Information und Rechtsberatung der Bevölkerung in den unmittelbar betroffenen Gebieten der Flughäfen Thalerhof und Zeltweg einzusetzen; dabei sollen die Kosten für Musterprozesse zur Entschädigung der in ihren Eigentumsrechten verletzten Anrainer auf der Grundlage des Gutachtens von Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher übernommen werden, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der zweite Punkt des Beschlußantrages hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Ebenso ersuche ich die Damen und Herren, die dem Punkt 3 des Beschlußantrages, betreffend die Aufforderung der Landesregierung, an die steirischen Abgeordneten zum Nationalrat mit der Anregung heranzutreten, in entsprechenden Entschließungsanträgen eine Überprüfung der Betriebsorganisation („Materialerhaltung“) für das System der SAAB OE 105 und SAAB-Draken auf der Basis des Inspektionsberichtes 130/87 von Oberstleutnant Dipl.-Ing. Apolloner durch den Rechnungshof zu beantragen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der dritte Punkt des Beschlußantrages hat die notwendige Mehrheit gefunden.

Nunmehr ersuche ich die Damen und Herren, die dem Punkt 4 des Beschlußantrages, betreffend die Aufforderung an die Landesregierung, bei der Bundes-

regierung vorstellig zu werden, daß neben dem nunmehr versprochenen und im Entwurf vorliegenden Fluglärmgesetz auch die übrigen Forderungen des steirischen Anti-Draken-Volksbegehrens erfüllt werden, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Somit ist auch der Punkt 4 des Beschlußantrages mit Mehrheit angenommen.

Ebenso ersuche ich die Damen und Herren, die dem Punkt 5 des Beschlußantrages, betreffend die Aufforderung an die Landesregierung, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß die Errichtung eines Militärflugplatzes in Angriff genommen wird, der in entsprechender Entfernung zu dicht besiedeltem Gebiet eine Stationierung von Abfangjägern mit einem Minimum an Gefährdung und Belästigung der Zivilbevölkerung gewährleistet, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. (Abg. Trampusch: „Im Antrag steht ‚geprüft wird‘ und nicht ‚in Angriff genommen wird‘.“) Ich wiederhole. Ebenso ersuche ich die Damen und Herren, die dem Punkt 5 des Beschlußantrages, betreffend die Aufforderung an die Landesregierung, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß die Errichtung eines Militärflugplatzes geprüft wird, der in entsprechender Entfernung zu dicht besiedeltem Gebiet eine Stationierung von Abfangjägern mit einem Minimum an Gefährdung und Belästigung der Zivilbevölkerung gewährleistet, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Damit ist Ihrem Wunsch entsprochen.

Der Punkt 5 des Beschlußantrages ist mit Mehrheit angenommen.

Ich komme nun zur Abstimmung über den Beschlußantrag der Abgeordneten Trampusch, Rainer, Erhart, Gennaro, Reicher, Tschernitz, Vollmann und Zellnig, betreffend den Schutz der steirischen Bevölkerung gegen die Stationierung von Abfangjägern.

**Abg. Trampusch:** Herr Präsident, ich darf ersuchen, daß auch über diesen Antrag, so wie beim vorangegangenen, punktuell abgestimmt wird.

**Präsident:** Ich nehme Ihre Anregung auf.

Es ist der Beschlußantrag, meine Damen und Herren, der Abgeordneten Trampusch, Rainer, Erhart, Gennaro, Reicher, Tschernitz, Vollmann und Zellnig, betreffend den Schutz der steirischen Bevölkerung gegen die Stationierung von Abfangjägern.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag bekennt sich ausdrücklich zur Umfassenden Landesverteidigung als Mittel zur Sicherung der Neutralität. Die Umfassende Landesverteidigung beinhaltet auch die Überwachung des Luftraumes über Österreich.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zweitens: Der Steiermärkische Landtag steht zum einstimmigen Regierungsbeschluß vom 3. Dezember 1984, wonach nicht alle Abfangjäger in der Steiermark stationiert werden sollen.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Zustimmung gefunden.

Drittens: Der Steiermärkische Landtag fordert im Zusammenhang mit der Abfangjäger-Stationierung und dem Flugeinsatzplan gesamtösterreichische Solidarität.

Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Viertens: Die Landesregierung wird aufgefordert,

a) an die Bundesregierung dahin gehend heranzutreten, daß der bis zur Auslieferung des letzten Fluggerätes verbleibende Zeitraum zu nützen ist, um die immer geforderte Belastungsverteilung auf alle dafür geeigneten Flugplätze Österreichs in Betracht zu ziehen. Die aus den derzeitigen Zuständen resultierenden Erkenntnisse und Erfahrungswerte sind zu sammeln, auszuwerten und längstens innerhalb Jahresfrist in einer Sitzung des Landesverteidigungsrates als Grundlagen für einen endgültigen Stationierungsbeschluß zu verwenden;

b) ebenso an die Bundesregierung heranzutreten, daß dafür gesorgt wird, daß der Flugeinsatzplan und die Verteilung der Belastung durch den Übungsbetrieb auf alle geeigneten Flugplätze Österreichs eingehalten wird. Ebenso sind dort, wo nach einschlägigen Gutachten gesundheitsgefährdende Lärmbelastungen eintreten könnten, Objektsablösungen vorzunehmen und Lärmschutzeinrichtungen zu errichten;

c) bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß für eine permanente und exakte Fluglärmmessung sowohl für zivile als auch für militärische Flugbewegungen Sorge getragen wird, um im Sinne der Betroffenen allfällige Objektsablösungen durchführen zu können;

d) an die Bundesregierung heranzutreten, daß im Interesse der steirischen Wirtschaft dafür gesorgt wird, steirische Firmen im Rahmen von Kompensationsgeschäften wie bisher besonders zu berücksichtigen;

e) bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß die Errichtung eines Militärflugplatzes geprüft wird, der in entsprechender Entfernung zu dicht besiedeltem Gebiet eine Stationierung von Abfangjägern mit einem Minimum an Gefährdung und Belästigung der Zivilbevölkerung gewährleistet;

f) auf der Grundlage der Gutachten der Universitätsprofessoren Dr. Bernd-Christian Funk und Dr. Richard Novak jene Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes 1957 wegen Verfassungswidrigkeit beim Verfassungsgerichtshof gemäß Artikel 140 Absatz 1 Bundesverfassung anzufechten, welche als rechtliche Grundlage für die Verwendung von Militärflugzeugen sowie die Errichtung und Umgestaltung von Militärflugplätzen im Zusammenhang mit der Stationierung der SAAB-Draken in der Steiermark dienen;

g) das Büro für Bürgerberatung zur umfassenden Information und Rechtsberatung der Bevölkerung in den unmittelbar betroffenen Gebieten der Flughäfen Thalerhof und Zeltweg einzusetzen. Dabei sollten die

Kosten für Musterprozesse zur Entschädigung der in ihren Eigentumsrechten verletzten Anrainer auf der Grundlage des Gutachtens von Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher übernommen werden.

Ich stelle auch hier die Unterstützungsfrage und komme zur Abstimmung.

Wer diesem Punkt 4 a bis g zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden.

**Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher:** Herr Präsident, darf ich zur Geschäftsordnung etwas sagen?

**Präsident:** Bitte, zur Geschäftsordnung.

**Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher:** Da bei unseren lieben Freunden vis-à-vis unklar war, was mit ihrem Punkt 1 erfolgt ist, darf ich mitteilen, daß das in unsere Resolution aufgenommen wurde und mitbeschlossen wurde, und zwar mit folgendem Inhalt: „Der Steiermärkische Landtag bekennt sich ausdrücklich zur Umfassenden Landesverteidigung als Mittel zur Sicherung der Neutralität. Die Umfassende Landesverteidigung beinhaltet auch die Überwachung des Luftraumes über Österreich.“

**Abg. Mag. Rader:** Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Mag. Rader.

**Abg. Mag. Rader:** Ich darf bitte zur Geschäftsordnung mitteilen, daß genau dieser Passus des Antrages der ÖVP nicht abgestimmt worden ist, sondern mit der Abstimmung erst bei Punkt 1 eingestiegen worden ist. Ich schlage daher vor, daß dieser Passus, der übereinstimmend ist, noch einmal zur Abstimmung gebracht wird.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Trampusch.

**Abg. Trampusch:** Meine Wortmeldung beinhaltet die gleiche Aussage, daß über diesen Punkt nicht abgestimmt worden ist.

**Präsident:** Wir haben bereits in dem Vorhergehenden die Punkte des Beschlußantrages der ÖVP-Fraktion abgestimmt. Es ist hier in Ihrem Antrag jener Punkt, über den jetzt geredet wurde, insofern eine Übereinstimmung, daß Sie nochmals eine Abstimmung wünschen. Ich habe aber diese Abstimmung bereits vorgenommen, und damit betrachte ich auch diesen Punkt als erledigt.

Herr Abgeordneter Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

**Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher:** Darf ich, damit das völlig klargestellt ist, den Antrag formal wiederholen, damit wir über ihn abstimmen können, weil da Divergenzen in der Auffassung sind, nämlich den von mir

soeben verlesenen: „Der Steiermärkische Landtag bekennt sich ausdrücklich zur Umfassenden Landesverteidigung“, nochmals bitte zur Abstimmung zu bringen.

**Präsident:** Ich wiederhole nun den ersten Absatz, den Punkt 1 des Antrages der Abgeordneten Trampusch, Rainer und Genossen:

Der Steiermärkische Landtag bekennt sich ausdrücklich zur Umfassenden Landesverteidigung als Mittel zur Sicherung der Neutralität. Die Umfassende

Landesverteidigung beinhaltet auch die Überwachung des Luftraumes über Österreich.

Ich lasse nochmals wunschgemäß über diesen Punkt 1 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 16.10 Uhr.)